

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechspaltige Rollenzeit oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Streifen-Anzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. September 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1084.

Der Marokko-Wirbel.

Paris, 10. September. (Fig. Ber.)

Unter der Regierung des Georges Clemenceau, des ersten unbarmherzigen Kritikers und Verfolgers aller kolonialen Eroberungspolitik, ist die dritte Republik in das finstere, aussichtsloseste und gefährlichste Abenteuer geraten, in eine Situation, aus der jeder Weg, den sie einschlagen mag, zu größerem Unheil zu führen scheint. Dem kläglichen Nihilismus auf dem ganzen Gebiet der inneren Politik gefolgt nun das furchtbarste Verschulden auf dem der äußeren zu. Der Mann, der sich einer geängstigten Bourgeoisie als rettender Diktator angeboten hat, zeigt sich als hilfloser Dilettant, der die Kraft einer in einen harten Konkurrenzkampf gedrängten, in hohem Maße auf Schonung ihrer Energien angewiesenen Nation in einer Unternehmung ohne Gewinn und Ruhm vergeudet.

Sicherlich ist die jetzige Lage nicht einzig die Schuld des heute herrschenden Mannes. Seit der Zeit, da Faure's zum erstenmal dem französischen Volke die Untriebe der kapitalistisch-militaristischen Clique enthüllte, deren Pläne durch das Heuchlerwort von der „friedlichen Durchdringung“ Marokkos verschleiert waren, haben die verschiedenen französischen Regierungen in ihrer Abhängigkeit von den großkapitalistischen Gruppen und von der patriotischen Phrasologie der Kapitalistenpresse eine zweideutige Politik betrieben, deren Kurzsichtigkeit und Hoffnungslosigkeit der Nation nur darum entgehen konnte, weil die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie der der französischen einen Rückhalt im verletzten nationalen Stolz gegeben hatte. Auch der Pakt von Algiciras, den Clemenceau übernommen hat, war sicher kein angenehmes Erbe. Frankreich erschien da, in Begleitung von Spanien, zu einer unauflösbaren, in ihrer Wirksamkeit von tausend Zufällen bedrohten Polizeifunktion verurteilt.

Aber die Ereignisse in Marokko hätten Clemenceau die beste Gelegenheit gegeben, die in die Hülle eines papierernen Vorrechts eingewickelte Last loszuwerden. Denn sie hoben alle Voraussetzungen auf, worunter das internationale Abkommen getroffen worden war. Dieses rechnete mit einer tatsächlichen Regierungsmacht des Sultans, die durch die Vertragsmächte noch versichert werden sollte und mit einer Stimmung der Bevölkerung, die zur völligen Beruhigung des Landes beschränkte Polizeimaßregeln hinreichend erscheinen ließ. Aber ganz Marokko ist heute in völliger Anarchie, der Präbident gewinnt anscheinend immer mehr Anhänger und daneben taucht immer wieder der fagenhafte Raifut auf. Mit einer Hafenpolizei wäre da nicht das geringste geleistet, auch wenn überhaupt noch zuverlässige eingeborene Mannschaften zu einem Dienst unter europäischen Führern zu gewinnen wären. Aber heute ist es nicht nur der eingewurzelte Fremdenhaß und nicht der wilde Räubertrieb einzelner, gegen den die europäisch organisierte Polizei Schutz zu bieten hätte, sondern die zu wild lodender Blut entsefelte nationale und religiöse Leidenschaft.

Wenn in Paris ein fremder Staatsangehöriger etwa auf einer Promenade an der Umwallung die zu erwartende Bekanntheit mit den Revolvern und Messern der „Apachen“ macht, wird kein Mensch daran denken, von der Republik eine über eine materielle Entschädigung hinausgehende Genugtuung zu verlangen. Von jähwachen Barbarenstaaten, die kaum die ersten Anläufe einer Verwaltungsorganisation haben, fordert die moralische Strenge kapitalistischer Kulturstaaten eine unbedingte Verantwortung und ist flink bereit, sie erbarmungslos geltend zu machen, wie die wilde Schieberei von Casablanca gezeigt hat.

Mag aber das kapitalistische Geschäftsinteresse und der weltpolitische Ehrgeiz unter Umständen solcher Heuchelei bedürfen, so führt in der französischen Marokkopolitik jeder Schritt auf diesem Wege dem Mißerfolge und der gefährlichsten Kompromittierung alten Besitzes näher. Die Clemenceausche Politik ist mit einer unsehnbaren Ungeheuerlichkeit darauf aus, den unzweifelhaften Erfolg von Algiciras in eine unheilvolle Blamage zu verwandeln. Die internationale Konferenz hatte die hochfahrende Sensationsjagd der deutschen Marokkopolitik mit einer deutlichen Bloßstellung beantwortet. Aber sie schloß doch neue Kolonialerwerbungen Frankreichs in Nordafrika aus. Tatsächlich handelte sie damit im nationalen Interesse Frankreichs, das neuen Landgewinn infolge der geringen Regsamkeit des französischen industriellen Kapitals überflüssig und durch Bindung starker militärischer Kräfte sogar gefährlich macht. Sie fügte eine internationale Bürgschaft zum Urteil der großen Massen der französischen Nation, das den Gedanken einer Eroberungspolitik auf das entschiedenste verwirft. Die einzelnen Bestimmungen der Konferenz von Algiciras sind sicher durch die jüngsten Ereignisse über den Haufen geworfen worden. Aber die Grundidee, die sie aussprechen, hat nach wie vor Geltung in der allgemeinen Meinung Europas und der Ueberzeugung der französischen Volksmassen: die Aufrechterhaltung von Marokkos Unabhängigkeit.

In demselben Augenblick, wo die Regierung ein zweideutiges Verhalten in diesem Punkte gezeigt hat, ist sie zum nationalen Interesse Frankreichs in Widerspruch geraten und hat zugleich die deutsche Diplomatie, die diesen Erfolg gar nicht verdiente, in die günstige Situation eines umworbenern Gönners

gebracht. Deutschland kann seine Friedfertigkeit demonstrieren, indem es die Regierung Clemenceau sich immer mehr in dem marokkanischen Abenteuer verstricken läßt. Es erlaubt die Umwandlung der eingeborenen Polizei in eine von Europäern angeworbene, es läßt auch die Verwendung französischer Truppen zu umfassenden, über die Gassen hinausgreifenden, unerbittlich freigelegten Aktionen in großem Stil un widersprochen. Zudem die deutsche Regierung aber zugleich den notwendigen „provokatorischen“ Charakter dieser Maßnahmen unterschreibt und sich hierbei auf den Geist des Paktes von Algiciras beruft, präsentiert sie sich auf billige Art als rückwärtsdicker Anwalt allgemeiner Interessen.

Wenn aber der militärischen Intervention Frankreichs in Marokko Grenzen gesetzt scheinen, wozu dann die ganze so kostspielige und die Leidenschaften der Nordafrikaner so aufregende Aktion? Sieht hinter ihr nur die Spekulation einer Gruppe von Finanzkapitalisten, die für eine große, vom ressourcenarmen Land nicht aufzubringende Kriegsentchädigung Ausbeutungsmonopole als Pfand erhoffen und so das im Abkommen von Algiciras anerkannte Prinzip der offenen Tür und des freien Wettbewerbes zu durchbrechen trachten? Oder ist es heute schon die Angst vor der Rückwirkung eines — zweifellos jetzt zu spät kommenden — Zurückweichens auf die islamitische Bevölkerung von Algerien, deren Treue trotz der reichlichen periodischen Ergießungen von Ordenslegionsbändchen am Ende doch nicht ganz zuverlässig ist? Wie beurteilt der leitende Minister die Lage, was hat er vor? Herr Clemenceau, der berühmte Demokrat, äußert sich nur in vieldeutigen Intermezzos. Der Vertreter der souveränen Nation, dem Parlament, will er nicht Rede und Antwort stehen. Es ist ein Standal sondergleichen, ein schreiender Beweis für den politischen Bankrott der französischen Bürgerklasse, daß sie Herrn Clemenceau das Recht über Krieg und Frieden in die Hand gegeben hat. Auf Zaurès Appell zur Einberufung der Kammern hat die Regierungspresse, zu der der großkapitalistische „Temps“ wie die radikalsozialistischen Blätter vom Schlage der „Action“ gehören, mit gemeinen Beschimpfungen und mit der bequemeren Anklage des „Antipatriotismus“ geantwortet.

Wohl gibt es auch einzelne bürgerliche Blätter, die teils aus parteipolitischen Gesegensatz, teils in der Vertretung wirtschaftlicher Gruppeninteressen das Verlangen nach Einberufung der Kammern unterstützen. Aber einen organisierten Widerstand gegen den Clemenceauschen Absolutismus vermag nur die sozialistisch gestimmte Arbeiterklasse zu erwecken. Die sozialistische Partei wird die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, der Nation das wahre Wesen des proletarischen Antimilitarismus klarzumachen. Sie ist heute in der günstigsten Situation, daß auch dem klößesten Verstand nicht glaubhaft gemacht werden kann, daß sie, in dem sie einen blutigen, kostspieligen und ungerechtfertigten Krieg bekämpft, den Interessen Deutschlands diene. Sie dürfte und könnte ihre Haltung auch nicht ändern, selbst wenn die deutsche Regierung auf ein Lausgeschick eingehen und Frankreich gegen eine Entschädigung auf anderem Gebiet Marokko trotz des internationalen Paktes von Algiciras preisgeben wollte. Der französische Sozialismus ist jetzt in der Lage, zu beweisen, daß die Beschlüsse und die Macht der Internationale nicht Schall und Rauch sind. Ein paar Wochen erst sind seit dem Kongreß von Stuttgart verfloßen und unsere französischen Genossen sind mit aller Energie daran, zwei seiner Entschlüsse, der nachdrücklichen Bekämpfung aller Kriegspolitik und der Verurteilung der kapitalistischen Kolonialräuber, Geltung zu verschaffen. Als erstes Korps der Internationale stehen sie im Feuer. Das ganze Heer der Arbeiterklasse nimmt, zu gleichem Kampfe entschlossen, mit leidenschaftlicher Spannung an dem ihren teil.

Vom Tage ist zu melden, daß das französische Expeditionskorps vor Casablanca die Offensive ergriffen, das Lager der Marokkaner angegriffen und eine furchtbare Hechellei unter den Ueberkampellen angerichtet hat. Den Franzosen kostete die glorreiche Aktion einen Toten und zehn Verwundete. Die Regierung läßt erklären, daß sie den Auftrag zum Ergreifen der Offensive gegeben hat. Die Einzelnachrichten lauten:

Paris, 12. September. Die „Agence Havas“ meldet aus Casablanca vom 11. September: General Drude kündigte gestern abend 6 Uhr seine Absicht an, Taddert anzugreifen. Heute früh 6 Uhr brach die erste Kolonne auf und erreichte um 7 Uhr das Gehöft Alvarez. Hier überraschte sie die marokkanischen Vorposten und machte sie nieder, bevor sie Alarm schlagen konnten. Die zweite Kolonne mit General Drude und dem Stabe brach um 7 Uhr bei dichtem Nebel auf und bereitete sich mit der ersten, worauf beide in einem gleichbleibenden Abstand den Marsch fortsetzten. Um 8 Uhr wurde Halt gemacht. Die Artillerie eröffnete ein heftiges Feuer auf das Lager, in dem sie große Vertiefungen anrichtete. Die Infanterie nahm den Marsch gegen die marokkanischen Abteilungen, die von allen Seiten Zugang erhielten, auf und warf sie von Hügelkette zu Hügelkette zurück. Die Artillerie nahm bald eine Stellung ein, die das ganze Feld beherrschte, und feuerte ununterbrochen bis Mittag, so daß das Lager und seine Umgebung unhaltbar wurden. Die Infanterie rückte in Taddert um 9 Uhr vormittags ein. Die Artillerie vernichtete lange Füge von Feinden, die wertvolle Gegenstände mit sich führten. Die Truppen bezogen um 3 Uhr nachmittags wieder das Lager, nachdem sie unausgeseht die Herzen des Geländes gewesen waren.

London, 12. September. Wie dem Reuterischen Bureau aus Casablanca von gestern gemeldet wird, marschierten die

Franzosen um 6 Uhr morgens in zwei Kolonnen, jedes zu sechs Kompagnien, mit zwei Batterien Feldartillerie, vier Gebirgsgepöhen, zwei Mitrailleusen und der gesamten Kavallerie unter dem Kommando des Generals Drude ab. Nach einigen Zusammenstößen mit den Arabern, welche nur in geringer Stärke auftraten, bewegten sich die Franzosen unaufhaltsam, jeden Widerstand mit dem Bajonett aus dem Wege räumend, gegen Taddert vor, bis ihnen der Ort in Sicht kam. Nach kurzer Beschichtung der arabischen Zelte wurde die Infanterie gegen das Lager vorgeführt. Der Feind floh unter Zurücklassung der Gefallenen. Das Lager wurde vollständig verbrannt. Die Franzosen zöchten mit geringen Verlusten nach Casablanca zurück.

Casablanca, 12. September. Bei dem gestrigen Vorstoße gegen Taddert machte sich General Drude den herrschenden Nebel sowie die Vorteile, die das Gelände bot, zunutze, um das Lager zu überraschen. Der Feind wurde zerstreut und auf der Flucht fortgesetzt von den Geschöhen sowie von dem Kreuzer „Gloire“, der sehr wirksam eingriff, beschossen. Die französischen Verluste betragen einen Toten und zehn Verwundete.

Paris, 11. September. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Mehrere Blätter haben Telegramme veröffentlicht, in denen behauptet wird, General Drude habe den Befehl erhalten, sich in der Defensive zu verhalten. Wir können erklären, daß diese Meldungen unrichtig sind. Die Regierung hat im Gegenteil dem General Drude angewiesen, die Offensive zu ergreifen, ohne ihm jedoch hierzu bestimmte Vorschriften zu erteilen.

Röln, 11. September. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Tanger unter dem heutigen Datum: Der französische Konsularagent in Marrakech brachte für die französische und spanische Regierung Briefe Mulay Hafids hierher, die von den betreffenden Legationen angenommen wurden. Mulay Hafid schreibt darin die Vorgänge in Casablanca einer Verkettung ungünstiger Umstände zu und spricht die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, selbst die Ordnung wieder herzustellen, so daß kein Grund zur Unzufriedenheit mehr vorhanden sein werde.

Wofür der Staat kein Geld hat!

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß es die Pflicht des Staates sei, der Genickstarre-Epidemie, die in Köln und im Ruhrrevier noch immer heftig grassiert und mit Anbruch des Winterd erst recht um sich greifen dürfte, durch energigste hygienische Maßnahmen entgegenzutreten. Dazu gehörte, daß man die gesunden Kostenträger, die aber die eigentlichen Verbreiter der unheimlichen Seuche sind, isolierte und behandelte. Die Krankentassen wollen dafür die Kosten nicht aufbringen — also müßte der Staat eingreifen, der nicht nur für den Unterhalt der Isolierten aufzukommen hätte, sondern auch deren Lohnausfall zu bedenken hätte.

Die Genickstarre bildete auch den Hauptberatungsgegenstand der zurzeit in Bremen togenden 32. Hauptversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Der dem preussischen Kultusministerium beigeordnete Geh. Ob.-Med.-Rat Kirchener erklärte:

„Nun ist in gewissen Kreisen, so vor allem im Industriegebiet, der Wunsch hervorgetreten, in Ansehung der Bedeutung der Kostenträger diese abzuwenden, und man hat geglaubt, der Epidemie auf diese Weise Herr zu werden. Das Geleß schreibt aber vor, daß dann zum Mindesten der entgangene Arbeitslohn ersetzt wird. Im Industriegebiet hat man nun auch die dafür notwendigen Mittel flüssig zu machen versucht. Die Erfahrungen waren aber nicht sehr ermutigend. Man muß nämlich nicht nur die Kranken, sondern auch die Krankheitsüberträger isolieren, und was das heißt, wissen wir alle. Die Ausgaben für die Allgemeinheit würden ganz außerordentlich große werden.“

Un der lumpigen Geldfrage soll also die einzig wirksame Bekämpfung der unheimlichen Seuche scheitern!

Professor Dr. Crismann-Zürich meinte denn auch, daß man ohne solche Isolierungen gesunder Kostenträger nicht auskomme. In der Schweiz greife man denn auch zu solchen Maßnahmen. Allerdings müßte auch der Arbeitslohn ersetzt werden. Das geschehe auch — in der Schweiz!

Der Referent Geh. Rat Flüge jedoch entgegnete, daß die freie Schweiz Mittel und Wege zur rigorosen Isolation ihrer Seuchenverdächtigen habe. Der preussische Landtag stehe demgegenüber auf dem Standpunkt: Nicht allzuviel Freiheitsbeschränkungen, sondern lieber etwas mehr Krankheiten! (Heiterkeit und Bewegung.) Soweit die Bevölkerung sich die Absperrungen gefallen lasse, sollte man wirklich nach Schweizer Muster verfahren. (Beifall.) Aber dabei sei auch zu berücksichtigen, daß in Oberschlesien allein 3000 Genickstarrefranke vorhanden wären, so daß man circa 30 000 Menschen zu isolieren gehabt haben würde.

Geh. Rat Flüge steht also im Prinzip auf dem Standpunkte der „freien“ Schweiz. Mit beizender Ironie meinte er jedoch, daß man in Preußen lieber etwas mehr Krankheiten in den Kauf nehme, um nur ja nicht — wer laßt da! — allzuviel „Freiheitsbeschränkungen“ vornehmen zu müssen. Die verständnisvolle Heiterkeit und Bewegung unterstrich diesen Galgenhumor!

Aud in der Tat: nicht an der „Freiheitsbeschränkung“ scheitert unsere Hygiene, sondern am Mangel an Geld! Selbst gesetzt, 30 000 Personen wären auf einige Wochen zu isolieren gewesen, was aber keineswegs der Fall gewesen wäre, wenn man rechtzeitig vor der Ausbreitung der Seuche infolge des Schlandrians unseres „aller Welt voran“ gehenden Preußens die Verhütungsmahßregeln ergriffen hätte, was wäre der finanzielle Effekt gewesen? Eine Ausgabe von höchstens 3, 4 Millionen Mark!

Wahrscheinlich aber hätte in den Anfangsstadien der Seuche eine halbe oder eine Million genügt!

Aber so viel Geld hat Posen für hygienische Maßnahmen nicht übrig. Lieber kauft es für 350 Millionen die polnischen „Kaninchen“ oder — zu Wucherpreisen! — die deutschen Junker aus!

Die Genickstarre ist ja vornehmlich eine Proletarierkrankheit, gegen die Luft, Licht und gute Ernährung immunisieren. Deshalb hat man kein Geld für ihre Bekämpfung übrig. Was kommt's denn auf ein paar tausend Proleten an!

Stimmungsmache für den Wahlrechtsverrat.

Die freisinnig-volksparteiliche Presse bereitet emsig ihre Leser auf den Wahlrechtsverrat und Blockschacher vor, dem in den nächsten Tagen der Parteitag der freisinnigen Volkspartei seine offizielle Sanktion geben soll. Alle Proteste aus freisinnigen Handwerker- und Arbeiterkreisen gegen diesen verräterischen Blockhandel sind anscheinend vergebens gewesen, alle Resolutionen freisinniger Ortsgruppen werden in den Papierkorb wandern, wenn sich nicht noch im letzten Augenblick die durch den Wahlrechtsverrat auch in Zukunft entrechteten Wählermassen zur Aktion aufrufen! Mundspitzen hüft da nicht, es muß gepöfien werden.

Die „Vossische Zeitung“ verteidigt ganz offen den Auhandel. Sie versucht durch allerlei kindliche Ausflüchte diese Verhöhnung der Volksrechte zu beschönigen. So meint sie, auch die Sozialdemokratie besorge ja nicht in allen Fällen die Parole: „Alles oder nichts“. So habe sie für die Herabsetzung der Getreidezölle gestimmt, so werde sie eventuell auch für eine Verkürzung der Militärdienstzeit stimmen, ohne damit ihre letzten Forderungen der Beseitigung der Lebensmittelpreise und der Volkswehr preiszugeben und „klapperbeinig an ihren Grundsätzen Verrat zu üben“.

Diese Vergleiche hinten denn doch gar zu sehr. Zunächst handelt es sich bei dem Freisinn um die Blockpolitik! Nicht weil bei einem ernstlichen Kampf um das Reichstagswahlrecht jeder Erfolg ausgeschlossen wäre, will ja der Freisinn das Reichstagswahlrecht schände preisgeben, sondern um sich nicht die Gunst der Agrarier und des agrarischen Kanzlers zu verschmerzen! Das ist der springende Punkt! Und es ist nichts als freisinniges Verlegenheitsgerede, daß dann, wenn es der Freisinn auf einen Bruch mit dem Block ankommen lasse, die Chancen der Wahlrechtsreform sich verschlechterten. Gerade das Gegenteil ist der Fall!

Sobald der Freisinn energisch in den Kampf um das Reichstagswahlrecht einträte, würde auch das Zentrum inklusive der Polen hinter dem Freisinn nicht zurückziehen können! Und da freisinnige, Zentrum und Sozialdemokratie zusammen die Masse des Volkes hinter sich haben, wäre die Regierung bei einem solchen Kampf schachmatt gesetzt, sie müßte bald genug kapitulieren und das Reichstagswahlrecht bewilligen! Das ist so klar, daß eine Widerlegung dieser Lausche gar nicht möglich ist! Umgekehrt aber ermöglicht der Freisinnsschacher auch dem Zentrum den Wahlrechtsverrat!

Außerdem war es aber gerade ein freisinniger Parlamentarier, Herr Albert Traeger, der überzeugend nachwies, daß in Sachen des preussischen Wahlrechts nur die Lösung „Alles oder nichts“ die einzig richtige sei, da ein Etwas weniger als nichts sei: nämlich die Sicherung und Verlängerung der Klassenwahlrechtsschmach in Preußen! Denn daß dem angeblichen „ersten Schritt“ der Fiktionreform à la Sachsen in absehbarer Zeit ein weiterer Schritt folgen werde, sei ganz ausgeschlossen. Jeder ernsthafte und eheliche Anhänger des Reichstagswahlrechts müßte es daher ablehnen, dem in allen Zügen krachenden Dreiklassenwahlrecht durch die Fiktionreform neue Stützbalken unterzuschleichen!

Darüber ist denn auch unter den von dem „reformierten“ wie allen Klassenwahlrecht entrechteten Schichten innerhalb des Freisinn selbst nicht der mindeste Streit. Aber die „Freisinnsdiplomaten“, die „Staatsmänner“, die nur die Interessen der Börse und der Großkaufmannschaft vertreten und vom Reichstagswahlrecht gar nichts wissen wollen, weil es die Interessen der nichtbesitzenden Klassen fördern würde, haben nun einmal das Heft in der Partei in der Hand und verschachern schamlos die Rechte des Volkes!

Auch die „Freisinnige Ztg.“ vertritt die gleiche Ansicht wie die „Voss. Ztg.“ Sie erklärt rund heraus:

„Die Freisinnige Volkspartei hat sich mit der veränderten Lage (der Blockpolitik) abgefunden; sie ist bereit, ihre Rechnung zu tragen.“

Das heißt: die Freisinnige Volkspartei will nicht gegen die Konservativen, sondern mit den Konservativen die „Wahlreform“ machen. Damit ist diese Sorte von Wahlreform hinlänglich charakterisiert!

Werden sich das die freisinnigen Arbeiter und Handwerker gefallen lassen? Werden sie selbst mit die Unten binden helfen, mit denen die Junker und Börstler sie zu zünftigen gedenken?

Der 15. September wird es zeigen! Die „Voss. Ztg.“ ist der frohen Hoffnung, daß sich die freisinnigen Arbeiter und Kleinhandwerker auch diesen Verrat ihrer „Führer“ gefallen lassen werden. Sie schreibt:

„Der „Vorwärts“ eifert denn auch mit ungeschwächten Kräften gegen den „schmachvollen Blockschacher“ und verheißt nicht, die Wähler zu ermahnen, daß sie in der freisinnigen „Monsterversammlung“ im Zirkus Busch den Führern nachdrücklich „den Standpunkt klar machen“. Der 15. September wird für die demokratischen Elemente des Freisinn die Generalprobe sein.“ Wir glauben gern, daß es dem „Vorwärts“ angenehm wäre, wenn es bei der Versammlung, die während des Parteitag der freisinnigen Volkspartei veranstaltet wird, zu recht leidenschaftlichen Auseinandersetzungen oder auch zu gelinden Ständalkäme. Aber wir hoffen, daß die freisinnigen Wähler kaltes Blut genug bewahren werden, um zu erkennen, daß die Gegenseite innerhalb der bürgerlichen Kreise in der Wahlrechtsfrage um so eher verschwinden, je ruhiger man sich ihrer Prüfung unterzieht.“

Wir sind nicht der Vormund der Hirsch-Dunderschen. Wir stellen einfach — wie das ja von wahrhaft freisinnigen Politikern und Wählern selbst geschehen ist — die Frage: Wahlrechtskampf oder Wahlrechtsverrat? Versagen die Hirsch-Dunderschen — umso schlimmer für sie und den ganzen Freisinn! Wie schrieb doch der Hirsch-Dundersche Arbeiter jüngst in der „Volks-Zeitung“?

„Es scheint so, als wollten diese Herren die Arbeiter, die noch nicht sozialdemokratisch sind, mit Gewalt vor den Kopf stoßen und von ihren Nachschiffen abschütteln... Spielt

nicht mit unseren berechtigten Forderungen, als ob wir nichts bedenkten. Es könnte dem Freisinn einen argen Stoß versetzen, wie er ihn noch nie erlebt hat.“ ...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September 1907.

Nichtet nicht, auf das Ihr nicht gerichtet werdet!

Zu den lebhaftesten Verteidigern unserer kapitalistischen Ausbeutergesellschaft und den eifrigsten Vätern zur Abscheidenheit, Fleiß, Sparsamkeit gehören — die wenigen Ausnahmen bestrafen nur die Regel — die protestantischen Pfarrer, hinter denen allerdings die katholischen Geistlichen hierin in keiner Weise zurückstehen. Das Eisern gegen die „Vegehrlichkeit“ der — Arbeiter bildet sogar eine Spezialität der Pfarrer. Und wenn der Eifer der Herren Pfarrer, die Sozialdemokratie in Volkserbauungen zu vernichten, im Laufe der Zeit merklich nachgelassen hat, so vielfach nur deshalb, weil die geistlichen Herren dabei die betrübliche Erfahrung machen mußten, daß sie für ihre soziale Weisheit häufig sehr wenig gläubige Zuhörer fanden.

Wie wenig Ursache die Pfarrer haben, dem Proletariat Bescheidenheit und Enthaltensamkeit zu predigen, beweisen ihre gar nicht idealen, entsagungsfreudigen, im Gegenteil sehr materiellen Forderungen, die sie auf dem zurzeit in Hannover tagenden, stark besuchten Pfarrertage diskutierten. Dort wurde eine Resolution angenommen, in der unter Betonung der Notwendigkeit einer Annäherung des Gehalts der Geistlichen an das Gehalt der Oberlehrer eine Gehaltsskala von mindestens 2700 bis 6000 M. nach 21jähriger Dienstzeit mit dreijähriger Steigerung als zu erreichende Mindestskala, und im Falle der Aufhebung der Kommunalsteuerfreiheit eine entsprechende weitere Erhöhung des Gehalts für notwendig erklärt wurde.

Wir nehmen den Herren Geistlichen ihre an übergroßer Entsayungsfähigkeit keineswegs kränkelnden Gehaltsforderungen an sich durchaus nicht übel. Nur sollten die Herren künftig auch die Forderungen des Proletariats etwas objektiver und verständnisvoller beurteilen. Zugleich möchten wir freilich den Herren zu bedenken geben, ob sie nicht alle Ursache hätten, auch ihrerseits auf die staatliche Subventionierung zu verzichten und eine Trennung von Staat und Kirche anzutreten. Denn gerade die Geistlichkeit hätte alle Ursache, sich ihr Gehalt nur von denjenigen zahlen zu lassen, die auch wirklich der Geistlichen zu bedürfen glauben!

Vorläufig freilich scheinen die Herren Pfarrer noch weit von diesem Standpunkte entfernt zu sein. Das beweist ihre Stellungnahme zur Frage der geistlichen Schulaufsicht. Die Herren wollen die Bevormundung der Schule durch die Kirche nicht preisgeben. Es wurden deshalb aus ihrer Mitte folgende Forderungen gestellt:

Für den Fall der Einführung der sachmännischen Kreis- und Schulaufsicht und des Fortfalls der technischen Ortschulaufsicht werden folgende Forderungen gestellt: 1. daß das verfassungsmäßige Aufsichtsrecht der Kirche über den Religionsunterricht gleichzeitig geregelt werde; 2. daß in den Bezirken, in denen jetzt die Kreis- und Schulaufsicht im Nebenamt geübt wird, bei Erledigung der Stellen und bei Neugründung von Kreis- und Schulaufsicht in erster Linie Geistliche, die ihre Befähigung zur sachmännischen Schulaufsicht durch die vorgeschriebene Prüfung nachgewiesen haben, als Kreis- und Schulaufsichtoren angestellt werden.“

Die Anträge riefen eine längere Aussprache hervor. Schließlich wurde auf Antrag des Pfarrers und Kreis- und Schulaufsichtors Weigel (Sandow) ein Antrag angenommen, der die Beschlußfassung der Anträge bei der Wichtigkeit der Sache und bei der Unmöglichkeit, sie diesmal ruhig und gründlich zu besprechen, auf die Versammlung des nächsten Jahres verschob.

Was ist Kolonialpolitik?

Wenn wir Sozialdemokraten behaupten, die Kolonialpolitik sei letzten Endes nichts anderes als massenhafte Verelendung einer gewissen Klasse von Kapitalisten auf Kosten des gesamten Volkes, dann schreien alle „Staatsbehaltenden“ Gewalt über solche „Verelendung des Vaterlandes“. Da ist es recht nett, daß auch einmal in einem ganz unbedächtigen Blatt, nämlich im „Scherischen Tag“ eine ebenso treffende Zeichnung der Kolonialpolitik sich findet. Ein gewisser Karl Eugen Schmidt aus Paris wagt in der letzten Nummer des „Tag“ über Jaurès, der sich von den radikal-bürgerlichen Parteien Frankreichs habe für ihre Politik bewegen lassen und nur verwundert sei, daß sie ihn von sich stoßen, nachdem er als Mohr seine Schuldigkeit getan. Dabei urteilt Schmidt wie folgt über die wahren Beweggründe der Kolonialpolitik:

„Er (Jaurès) ist nämlich gegen die Marokkospelulation, will von einem Eroberungskriege nichts wissen und verlangt einen neuen internationalen Kongress zur Regelung der marokkanischen Frage. Solches zu verlangen in einem Augenblick, wo die Spekulanten gerade im höchsten Entzücken schwelgen, ist unheimlich für den armen Jacques Bonhomme (ironische Bezeichnung des französischen Volkes, etwa so wie „Deutscher Michel“) glücklich in den Engpaß gebracht haben, worin er volens volens weiter marschieren muß, ist ein Verbrechen gegen die Nation, das die Spekulanten nicht ungerügt lassen dürfen. Jaurès, der einst so ein Stück Heiland für sie war, ist jetzt eher ein Stück Judas, ein Verräter von der allerverächtlichsten und niederträchtigsten Sorte. Er kann sich freuen, daß es keine Vostille mehr gibt: die Nachhaber der dritten Republik hätten ihn sonst schon lange eingekerkert. Und meiner Treu, recht hätten sie. Denn man mag sagen, was man will: schöne Reden sind Wollsch, aber die Hand schämen über einen Geldfahnen halten, den ich eben sehen wollte, das kann ich mir nimmermehr gefallen lassen. Es ist ein schönes Zeugnis für die Ehrlichkeit und für die Naivität des französischen Sozialistenführers, daß er tatsächlich wie vom Himmel gefallen dasteht vor der Mut der praktischen Geschäftspolitiker, die ihn früher mit Lavendelöl einsalben. Er ist eben wirklich ein ehrlicher Enthaltensamkeit und wunderlich, daß die anderen weiter nichts sind als — sagen wir — Geschäftskleber.“

Abgesehen von der schiefen Zeichnung der Persönlichkeit des Genossen Jaurès, der durchaus nicht so naiv ist, sich über die Mut der Spekulanten zu wundern, können wir diesen Ausführungen rückhaltlos beipflichten.

Man sieht, die bürgerliche Presse kennt das wahre Wesen der Kolonialpolitik ganz gut — wenn sie gerade will.

Zur Landtagswahl in Sachsen.

Dresden, 12. September. (Fig. Ver.) Die am Mittwoch vollzogene Urwahl der dritten Wählerklasse läßt sich zwar noch nicht überschauen, weil die Resultate noch immer unvollständig sind; es läßt sich aber im allgemeinen doch erkennen, daß ein Fortschritt zu verzeichnen ist. In den Wahlkreisen, in denen sich Sozialdemokraten ernsthafter

beteiligten, ist ein Anwachsen der Wahlbeteiligung und eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen eingetreten. Die Landtagswahlen unter dem alten Wahlrecht konnten ein Bild von der Stärke der sozialdemokratischen Partei geben, denn viele Wähler konnten sich nicht entschließen, Zeit und Lohn zu opfern, um nur mit dem Stimmzettel gegen die herrschenden Zustände und die Wahlrechtsreform zu protestieren. Wir hatten daher in Sachsen von jeher mit einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung in der dritten Klasse zu rechnen. Wenn es von Jahr zu Jahr etwas besser geworden ist, so ist das ein Beweis, daß die Wählermassen in größerer Nähe die Parteciparole, mit dem Stimmzettel zu protestieren, beherzigt und die Gleichgültigkeit und Lauheit abgeschüttelt haben.

Ein Erfolg war bei den diesmaligen Wahlen so gut wie ganz ausgeschlossen. Ein solcher ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur in den Wahlkreisen denkbar, wo mehr als 50 Proz. der Arbeiterklasse der zweiten Wählerklasse angetreten sind. Das ist aber nur in zwei Wahlkreisen Sachsens der Fall, von denen diesmal keiner mit zur Wahl steht. Die übliche Ausichtslosigkeit wird bei jeder Wahl lähmend wirken, so nachdrücklich auch hervorgehoben werden mag, daß die Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels eine Protestkundgebung ist. Um so mehr muß es als ein Erfolg der Sozialdemokratie gewürdigt werden, daß besonders in den großen Städten eine starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen gewesen ist. So stieg in Dresden II die sozialdemokratische Stimmzahl von 3030 auf 4500 und die Wahlbeteiligung von 24 auf 40 Proz. Noch stärker war der Stimmzuwachs im dritten Dresdener Bezirk, doch lassen sich hier wegen Veränderung der Wahlkreisinteilung richtige Vergleiche nicht ziehen. Die Wahlbeteiligung stieg von 30 auf 60 Proz.

Leider läßt sich nicht allenthalben die glatte Wahl der sozialdemokratischen Wahlmännerkandidaten in der dritten Klasse konstatieren. Es sind eben eine Anzahl Bezirke so ungünstig zusammengesetzt, daß Hofbeamte und ähnliche Personen auch die untere Klasse beherrschen. Aber besser ist es auch in dieser Beziehung geworden. Während bei der letzten Wahl die Gegner in den beiden Wahlkreisen 12 Wahlmänner an sich brachten, haben sie diesmal nur in 5 Bezirken Stichwahlen erreicht, die wohl alle zu unseren Gunsten ausfallen werden. In den beiden Dresdener Kreisen haben die Gegner nicht einen Wahlmann in der dritten Klasse durchgebracht. Dagegen ist im ersten Dresdener Kreise, wo eine Ersatzwahl für den Nationalliberalen Schulze stattfinden muß, weshalb sich in einigen Bezirken Ersatzwahlen nötig machten, infolge einer sehr frühen Beteiligung der Arbeiter bei diesen einzelnen Ersatzwahlen leider ein Zurückgehen der sozialdemokratischen Wahlmänner zu beobachten gewesen. Doch ist das eine Ausnahme, die sich aus den besonderen Verhältnissen bei der Nachwahl erklärt.

Am Donnerstag wird die zweite Klasse wählen. Es ist nur in einzelnen Bezirken einiger Wahlkreise auf ein Durchbringen der sozialdemokratischen Wahlmänner zu rechnen. Die Urwahlen der ersten Klasse werden sicher das Übergewicht der bürgerlichen Parteien in allen Kreisen ohne Ausnahme sicherstellen und so von neuem befehlen, daß in Sachsen zurzeit die Herrschaft des Geldes allein entscheidend für die Zusammensetzung der zweiten Kammer ist.

Das Wahlergebnis für die drei Dresdener Wahlkreise lautet: Im zweiten und dritten Kreise wurden nur sozialdemokratische Wahlmänner gewählt (78 bzw. 83). Im ersten Kreise wurden 22 nationalliberale und 4 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Die Wahlen der zweiten Wählerklasse.

Leipzig, 12. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Im Wahlkreise Leipzig II erzielten die Sozialdemokraten 125, die Nationalliberalen 1004 Stimmen. Im Kreise IV haben die Sozialdemokraten 301, die Nationalliberalen 1500 Stimmen erhalten. Die Wahlmänner fielen alle den Nationalliberalen zu. Die Wähler sind vornehmlich Mittelständler, Lehrer, Beamte, Rentiers, nur wenige Arbeiter. Das Resultat ist so, wie zu erwarten war.

Der Kriegsstrategie des Reichslügenverbandes.

Herr Generalleutnant von Liebert, die oberste Leuchte des Reichsverteidigungsverbandes, hat Pech. Schon seine burschiförmigen Aeußerungen über die Disziplinargerichtshöfe, die über den Fall Peters zu befinden hatten, haben nicht nur in liberalen, sondern selbst in konservativen Blättern Anstoß erregt und recht deutlich wurde dem einst unter höchst sonderbaren Umständen zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika avancierten großen Kriegsstrategen zu vernehmen gegeben, daß er nicht die in Ostafrika erworbenen Ausgangsformen auf die heimischen deutschen Gesilde übertragen möge. Doch die wohlgemeinten Ermahnungen haben wenig genügt; denn in einer Auslassung über das geplante Entzignungsgesetz für die Ostmarken hat er offen den bekannten Grundgedanken proklamiert: „Recht geht vor Recht.“ Diese Unvorsichtigkeit ist den Konservativen recht unangenehm. Selbst die dem Generalleutnant von Liebert soeben überwandte „Deutsch-Zeitung“ findet die Aeußerung nicht „sonderlich geschicklich“ und die „Kreuzzeitung“ schreibt sogar:

„Herr von Liebert hat vor kurzem erst allzu starke Ausdrücke zurüdnahmen müssen. Auch dieses Wort, wenn es wirklich gefallen ist, kann nicht aufrecht erhalten werden. Bekannt ist, daß sich Bismarck, der doch wahrlich von sentimentaler Schwäche frei war, einmal energisch gegen den Fortwurf verwahrt hat, solche Grundätze in der Politik zu vertreten. Auch heute kann in Preußen niemand in verantwortlicher Stellung daran denken, die Polen rechtlos zu machen. Die Bestimmungen des Anstiedelungsgesetzes machen rechtlich keinen Unterschied zwischen polnischen und deutschen Bewohnern der preussischen Provinzen; und auch tatsächlich ist die Verteilung, daß bei der Anstiedelung ein vom Regierungspräsidenten auszustellendes Unbedenklichkeitszeugnis beizubringen ist, gleichmäßig auf Bewerber deutscher und polnischer Nationalität angewandt worden. Ebensovienig kann ein künftiges Gesetz einen Unterschied machen unter den preussischen Untertanen verschiedener Nationalität... Man kann nicht bestimmt genug dagegen Einspruch erheben, daß die angebliche Aeußerung des Herrn v. Liebert von irgendeiner politischen Partei außer der revolutionären als Grundgedanke anerkannt werde. Die preussische Regierung läßt vielleicht auch wohl daran, die Sache nicht zu ignorieren, da an Herrn v. Liebert der Schreiberbrief des Reichskanzlers gerichtet war und der Adressat dadurch den Nimbus einer Vertrauensperson des Reichskanzlers erhalten hat.“

Im Grunde genommen hat der Konservatismus immer noch dem von der Kapazität des Reichslügenverbandes verübenden Prinzip gehandelt, wenn er ihn auch nicht öffentlich zu vertreten wagte. Auch die Ausführungen über die Gleichheit des Rechts für die Untertanen preussischer und polnischer Nationalität sind nichts als elende Realpolitik. Gerade weil aber die konservativen Politiker stets diesen Grundgedanken befolgt haben, ist ihnen seine offene Proklamierung durch einen der Ihrigen um so peinlicher.

Interessant ist übrigens, daß das agrarkonservative Blatt die Gelegenheit benutzte, zugleich einen Hieb gegen den Fürsten Bälou zu führen, indem sie ihn daran erinnert, daß er sich mit feinerem Geschmaack bei seiner Reichstagswahlmache den Generalissimus des Reichsverbandes zum Vertrauten erkor. Vielleicht wollte sie damit sagen: „Verwandte Seelen finden sich!“

Die „Freisinnige Zeitung“

Sie ist immer noch nicht beruhigt darüber, daß in dem Bericht des Parteivorstandes an den Essener Parteitag das schmähliche Verhalten des Freisinnigen bei den Reichstagswahlen gebührend gebrandmarkt worden ist. Nach einigen nebensächlichen Einwendungen gegen den Bericht behauptet sie nun, daß bei der Aufstellung der „Sündenliste des Freisinnigen“, die schon früher Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen war, in Wahrheit ganz willkürliche Zahlen gesetzt seien. Allerdings handelt es sich bei der Aufstellung der Wahlkreise, die der Freisinn durch Verzicht auf eigene Kandidaten den Parteien der Rechten ausgeteilt hat, nicht nur um die am 25. Januar, sondern auch um die bei den Stichwahlen abgegebenen Stimmen, während bei der für Gannstadt angegebenen Stimmenzahl ein Druckfehler unterlaufen ist; es muß dort 3182 statt 2182 heißen. Dadurch wird aber an der Beweiskraft der Aufstellung durchaus nichts geändert. Der im 3. braunschweigischen Wahlkreis gewählte v. Damm und die für ihn abgegebenen Stimmen werden nach der amtlichen Statistik der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zugerechnet. Damm ist daher im Einklang mit der Praxis der „Freisinnigen Zeitung“ den Antisemiten zugerechnet worden. In Pirna sind am 25. Januar von den 1309 freisinnigen Stimmen im Jahre 1906 allerdings auch noch 67 Stimmen für Nopich abgegeben worden, während die übrigen freisinnigen Stimmen auf den Antisemiten übergingen, mit deren Hilfe er siegte. Ober will die „Freisinnige“ etwa behaupten, daß der Rückgang der freisinnigen Stimmen in Pirna um mehr als 95 Proz. der natürlichen Entwicklung entspräche?

Bezeichnend für das Verlegenheitsgestammel über die „Oberflächlichkeit“ und „Unbrauchbarkeit“ des Vorstandsberichts ist der Einwand, daß in Württemberg die Freisinnigen weder 1903 noch 1907 eigene Kandidaten aufgestellt haben. Selbstverständlich handelt es sich hier um die süddeutsche Volkspartei, die eine der drei Parteien des Freisinnigen bildet, die seit der Frankfurter Vereinbarung miteinander in sehr enger Beziehung stehen.

Der Freisinn mag sich drehen und wenden wie er will, den bei den Reichstagswahlen verübten Volksverrat vermag er nicht von sich abzuwaschen! —

Der Nürnberger Peters-Prozess.

Die „Frankische Tagespost“ meldet: Vor einiger Zeit waren bürgerliche Blätter in der Lage mitzuteilen, daß der Termin im Prozess gegen den Genossen Dr. Weiß auf 8. Oktober anberaumt sei. Wir haben sofort darauf aufmerksam gemacht, daß die Sache höchst auffällig sei, da die Frist zur Erklärungsabgabe bis 10. September laufe und eine Eröffnung des Hauptverfahrens daher noch gar nicht stattgefunden haben könne.

Am 5. September benannte Rechtsanwalt Dr. Süßheim die Zeugen des Beklagten. Und bereits einen Tag darauf gingen die Ladungen hinaus zum Termin, zwar nicht vom 8., aber vom 5. Oktober. Da der Ankläger, dem die Verleumdungssachen übertragen sind, zur Zeit sich in Urlaub befindet und die Frist zur Erklärungsabgabe noch bis 10. September lief, so wird die Beschichte immer rätselhafter. Es wird wohl notwendig werden, zur Klärung des Sachverhaltes den betreffenden Richter als Zeugen zu laden.

Verleumdungsklage gegen den Breslauer Polizeipräsidenten.

Wie wir feinerzeit berichteten, hatte der Breslauer Polizeipräsident am 1. Mai 1906, 11 Tage nach dem Blutbade auf dem Striegauer Platz, bei der Staatsanwaltschaft einen von Unrichtigkeiten strotzenden Bericht gegen den Genossen Albert von der „Vollmacht“ eingereicht. In diesem Bericht wurde u. a. behauptet, daß die Arbeiter der Arbeiterunruhen die sozialdemokratischen Agitatoren seien, daß ferner die sozialdemokratischen Redakteure der „Vollmacht“ systematische Verhöhnung der Rassen betrieben und über die Vorgänge vom blutigen 19. April „erlogene Berichte und aufreizende Artikel“ gedruckt, die „alles in den Schatten“ hätten, was bisher „auf diesem Gebiete beobachtet“ worden sei! Dann hieß es mit Bezug auf den Genossen Albert in diesem Schriftstück folgendes:

„Diesen schamlosen Äußerungen der Presse reißt sich würdig an die in dem anliegenden Bericht wiedergegebene Rede des Redakteurs Albert, in welcher von Bewahrung der Ruhe abgemahnt und ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 1848/1849 und die Verbrechen der russischen Revolution, die noch frisch im Gedächtnis stehen, als nachzuahmende Vorgänge hingewiesen wird.“

Wenn gegen derartige Agitatoren nicht mit der vollen Strenge des Strafgesetzes eingeschritten wird, dürfen sich alsbald, speziell hier in Breslau, Zustände etablieren, deren die Polizeibehörde kaum noch Herr werden könnte.“

Auf Grund dieses Berichts wurde wenige Stunden später Genosse Albert wegen angeblicher „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“, bezogen in seiner Rede, verhaftet und mehrere Tage in Untersuchungshaft gehalten.

Breslauer Richter und das Reichsgericht haben wiederholt festgestellt, daß die Behauptungen des Polizeipräsidenten falsch waren. Genosse Albert wurde bekanntlich freigesprochen. Vor Gericht wurde, sogar von dem überwachenden jener Versammlung, festgestellt, daß Albert nicht aufgereizt oder gar zu Gewalttätigkeiten angereizt hat. Gerichtlich wurde festgestellt, daß Albert nicht „von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt“ und nicht Verbrechen als nachahmenswert bezeichnet hat.

Trotz alledem hat der Polizeipräsident, der so oft wegen scharfer Kritik einer Schumannsbehandlung Strafantrag stellt, die Unwahrheiten seines Berichts noch nicht zurückgenommen. Nunmehr wird Genosse Albert Verleumdungsklage gegen den Polizeipräsidenten stellen. Zum Sühnetermin erschien der Polizeipräsident nicht. Ob Kompetenzkonflikt erhoben werden und dann das gerichtliche Verfahren ghemmt werden wird, bleibt abzuwarten.

Ultramontaner Geisteskampf.

Bei der letzten Reichstagswahl hatte das sozialdemokratische Wahlkomitee des Rünsterischen Wahlkreises Vorke n-Redinghausen auch zwei Genossen als Stimmzettelverteiler nach dem Ortchen A habe entsandt. Kaum hatten die beiden Stimmzettelverteiler am Wahllokal Stellung genommen, als biedere Zentrumsleute auf sie zurollten und ihnen die Stimmzettel abnahmen, die sie zerrissen und in den Kot traten. Den beiden Genossen blieb, als die fromme Bande dazu überging, handgreiflich zu werden, nichts übrig, als sich zu entfernen und so wenigstens ihre heißen Knochen zu retten. Man schickte eine Abilung mit neuen Stimmzetteln hin, ihr wurde noch übler mißgespielt. Zunächst wurden auch diesen Genossen die Stimmzettel abgenommen, die man ebenfalls zerriss und in den Dreck schmeißte, dazu gab es höhnische Bemerkungen und Nippenstöße. Der Ortsvorsteher, der zugleich Wahlvorsteher war, feuerte einen Beobachter des Ortes mit Zurufen zum Angriff auf die beiden Stimmzettelverteiler an; der Vertreffende, Kammerer mit Namen, rann auf den Genossen Boden los und schlug ihn mit seinem Stock blindlings über den Kopf; das gab den frommen Banditen, die umherstanden, Mut; mit Schlägen und Stößen stürzten sie sich auf die beiden Genossen und vertrieben sie vom Schulhof. Der Pfarrer, der in diesem Augenblicke gerade hinkam, gab den Mißhandelten den Rat, den Ort zu verlassen; er führte sie aus dem Kreise der Kaufbolde hinaus, sodas sie ohne

weitere Mißhandlung sich in Sicherheit bringen konnten. Ihren Wunsch, ihnen die Ranten einiger der Banditen anzugeben, fand sich Hochwürden zu erfüllen nicht veranlaßt. So konnte außer dem Kammerer nur noch ein Mißthäter ermittelt werden. In Dorsten wurde dieser Tage die Sedentat der Schwarzgen vor dem Schöffengericht verhandelt. Kammerer, der die Mißhandlung des Genossen Boden zugezehen mußte, wurde zu — fünfzehn Mark Geldstrafe (1) oder drei Tagen Gefängnis verurteilt; der Mißhandlung wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er sich an der Mißhandlung beteiligt hatte. Der Vorfall, der die Ultramontanen wieder einmal in ihrer ganzen Glorie als „Geistesstärker“ zeigt, ist ebenso interessant wie das Urteil, das in der Oberginstigkeit der Strafreiche Vergleichs zuläßt mit Urteilen gegen ausländische Arbeiter, die einem Arbeitswilligen auf die garten Hünerausen getreten haben.

Ein polizeilicher Mißgriff.

Auch wir berichteten feinerzeit über einen polizeilichen Mißgriff, der sich im Oktober v. J. in Wiesbaden ereignete. Ein dort seit geraumer Zeit lebender Schriftsteller Karl Wötcher wurde eines Nachts auf dem Heimwege von einem Schumann angehalten, nach seiner Legitimation gefragt und trotz Vorzeigung seines Reisepasses zur Polizeiwache gebracht, unter äbelster Behandlung und sogar unter Anwendung einer Handfessel — all das, ohne daß der so Behandelte irgend etwas begangen hätte, lediglich wegen der durch nicht begründeten Mutmaßung, daß er an einem Vorgarten eine Störung verursacht habe. Dem Opfer der Polizeigewalt ist nun nicht etwa eine Genugtuung zuteil geworden — auch keine gegen den Schumann gerichtete Strafanzeige fand beim Staatsanwalt wenig Gegenliebe —, sondern zu allem Übrigen wurde vom Schumann gegen ihn noch ein Strafantrag gestellt, unter der Beschuldigung der verschiedensten Straftaten gegen diesen Vertreter der heiligen Germandad, als da sind Widerstand gegen die Staatsgewalt, tätlicher Angriff usw., Hausfriedensbruch, weil er die Polizeiwache nicht sogleich verlassen hatte, und schließlich Verleumdung, weil er es gewagt hatte, in der „Frankfurter Zeitung“ den Tatbestand klarzulegen. In einem Teil hatte inzwischen schon der Staatsanwalt auf Grund der Erhebungen die Anklagepunkte fallen lassen müssen. Das Wiesbadener Landgericht hat nunmehr aber in allen Punkten den Angeklagten außer Verfolgung gesetzt. Herr Wötcher schreibt nur darüber in der „Pres. Ztg.“:

Gegen elf Monate hat die Sache bei den verschiedensten Instanzen geschwebt, bis mir endlich heute — nach einem neuerlichen Ermittlungsverfahren — der Beschluß des Landgerichts zugeht: Ich bin außer Verfolgung gesetzt und die Schumannsanzeigen sind in allen Punkten — abgewiesen.

Wenn ich auch, meiner Ueberzeugung nach, in der öffentlichen Gerichtsverhandlung der Sache, bei der elementarsten Rechtspflege hätte freigesprochen werden müssen und beinahe bedaure, daß ich nun nicht als „Angeklagter“ fungieren kann — der Beschluß des Wiesbadener Landgerichts verpflichtet mich zu einer artigen Verbeugung.

Nun folgt der Tragödie zweiter Teil: die Wiederaufnahme meiner Klage gegen den Schumann wegen der an mir verübten, oben erwähnten Handlungen. Und die Beleuchtung der damit in Verbindung stehenden eigenartigen Erscheinungen, welche unser Volkssystem charakterisieren. Denn — um mit der Feierlichkeit eines Eidespruches zu schließen — so etwas ist in unserem modernen Staatsleben für die Volksehrlichkeit — nämlich zur Ehre, zur Strafe, zur Besserung, zur Sühntigung in der Gerechtigkeit!

Wiesbaden, 3. September 1907, Abeggstr. 2.

Karl Wötcher.

Die „Pres. Ztg.“ bemerkt hierzu mit Recht:

„Wie steht es nun mit dem Disziplinarverfahren gegen den Schumann? Der Wiesbadener Polizeipräsident hatte nur erklärt, daß er es vom Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abhängig machen müsse, ob er Veranlassung habe, gegen den Schumann disziplinarisch vorzugehen. Wird ihm jetzt die zitierte Gerichtsentscheidung diese Veranlassung bieten?“ —

Wie man Freiherr wird!

In Nr. 656 von diesem Jahre brachte das führende Blatt der nationalliberalen Partei, die „Allg. Ztg.“, folgende Anzeige: „Aristokraten, Großindustriellen (oder Söhne), der auf Mobilisierung Wert legt, ist Gelegenheit geboten, durch Beteiligung von 700 000 M. an Gründung einer national-liberalen Zeitung in deutschem Bundesstaate, der selbst mit 300 000 M. beteiligt, den Freiherrntitel zu erwerben. Ernst. Respektanten erfahren...“

Der „Pfälzer Völk“ in Heidelberg behauptet nun, daß mit dieser Zeitung die „Münchener Allg. Ztg.“ gemeint gewesen sei. Auch ein hübscher Beitrag zur Korruption der Presse, der bürgerlichen Parteien und des Ordnungsstaates überhaupt! —

Australien.

Die Wahlen zum Staatsparlament fanden am Dienstag in New-Sidvale statt. Die Arbeiterpartei erhielt, soweit Resultate bis jetzt bekannt geworden sind, 20 Mandate; sie hätte damit 4 Sitze, die bisher die Liberalen inne hatten, gewonnen. Diese vier Sitze sind in Orten mit starker Industriebevölkerung erschoten.

Die bisherige Regierung erhielt eine genügende Majorität, um im Amte bleiben zu können. Alle Minister wurden wiedergewählt. Aufsehen erregte die starke Beteiligung der Frauen und das lebhafteste Interesse, welches sie für die Wahlen bekundeten.

Die russische Revolution.

Die Stimmung in den Arbeiterkreisen.

Dem „Russ. Bulletin“ wird aus Petersburg geschrieben: Vor einigen Tagen fand eine Sitzung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei statt, auf welcher einige Mitglieder des Zentralkomitees, welche die Provinz bereist hatten, über die Stimmung der Arbeiterschaft und die Lage der Parteioptionen in der Provinz Bericht erstatteten. Es erwies sich, daß die Niedergeschlagenheit und Apathie der Bevölkerung, von der die Zeitungen in einestort sprechen, ungemein aufgedunsen ist. Es wurde konstatiert, daß die Lage in der Provinz, insbesondere im Süden, in dieser Beziehung bedeutend besser ist als in den Hauptstädten, wo die administrative Willkür und die Repressalien gegenwärtig alles früher Dagewesene in den Schatten stellen. Obwohl sich auch die Provinz über Mangel an Repressalien nicht beklagen kann und in mancher Beziehung (Presse, Legalisation der Gewerkschaften usw.) bei weitem schlimmer dazustehen ist als z. B. in Petersburg, so sieht die Bewegung in der Provinz gegenwärtig dennoch nicht auf so viel Schwierigkeiten wie in den Hauptstädten. Es darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß bei der Arbeiterschaft Petersburgs und Moskaus, die während der letzten Revolutionsjahre im ökonomischen und insbesondere im politischen Kampf der Arbeiterschaft im ganzen Lande voranging, naturgemäß eine stärkere Uebermüdung eintreten mußte. Hierzu kommen noch Gründe rein

parteilichen Charakters, die die Entwicklung der Bewegung in den Hauptstädten in negativem Sinne beeinflussten.

Alle Verleumdungen konstatieren einmütig, daß sich unter dem Einfluß der heranannahenden Wahlkampagne allortorts eine stärkere Belebung, ein gewisser Aufschwung bemerkbar mache. Unter dem Einfluß des Konferenzbeschlusses, an den Wahlen teilzunehmen, und der diesbezüglichen Agitation der Parteimitglieder, macht die bisher so verbreitete Hofflostrichtung immer mehr der entgegengesetzten Richtung Platz, und gleichzeitig tritt an die Stelle der Apathie und Apathie unter den Arbeitern Aktivität und Belebung. Dieser Umfassung in der Stimmung der Arbeiter tritt sogar schon während der wenigen Wochen, die seit der allrussischen Parteikonferenz verlossen sind, offen zutage.

Es verdient Beachtung, daß sogar unter den Moskauer Arbeitern, die ja durch den Wahlrechtsraub Stolypins ihr Wahlrecht fast vollkommen eingebüßt haben, ein solcher Aufschwung zu verzeichnen ist. Soeben aus Moskau eingetroffene Genossen widerlegen kategorisch die jüngst von der liberalen Presse gebrachte Nachricht, daß die Moskauer Arbeiter sich auf großen Versammlungen einmütig für den Wahlhohlst ausgesprochen und einige anwesende Mitglieder des Zentralkomitees veranlaßt hätten, die Durchsicht des Konferenzbeschlusses bezüglich der Wahlbeteiligung im Zentralkomitee anzuzugehen. Diese Nachricht ist von Anfang bis zu Ende erlogen. Es wird in letzter Zeit im Gegenteil konstatiert, daß die Arbeiter, die vom Wahlrechtsraub nicht betroffen sind, sich als Wohnungsmieter in die Wählerlisten eintragen lassen.

Dementi.

Der Hilfsverein der deutschen Juden erhält folgendes Telegramm:

Rischnew, 12. September. Die in den Zeitungen verbreiteten Nachrichten über einen Pogrom in Rischnew bestätigen sich erstreckungsweise nicht.

Petersburg, 12. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die falsche Meldung über den Pogrom in Rischnew ist offenbar dadurch veranlaßt worden, daß vor dem dortigen Bezirksgericht gegenwärtig der Prozess über den im Jahre 1905 im Flecken Kalarasch stattgefundenen Pogrom verhandelt wird.

Die Bergarbeiterbewegung in der Niederlausitz.

Senftenberg, 12. September.

Endlich haben die Unternehmer auf die Vorwürfe, die ihnen selbst aus bürgerlichen Kreisen zuteil geworden sind, eine Antwort gefunden. Und was für eine! Die „Lausitzer Zeitung“, Tagesblatt für die Lausitzer Berg- und Hüttenindustrie, bringt an leitender Stelle unter dem Motto: „Kohlenstreik in Sicht!“ die Aufschrift des Vereins der Niederlausitzer Kohlenwerke. Zunächst beschäftigt sich das Organ mit einem überaus heftigen Angriff — die Unternehmer bezeichnen ihn selbst als solchen — der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ von Prof. Dr. Jastrow gegen die Niederlausitzer Werksverwaltungen. Dr. Jastrow schilderte die Lage haargenau richtig so:

„Schon vor Jahren wurde ziemlich deutlich für die Arbeitergeber darauf hingewiesen, daß die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlenbergbau der Niederlausitz sehr viel zu wünschen übrig ließen. Es war eine durchaus falsche Politik, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen, ohne daran zu denken, daß angesichts der niedrigen Löhne über kurz oder lang ein erster Konflikt unausbleiblich sein müsse. Das niedrige Lohnniveau hatte allerdings zur Folge, daß in keinem Braunkohlenrevier Deutschlands die Gestehungskosten so tief standen wie im Braunkohlenbergbau der Provinz Brandenburg. Aus dieser Feststellung allein ergab sich aber schon die Notwendigkeit, der Bewegung der Löhne größere Aufmerksamkeit zu schenken, als dies durch die Werksverwaltungen geschehen ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß in den letzten Jahren die Löhne um 18 Proz. gestiegen seien, so läßt dies nicht darüber hinweg, daß im Vergleich zu den Löhnen in anderen Gebieten des Braunkohlenbergbaus die Löhne in der Provinz Brandenburg und hier wieder im Niederlausitzer Revier an sich viel zu niedrig standen und stehen.“

Die Werksverwaltungen haben nur eine Entschuldigung für ihr geringes Interesse, das sie der Besserung der Arbeitsverhältnisse schenken, nämlich den Hinweis auf die eigenartige Verfassung des Arbeitsmarktes in ihrem Bezirk. Die Bergarbeiter blieben nie sehr lange auf ihren Arbeitsstellen, sondern wanderten im Hinblick auf die niedrigen Löhne sehr bald weitwärts ab. Die Folge war aber nicht etwa Arbeitermangel auf den Gruben, sondern ein überhitzter Zustrom überaus anspruchsloser und billiger Arbeitskräfte aus dem Osten, aber auch aus Brandenburg selbst, aus dem landwirtschaftlichen Teile der Mark, Schlesiens und Pommern kamen haufenweise die Arbeiter, um Gruben oder Fabrikarbeit zu verrichten. Daneben werden aber auch noch Polen in großer Zahl angeworben, so daß vor einigen Jahren die Polen in einer Reihe von Bezirken das deutsche Element zurüdgebrängt hatten.

Auf dieser eigenartigen Gestaltung des Arbeitermangels beruhte die Möglichkeit, das Lohnniveau fortgesetzt so niedrig wie möglich zu halten, bis jetzt endlich unter der Arbeiterschaft das Maß der Unzufriedenheit überlaufen ist. Sie haben den Werken ihre Bedingungen eingereiht, aber noch nicht einmal eine Antwort erhalten. Vermutlich rechnen die Werksverwaltungen damit, daß bei der besonderen Zusammensetzung der Arbeiterschaft ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter nicht zu erzielen sei, daß außerdem der Zugang fremder Arbeitskräfte sie vor größeren Verlegenheiten bewahre.

So wie die Dinge liegen, handelt es sich um einen Konflikt, der durch die abwehrende Haltung der Werksverwaltungen und ihre Gleichgültigkeit gegen die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft notwendig geworden ist. Wenn gesagt wird, daß bisher eine erprobliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Niederlausitz bestanden habe, so kann das Zusammenarbeiten nur darin gefunden werden, daß die Arbeiter sich hübschweinig in Verhältnisse gefügt haben, gegen die sie wegen des fluktuierenden Charakters der Arbeiterbevölkerung, wegen der mangelhaften Organisation und wegen der ziemlichen Uneinigkeit nichts ausrichten konnten. Aus diesem passiven Verhalten der Arbeiterschaft kann aber keineswegs geschlossen werden, daß sie ihre Lage nicht als unbefriedigend schon längst empfunden hätten.“

Die hier wiedergegebenen Stellen aus der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ treffen den Nagel auf den Kopf. Der Artikel war der Unternehmerorganisation zur Klärung zugestellt worden und der Vorstand des die Gesamtheit der Werksverwaltungen der Niederlausitz darstellenden Vereins antwortet nun u. a. darauf folgendes:

„Es ist richtig, daß schon seit vielen Jahren von der sozialdemokratischen Presse fortlaufend auf die angeblich unbefriedigenden Arbeitsverhältnisse im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau hingewiesen wird. In erster Reihe werden ununterbrochen die zu niedrigen Löhne aller Berg- und Fabrikarbeiter hervorgehoben, und man scheint sich nicht, zur Begründung der Forderungen in der Regel die wirklichen Verhältnisse zu entstellen. . . . Es kann behauptet und bemessen werden, daß die Werksverwaltungen den Lohnverhältnissen stets die größte Aufmerksamkeit geschenkt haben. . . . Die die Tatsachen beweisen, haben fast alle Werke der Niederlausitz ihre Fürsorge

für die Arbeiterschaft durch Schaffung geräumiger und gesunder Wohnungen und durch anderweitige Wohlfahrts-Einrichtungen bewiesen, und hat man mit der Beförderung der Marktfrage freiwillig (?) die Lohnverhältnisse im Laufe der letzten Jahre aufgebessert, so daß sie heute eine durchaus befriedigende und angemessene Höhe erreicht haben.

Es ist ein Skandal, in welcher Weise der Verein die Doffentlichkeit anzulügen sich erdreistet. Da sollen fast alle Werke durch Schaffung geräumiger und gesunder Wohnungen ihre Fürsorge für die Arbeiterschaft bekundet haben. Dabei ist es gerichtsnotorisch, daß die Zustände in den Arbeiterkasernen der Gruben ein Dohn auf die Menschlichkeit, eine kulturwidrige Ungeheuerlichkeit sind! Siebzehn Tage lang ist im März und April vorigen Jahres an Gerichtsstelle gegen den Bezirksleiter Gärtnert vom Bergarbeiterverband verhandelt worden. Dinge, die man im Herzen Deutschlands, vor den Toren von des Reiches Hauptstadt niemals für möglich gehalten hätte, sind dort zur Sprache gebracht worden. Der zuständige Bergtrat mußte sein Sachverständigengutachten dahin resumieren, daß die Zustände „gerade noch normal“ seien. Nichts ist seitdem geschehen. In den nächsten Tagen werden wir die Zustände an der Hand tatsächlichen Materials beleuchten. Dann sollen Löhne von 120 bis 160, ja solche von 180 M. und darüber monatlich verdient worden sein. Nach den amtlichen Angaben betragen die Löhne für unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter (Hauer und Schleppler im

	1905	1906
Bergrevier Frankfurt a. O.	3,00 M.	2,78 M.
„ Ost-Rottbus	3,31 „	3,47 „
„ West-Rottbus	4,11 „	3,76 „

Es liegt System darin, einzelnen Leuten besonders günstige Arbeit zu geben, sie dann noch täglich 1 1/2 Schichten und regelmäßig Sonntags zu beschäftigen und sie dann der Doffentlichkeit als „Paradebeser“ vorzuführen zu können.

„Gewiß ist von der sozialdemokratischen Partei versucht worden, bei auf einzelnen Braunkohlenwerken hervorgehobenen Arbeitseinstellungen Arbeiter nach dem Westen abzuschicken. Doch konnte in jedem Falle festgestellt werden, daß die abgeschickten sehr bald wieder zurückkamen, da die Arbeitsbedingungen in der Niederlausitz von ihnen als günstiger erkannt wurden. Infolge der überaus starken Entwicklung der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie im letzten Jahrzehnt reicheten die einheimischen Arbeitskräfte nicht entfernt zur Bewältigung der Arbeitsleistungen aus, und nur aus diesem Grunde mußten neue Arbeitskräfte aus dem Osten herangezogen werden, schon um nicht die Landwirtschaft des Bezirkes von den erforderlichen Arbeitskräften zu entblößen. Unrichtig ist aber die Behauptung, daß das Potential das deutsche Element zurückgedrängt habe, denn das letztere überwiegt noch immer derartig, daß von einer Gefährdung des Deutschtums nicht gesprochen werden kann.“

Die sozialdemokratische Partei soll Arbeiter nach dem Westen abzuschicken versucht haben?! Das ist ein so offenkundiger Unfug, daß eine Widerlegung sich erübrigt. Köstlich ist's, wenn die Unternehmern behaupten, „Abgeschickene“ seien bald wieder zurückgekommen, „da die Arbeitsbedingungen in der Niederlausitz von ihnen als günstiger erkannt wurden“. Noch gelungener nimmt sich der Passus von der Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft des Bezirkes aus dem Munde von Leuten, denen jedwede Art von Rücksichtnahme ein unbekannter Begriff ist. In Wahrheit haben die Werksverwaltungen auf der Suche nach Arbeitskräften wahllos alles angeworben, was ihnen vor die Hand gekommen ist. Die kulturell tiefstehenden Elemente Galiziens und Kroatiens waren ihnen als Ausbeutungsobjekte gut genug. Die landwirtschaftlichen Arbeiter des Bezirkes hüten sich, Gesundheit und Knochen in den Schindengruben der Niederlausitz für ein Butterbrot zu lassen. Die Unternehmer spielen deshalb die Rolle des Fuchses, dem die Trauben zu teuer — pardon — der die Landwirtschaft nicht von Arbeitskräften entblößen wollte!

Es ist richtig, daß die sozialdemokratische Bezirksorganisation im Laufe der letzten Monate eine sehr rührige Agitation einleitete und daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes die bekannten unerfüllbaren Forderungen gestellt haben. Wenn die Forderungen unbeantwortet blieben, so ist dies ganz selbstverständlich, da die einzelnen Werksleitungen nach der berggesetzlichen Einführung der Arbeiterauschüsse lediglich mit diesen zu verhandeln haben und namentlich angeht die geringen Mitgliederzahl weder in der Lage sind, den Bergarbeiterverband, noch etwa von dessen Mitgliedern gewählte Kommissionen als berechtigte Vertreter der Niederlausitzer Bergarbeiterschaft anzuerkennen. Die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit ist zurzeit mit Rücksicht auf den bestehenden, überaus empfindlichen Arbeitermangel sowie auf die eigenartigen Förderverhältnisse in der Niederlausitz absolut undurchführbar und die weiter geforderte Lohnerhöhung von 15 Proz. aus den oben angeführten Gründen unberechtigt. Die weiteren Forderungen sind auf den meisten Braunkohlenwerken bereits erfüllt.“

Also die sozialdemokratische Bezirksorganisation hat eine Agitation eingeleitet und die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes haben die „bekannten unerfüllbaren Forderungen“ gestellt. Wer laßt da? Requiem, billig, aber ein echt demagogischer Kapitalistentricks ist es, sich auf den „gesetzlichen Boden der Arbeiterauschüsse“ stellen zu wollen. Es erweist sich bei jeder Gelegenheit, daß die vom preussischen Gesetzsparlament den Arbeitern als schillerndes Einverständnis zugeworfenen Arbeiterauschüsse Dekorationsstücke sind und als Aushängeschild dienen müssen, um allen Forderungen und Verhandlungen aus dem Wege gehen zu können. Die Arbeiterauschüsse sind Marionetten in den Händen der Unternehmer! Tun sie ihre Pflicht, fliegen sie. Sie sind u. a. gepriesen worden als vorzügliche Einrichtung zur Regelung von Lohnfragen. Der Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins erließ aber an die Verwaltungen der Kohlen- und Erzgruben folgendes Geheimzirkular:

„Neuere Vorkommnisse lassen es als zweckmäßig erscheinen, die prinzipielle Abmachung zwischen den Gruben- und Hüttenverwaltungen nach der Richtung hin zu ergänzen, daß auch in den Arbeiterauschüssen, wie solche auf Grund der letzten Berggesetznovelle für die einzelnen Gruben gewählt wurden, keinerlei zu weitgehende oder gar bindende Versprechungen hinsichtlich etwaiger Lohnerhöhungen erfolgen.“

Unser Vorstand hat demgemäß... beschlossen, daß, wenn in den Sitzungen dieser Ausschüsse auch Lohnfragen zur Erörterung gelangen sollten, die in Frage stehenden Herren Vertreter... ihrerseits niemals irgendwelche Zusagen genereller Natur in bezug auf Lohnerhöhungen abgeben.“

Die Figura zeigt, spielen die Unternehmer Fangeball mit den Ausschüssen und Komödie der Doffentlichkeit gegenüber. Vor letzterer wird pathetisch erklärt, daß man sich über Lohnfragen mit den „gesetzlich zuständigen“ Arbeiterauschüssen einigen müsse, und geheim erfolgen Erlasse, denen zufolge sich „die Herren Vertreter“ auf nichts einlassen sollen, vor allem keine bindenden Versprechungen abgeben dürfen. Ist das nicht ein unwürdiges Gaukelspiel?

Dann wird von den sozialdemokratisch organisierten Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes als von „Elementen“ gesprochen usw. Demgegenüber steht fest, daß diese „Elemente“ anerkanntermaßen die besten Arbeiter, die Kerntruppe im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau sind.

Gewerkschaftliches.

„Christliche“ Taktik.

In Rheine, einem der schwärzesten Nester des Münsterlandes, waren freilorganisierte Holzarbeiter tätig, denen es gelang, eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ins Leben zu rufen. Darob große Wut bei den in Rheine dominierenden „christlich“ organisierten Holzarbeitern, die in dem Maße stieg, als die Freien aus den Reihen der Christen Mitglieder gewannen. Unter anderen meldete am 26. August einer der Uebergetretenen dem christlichen Kassierer von Rheine seinen Austritt aus der christlichen Organisation. Jetzt erhielt derselbe einen Brief folgenden Inhalts:

Auf Dein Schreiben vom 26. August zurückzukommen, theile ich Dir mit daß Deine Abmeldung nicht früher angenommen wird bis daß Du die Streikunterstützung die Du während des Streiks erhalten hast zurückerstattest; Andernfalls Klage gegen Dich erhoben wird und Du in Folge dessen Unangenehmlichkeiten davon hast. Bedenke wohl was Du machst Du mußt wissen, weil Du ein Ausländer bist daß so wie Du es machst hier in Deutschland nicht durchdämmst denn wir haben hier in Deutschland Sozialdemokraten genug und wenn sich Ausländer daran beteiligen so bekommen sie direkt Landesverweis. Ich werde Deine Karte behalten und sie der Polizei überliefern.

Mit Gruß Der Bekannte.

Zweiterlei an diesem klassischen Schreiben ist echt christlich: die offene Drohung mit der Demunziation und die Feigheit, die den „Christen“ abhielt, den Brief mit seinem Namen zu unterzeichnen. Im übrigen spricht das Schreiben für sich selbst. Und mit solchem Gefindel muß man sich herum-schlagen!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Fischer, Schöneberg, Mühlentstraße 8, befinden sich die Dreher, Werkzeugmacher usw. im Ausstand. Zugang ist ferngehalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Senftenberger Kohlenwerke Wihl. Berghahn senden uns folgende Zuschrift:

In Ihrer werthen Zeitung Nr. 205 vom 3. d. M. bringen Sie unter dem Titel „Gewerkschaftliches“ einen Bericht über eine in Senftenberg stattgehabte Versammlung.

Die Referenten in dieser Versammlung, speziell der Redner, der den Bericht über unser Werk „Elisabethglück“ erstattete, haben es mit der Wahrheit nicht genau genommen.

Ich teile Ihnen als Leiter und Repräsentant dieses Werkes mit:

1. Daß weder mir noch der Werksverwaltung irgend welche Forderungen der Arbeiter vom Ausschuss derselben noch von irgend einem Verbandszugegangen sind.

Ich konnte also, da keine Anfrage vorlag, auch keine Antwort erteilen.

2. Es ist richtig, daß den Arbeitern, die nicht in Werkswohnungen untergebracht werden können, fünf Mark monatliche Mietentschädigung zugesagt sind.

Unwahr ist, daß diese Mietentschädigung nicht gezahlt ist.

3. Es ist unwahr, daß Karren von den Wagen weggenommen sind, um die Arbeiter um den Lohn zu prellen. Es ist auch kein einziger Arbeiter wegen Nichtfüllung der Wagen bestraft.

4. Unwahr ist, daß für 80 Pf. pro Schicht Arbeiter beim Breitenverladen beschäftigt sind. Unwahr ist auch, daß die Meister geschlagen haben, und ebenso unwahr ist das, daß Wagen- und Bahnmateriale sich in schlechtem Zustande befinden.

Der Redner, der den in Ihrer werthen Zeitung wiedergegebenen Bericht erstattete, hat also in allem, was er vorgetragen, grobe Unwahrheiten gesagt.

Ich stelle ergebenst anheim, im Interesse der Gerechtigkeit dies in Ihrer werthen Zeitung bekannt zu geben.

Hochachtungsvoll

Carl Albert Schulz,

Repräsentant und Direktor der Grube „Elisabethglück“.

Herr Direktor Schulz ist sehr unbescheiden. Nur unserer Loyalität verdankt er die Aufnahme einer Zuschrift, die in ihrer beleidigenden Form durchaus gegen den Berichtigungsparagraphen des Preßgesetzes verstößt. Wir wollen nicht die Gegenbehauptung aufstellen, der Herr Direktor habe es mit der Wahrheit nicht genau genommen. Aber wer so schlecht, wie offenbar der Herr Direktor, über die Verhältnisse unterrichtet zu sein scheint, sollte auch anderen die Möglichkeit des Zutritts zu uns zugestehen, nicht ihnen in so überhebender Weise, wie das hier geschieht, „grobe Unwahrheiten“ vorwerfen. Herr Direktor Schulz kann doch nur sagen, daß ihm alle diese Sachen nicht bekannt; nicht aber, daß sie unwahr sind. Um nur eins festzustellen: Er behauptet, daß weder ihm, noch der Verwaltung Forderungen der Arbeiter zugegangen seien. Die „Lausitzer Zeitung“, Tagesblatt für Lausitzer Berg- und Hüttenindustrie, das Unternehmern-Organ im Streikrevier, stellt nicht nur fest, daß den Werksleitungen solche Forderungen zugegangen sind, sondern erklärt auch, daß die Werksleitungen diese Forderungen absichtlich nicht beantworteten, weil sie den Verband und die Kommissionen der Arbeiter „nicht als berechtigte Vertreter der Niederlausitzer Bergarbeiterschaft anerkennen“. Es hat also eine Vereinbarung zwischen den Gruben darüber stattgefunden, wie auch aus der Einheitslichkeit der Richtbeantwortung hervorgeht. Wenn Herr Direktor Schulz selbst davon nicht unterrichtet ist, wie viel weniger natürlich von Mitgliedern in seiner Grube, welche seine Beamten keine Veranlassung nehmen werden, ihm besonders auf die Nase zu binden. Den Arbeitern sind natürlich diese Verhältnisse unangenehm bekannt und wir fürchten, daß unser Berichterstatter keine Veranlassung nehmen wird, wegen der Unkenntnis des Herrn Direktors über dieselben ihre Nichtvorhandensein zuzugeben.

Der Streik in den Hilfsfabriken von Julius Feins Söhne, Hermann Müller und Paul Otto zu Hortha i. S. dauert unverändert fort. Alle bis jetzt unternommenen Einigungsverhandlungen sind gescheitert. Eine an Zahl kleine, aber übermüdete Unternehmerrgruppe, wie wir sie in den Harthaer Industrieen vor und haben, will keinen Frieden, sondern bedingungslose Unterwerfung. Die Fabrikanten haben den Arbeitern einen Kampf auf Siegen oder Unterliegen aufzuzwingen. Wird Zugang streng ferngehalten, dann unterliegen nicht die Arbeiter, sondern das Kapital.

Die Tischler und Maschinenarbeiter zu Neu-Jensenburg befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Arbeitgeber lehnen jede Verhandlung ab. In auswärtigen Zeitungen, namentlich in Thüringen, suchen sie Arbeitskräfte. Es wird um strenge Fernhaltung des Zuganges gebeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Neu-Jensenburg.

Ausland.

Der Kampf der Antwerpener Dockarbeiter.

Antwerpen, 11. September. (Fig. Ver.)

Ueber den letzten auf die Lösung des Konfliktes zielenden Vorschlag liegt eine Entscheidung noch nicht vor — weder von Seiten der Streikenden, noch von der Unternehmervereinigung. Zu ergänzen ist die gestrige Mitteilung über den neuen Vorschlag noch dahin, daß nach ihm den Verladern eine Lohnerhöhung von 50 Cts.

bewilligt werden würde (statt des ursprünglich geforderten 1 Fr.), doch müßten sie sich verpflichten, innerhalb eines Jahres weder eine Lohnerhöhung noch den Achtstundentag zu fordern. Trotzdem diese Bedingungen den Streikenden genug geringe Zugeständnisse machen und ihnen mehr Opfer der Entscheidung der Unternehmer entgegen. Obwohl nachgerade die Unnachgiebigkeit der Unternehmer von jedem Standpunkt aus unbegreiflich wird. Worauf wartet man? Daß die Streikenden ausharren und noch lange ausharren können, hören die Herren selbst aus der ihr ergebenden Presse heraus. Heute schreibt die „Egible belge“ unter dem Subtitel „Man streikt mehr als je zuvor“ (woraus man sehen kann, was für Verlogene Berichte offiziell hinaustelegraphiert werden...), daß die Hoffnung der Unternehmer, die vor drei Tagen schon von Arbeitsaufnahme sprachen, gescheitert ist. Was bedeuten 100 oder 200 Doder, die arbeiten können, gegenüber der Gesamtsumme der 20 000 Heimenden? Und weiter weist das Blatt — ein sehr waderes kapitalistisches Nebenbei — auf den Umstand hin, daß die Unternehmer wohl immer von den paar Hundert neuangeworbenen Streikbrechern Meldung machen, aber übergehen, daß eine beträchtliche Zahl der alten Streikbrecher den Hafen verläßt. Am Sonntag allein hätten 300 „Gelbe“ Antwerpen verlassen. Heute werden wieder nur circa 3000 arbeitende Streikbrecher gemeldet und wieder haben über 100 Deutsche die Arbeit verweigert. Dabei mühten die Herren oft aus eigenem die „Gelben“ von der Arbeit wegzuschieben, weil sie zu ungeschickt arbeiteten und Waren ruinierten!

Das verleumderische und aufheckerische Manifest der Unternehmer hat die Antwerpener Sozialdemokratie gleichfalls mit einem Manifest beantwortet, in dem gegen die brutale Aussperrung einer Handvoll reicher Reeder protestiert wird. Es wird darin mit Recht auf die Lächerlichkeit des Unternehmerarguments verwiesen, als ob die Prosperität eines mächtigen Hafens vom Elend und dem Hunger seiner Arbeiter abhängig und die Antwerpener Hafenherren sozusagen mit ihrem gewissenlosen Eigennutz nur die Rettung des Hafens bezweckten! Das Manifest weist auch die dumme Unterstellung der „politischen Motive“ zurück — das Syndikat der Doder sei eine wohl der Partei angeschlossene Organisation, das aber in voller Unabhängigkeit seine rein ökonomischen Zwecke verfolge.

Die vor kurzem in Streik getretenen Kohlenarbeiter, die aber nicht in Diensten von Mitgliedern der Unternehmervereinigung stehen, haben eine Lohnerhöhung von 1 Fr. per Tag erhalten und die Arbeit wieder aufgenommen. Ueberall regiert eher Vernunft und Einsicht, als bei den hartgefolgten Sündern der „Federation maritime“. Die bei den „Nations“ bediensteten Padträger, deren Streik bisher ein Solidaritätsstreik war, haben ebenfalls ihre Forderungen wegen Lohnerhöhung gestellt.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft, Heft 11. (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alth Braun.) Verlag Berlin NW. 6, Charlottstr. 3. Einzelheft 10 Pf. Junggefellenskreuz. Preis 60 Pf. Drama-Verlag in Dramenburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlreformen.

Wien, 12. September. (W. Z. B.) Beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck erschien heute eine Abordnung des sozialdemokratischen Reichstagsverbandes, um die Stellungnahme der Regierung zu der Reform des Landtagswahlrechtes kennen zu lernen. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung erkenne an, daß eine zeitgemäße Ausgestaltung des Landtagswahlrechtes notwendig sei. Die besondere Aufgabe der Landtage als Verwaltungskörper bedinge aber, daß auch auf die ökonomische Struktur der Bevölkerung, auf die Verhältnisse in der Stadt und auf dem Lande, auf gewisse politische und soziale Momente in angemessener Weise Bedacht genommen werde. Insbesondere könne nicht von einer Berücksichtigung der Besteuerungsverhältnisse vollkommen abgesehen werden. Abgesehen von diesen Einschränkungen bekenne sich die Regierung vollständig zu dem Gedanken einer möglichen Erweiterung des Landtagswahlrechtes und halte sich verpflichtet, alles aufzubieten, um den Abschluß eines allen maßgebenden Verhältnissen gerecht werdenden Reformwerkes zu ermöglichen. Westtendend die Frage der Wahlreform für den böhmischen Landtag erklärte der Ministerpräsident, die Regierung sei bestrebt, durch eingehende Verhandlungen mit den Parteien die Aktion vorzubereiten, sie werde ihr Augenmerk darauf richten, die bevorstehende Session für das Reformwerk möglichst nutzbar zu machen. Wenn es nicht gelinge, das Werk in dieser Session abzuschließen, dann werde die Regierung es als ihre Pflicht ansehen, im neuen Landtage vor allem der Erweiterung des Wahlrechtes zum Durchbruch zu verhelfen.

Minister auf Probe.

Teheran, 12. September. (W. Z. B.) Nach lebhafter Debatte faßte das Parlament den Beschluß, dem Befehl des Schahs, welcher der Protestdeputation und dem Präsidenten mitgeteilt worden war, Gehorsam zu leisten und dem neuen Kabinett eine Probezeit von 10—15 Tagen zu gewähren, dann sollen die neuen Minister durch andere ersetzt werden, falls sie als ungeeignet befunden werden sollten.

Durchgegangener Eisenbahnzug.

Essen (Mhr), 12. September. (W. Z. B.) Der D-Zug Nr. 80 Bissingen—Oberhausen, der 10 Uhr 37 Minuten in Oberhausen eintrafen sollte, heute aber erst nach 11 Uhr ankam, durchfuhr infolge Versagens der Bremsen der Oberhausener Bahnhof und auf eine draußen wartende Schnellzuglokomotive auf, die den Zug weiterführen sollte. Der Führer der wartenden Maschine sah den Unfall voraus und gab Dampf, so daß der Anprall wesentlich vermindert wurde. Zwei Reisende und ein Postkassierer wurden verletzt. Der Materialschaden ist nicht bedeutend. Zwei Durchgangswagen mußten ausgewechselt werden.

Die „teuren“ Arbeitswilligen.

Antwerpen, 12. September. (W. Z. B.) Der Hafenbund beschloß, keine deutschen Ersatze mehr einzustellen, da sie zu hohe Löhne fordern. In Arbeiterkreisen verlautet, die belgischen Reeder seien entschlossen, sich von den ausländischen Reedern abzusondern, was für die Arbeiter den Sieg ihrer Forderungen bedeuten würde. Der Arbeiterführer Chapelle teilte in einer Versammlung mit, daß der Abgeordnete Drougere in verschiedenen englischen Städten Vorträge halten werde, um die englischen Arbeiter über die Lage in Antwerpen aufzuklären. Ähnliche Versammlungen sollen auch in Deutschland stattfinden.

Türkischer Kleinkrieg.

Saloniki, 12. September. (W. Z. B.) Türkische Truppen machten in Makribo, Kafa Strumija, eine in einem Hause verdeckte achtköpfige griechische Bande nieder. Ein Genarm ist gefallen.

Ein Vorschlag.

Zur Debatte über das Nachrichtenbureau.

Ein Nachrichtenbureau für die Parteipresse ist eine sehr wünschenswerte Sache. Aber so notwendig ist es nicht, daß der bevorstehende Parteitag über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg unbedingt die Schaffung des Bureaus beschließen möchte.

Das Wachstum und die Bedeutung einer Zeitung hängen nicht in erster Linie von der Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung ab; wichtigere Faktoren sind die von der Zeitung vertretenen Grundsätze und die Regsamkeit des hinter ihr stehenden Leserkreises. Die sozialdemokratischen Zeitungen sind in den letzten Jahren, obwohl wir bis zur Stunde noch kein Nachrichtenbureau haben, in einer geradezu staunenswerten Weise gewachsen, sie haben fast alle einen Abonnentenzuwachs zu verzeichnen, der nicht in erster Linie auf die wachsende Güte der Zeitungen, sondern vielmehr auf die erfreuliche Selbstbestimmung der Partei und den damit zusammenhängenden taubereiten Arbeitseifer der Parteigenossen zurückzuführen ist.

Damit soll aber kein Wort gegen die Nützlichkeit eines Nachrichtenbureaus oder irgendwelcher sonstigen technischen und redaktionellen Neuerungen gesagt sein. Ich bin im Gegenteil ein rückhaltloser Freund aller als notwendig oder wünschenswert erkannten Neuerungen, aber sie dürfen nicht vor der Zeit, vor einer gründlichen Erörterung und Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände, gleichsam gewaltsam herbeigeführt werden. Soweit ich die gegenwärtige Situation übersehen kann, würde das Nachrichtenbureau wie ein unreifer Apfel vom Baume geschlagen werden, wenn der Essener Parteitag seine Gründung nach einer vorausichtlich heftigen Debatte schließlich kurzerhand beschließen würde.

Die jetzige Sachlage braucht nicht erst des langen und breiten erörtert zu werden. Neben dem monströsen Entwurf der fünf Redakteure steht der kurze, nüchterne Entwurf des Parteivorstandes, der beide, von einigen Berührungspunkten abgesehen, viele Gegensätze aufweisen. Als dritter im Bunde wird noch der Entwurf hinzukommen, der als das Ergebnis der Debatten auf der Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse zustande kommt. Die wichtigste Streitfrage ist die, ob das Bureau sich lediglich auf Tatsachenübermittlung beschränken oder es auch kritische Entresfillets verfassen oder es gar in die „Untergründe“ der politischen Strömungen hineinleuchten soll, um auf diese Weise ganz „hohe“ Politik zu treiben. Ich persönlich bin ein Gegner dieser letzteren Art politischer Hoch- und Untergrundbahn und glaube, daß das Nachrichtenbureau auch seine Funktionen erfüllen kann, selbst wenn es auf die Jagd auf Sechshenken in den „Unterströmungen“ der Politik von vornherein verzichtet.

Dagegen kann ich den Vorschlägen nicht zustimmen, die das Bureau auf die kurze Uebersetzung nader Tatsachen beschränken und von jeglicher kritischen Färbung der Nachrichten absehen wollen. Das wäre den Aufwand eines besonderen Bureaus nicht wert, da die wichtigsten Tatsachennachrichten auch in den Briefen und Telephonaten der bürgerlichen Preszbureaus enthalten sind. Man braucht auch nicht spaltenlange Auszüge aus den bürgerlichen Wältern zu übermitteln, mit denen die Provinzredaktionen ohnehin nur wenig anzufangen wüßten, da sie aus dem Zusammenhang gerissen wären und ein schiefes Bild gäben. Viel wichtiger als der Inhalt der Berliner Morgenblätter ist für die meisten Provinzredaktionen der Inhalt der Berliner Abendblätter. Das hat die Privatkorrespondenz des Genossen Stampfer ganz richtig erkannt. Sie enthält kritische Mitteilungen, Leitartikel, Entresfillets und Notizen über Tatsachennachrichten, aber auch über kürzere und längere Artikel der maßgebenden Berliner Presse, die nachmittags und abends erscheint.

Wohl kommen diese Blätter auch morgens in die Provinzredaktionen. Aber alle bürgerlichen Berliner Blätter kann ein Provinzblatt nicht halten; außerdem kommen mit den bürgerlichen Wältern aus Berlin auch die bürgerlichen Blätter aus der eigenen und aus der nächsten größeren Stadt, dazu kommt die kleine bürgerliche Provinzpresse, daneben die Parteipresse, von der stets ein erheblicher Teil täglich gelesen werden muß; und endlich kommt auch eine mehr oder weniger umfangreiche Post, Originalartikel, Korrespondenzartikel, Depeschentexte und noch vieles andere mehr hinzu. Da bleibt den Redakteuren nicht viel Zeit zum genauen Durchlesen oder gar zum kritischen Bearbeiten der Berliner bürgerlichen Blätter, zumal mit der Verneinerung der Abonnenten auch fast durchweg und in wachsendem Maße die Notwendigkeit verbunden ist, den Beginn des Druckes weiter nach vorn zu legen und dadurch wiederum die Arbeitszeit für die Redaktionen zu beschneiden. So kommt es, daß viele Redaktionen morgens nur drei bis vier Stunden Arbeitszeit haben.

Wenn bei solcher Sachlage der Redakteur durch eine gute Parteikorrespondenz das wichtigste aus der Berliner Abendpresse kritisch verarbeitet zugeteilt erhält, so ist ihm damit ein großer Dienst erwiesen. Für seine eigene Tätigkeit bleibt ihm dann noch Spielraum genug. Er kann die Korrespondenzen kürzen oder ergänzen, er kann sie in Beziehung setzen zu Neuierungen der großen heimischen Morgenpresse, er kann auch ein eigenes Entresfilet schreiben, weil er dem drängenden Material inzwischen aktuellen Stoff aus der Korrespondenz geben kann. Natürlich kann es nicht schaden, wenn das Berliner Nachrichtenbureau noch kurze telephonische Meldungen aus der Morgenpresse folgen läßt, die mit den vorliegenden brieflichen Meldungen zusammen bearbeitet werden können.

Ein Nachrichtenbureau, das in diesem Sinne „kritisch“ arbeitet, wird keine inneren Konflikte für die Partei heraufbeschwören, vorausgesetzt, daß nicht ausgereizte Schriftsteller und Journalisten hineingesetzt werden, die ihre kritische Hauptaufgabe nicht im Verpfänden gegnerischer Argumente und im schneidigen Angriff auf gegnerische Positionen sehen. In der Kritik unserer Gegner herrscht im allgemeinen keine bemerkenswerte Gegensätzlichkeit in der Partei. Wenn es anders wäre, lämen wir aus den Anfragen gegen Parteiblätter gar nicht heraus. Zu Wirklichkeit liegt die Sache aber so, daß schlagkräftige Artikel gegen die Gegner übereinstimmend von Parteiblättern gebracht werden, die sich in Parteifragen oft befehden, und im gegenseitigen Nachdruck solcher Artikel machen die Parteiblätter nicht Halt vor ihren sonstigen Gegensätzen, die sie gelegentlich von einander trennen.

Nun will ich aber gar nicht behaupten, daß meine vorstehend entwickelte Ansicht unbedingt richtig ist; ich will den Gegnern dieser Ansicht gern einräumen, daß auch ihre Einwände ein Recht haben, gehört und eventuell berücksichtigt zu werden. Worauf es mir ankommt, war der Nachweis, daß die Frage, ob Nachrichtenbureau oder nicht, noch lange nicht geklärt ist und auch bis zum Parteitag nicht mehr genügend geklärt werden kann; ich halte ferner bei der Wertvorstellung der Situation den Parteitag nicht für die geeignete Instanz, die über die Nützlichkeit des einen oder anderen Vorschlags sachgemäß entscheiden kann. Denn es spielen dabei rein technische Fragen, über die ein Laie aus einem heftig geführten Meinungsstreit schwerlich einen klaren Ueberblick und ein Urteil gewinnen kann, eine wichtige Rolle.

Aus diesen Gründen — also um ein gutes Nachrichtenbureau, nicht aber eine überstürzte Gründung zustande zu bringen — halte ich es für das geratenste, wenn der Parteitag die eingegangenen und etwa noch eingehenden Entwürfe und Anträge dem Parteivorstande überweist mit dem Auftrage, bis zum nächsten Parteitag eine neue Vorlage auszuarbeiten, die das Ergebnis gemeinsamer Beratungen des Parteivorstandes und einer einzuberufenden Presbkonferenz ist.

Vielleicht schüttelt der eine oder der andere mit dem Kopf, wenn er das Wort Presbkonferenz hört. Aber ich bin der Meinung, daß

ein verfehlter Anlauf nicht auch zugleich die Zwecklosigkeit des Anlaufs selbst beweist; ich will im Gegenteil eine Lanze dafür einlegen, daß die Presbkonferenzen eine feste Institution in der Partei werden.

Wenn der Verein Arbeiterpresse anders wäre als er ist, und wenn er eine andere Entwicklung genommen hätte, so würden solche Presbkonferenzen überflüssig sein. Es ist an sich ein guter, gesunder Gedanke, daß die Vertreter einer so wichtigen Parteiangelegenheit, wie die Presse es ist, von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um ihre besonderen Berufsfragen zu besprechen, um die Presse durch Austausch von Erfahrungen noch schlagkräftiger zu machen, und um der Parteileitung, dem Vorstand und dem Parteitag als beratende Körperschaft in den wichtigsten Fragen der Parteipresse zur Seite zu stehen. Der Verein Arbeiterpresse kommt aber für eine solche wichtige und ehrenvolle Aufgabe nicht in Betracht. Der Verein hat sich ein Verdienst erworben, das ihm hoch anzurechnen ist: die Gründung der Unterstützungsorganisation. Er hat auch durch seine Normalbedingungen und Musterverträge die ärgsten Unzulänglichkeiten in der persönlichen Stellung der Redakteure und der übrigen Angestellten der Parteipresse beseitigt. Aber damit ist auch das Verdienst des Vereins erschöpft. Die Unterstützungsorganisation steht völlig auf eigenen Füßen und ist von der Existenz oder Nichtexistenz des Vereins Arbeiterpresse durchaus unabhängig. Der sonstige Einfluß des Vereins ist auf Null gesunken; bei wichtigen Fragen, die auch die Presse angingen, verlagte er oder richtiger: mußte er versagen, und selbst bei einfachen Personenfragen vermag er keine Autorität auszuüben. Die Mitglieder des Vereins interessieren sich so wenig für ihn, daß viele von ihnen auf den Generalversammlungen nicht erscheinen, selbst wenn sie am Tagungsort anwesend sind. Von denjenigen, die noch erscheinen, läuft einer nach dem anderen fort, sobald die Versammlungen sich etwas in die Länge ziehen. Auf den Generalversammlungen selbst wird nichts Rechtes beschied; der Verlauf der Debatten hängt davon ab, ob einer der Anwesenden zufällig über die eine oder andere wichtige oder unwichtige Sache etwas sagt oder nicht. Beschlüsse von Bedeutung werden nicht gefaßt. Und wenn sie gefaßt werden, so haben sie keine durchgreifende Kraft. Im Organ des Vereins, den „Mitteilungen“, meldet sich trotz stets wiederholter Aufforderung kaum jemals jemand zum Wort, der über wichtige Berufsfragen etwas zu sagen hat, und geschieht es doch, so verhält die Anregung ungehört.

Der Verein heißt „Arbeiterpresse“, aber der Inhalt entspricht nicht dem Namen. Ueber die Verschiedenartigkeit der im Verein enthaltenen Berufe belehrt die im letzten Jahresbericht enthaltene Statistik:

Arbeitersekretäre	52
Parteiangehörige	81
Berichterstatter	40
Gewerkschaftsredakteure	26
Politische Redakteure	133
Schriftsteller	37
Buchhandlungs- u. Kontorangestellte	28
Expediten	120
Geschäftsführer	46
Gewerkschaftsangehörige	160
Krankensassenangehörige	6
Summa 729	

Von diesen 729 Mitgliedern können nur die politischen Redakteure, die Berichterstatter und die freien Schriftsteller als zur politischen Arbeiterpresse im eigentlichen Sinne des Wortes gerechnet werden; das sind im ganzen 260. Nimmt man die Gewerkschaftsredakteure noch hinzu, so sind es 286. Wenn die Expediten, obwohl ein großer Teil von ihnen bei der Art ihrer Arbeit ebenfalls als „Presb“-angehörige nicht in Betracht kommen kann, mitgerechnet werden, so sind es immer erst 462, so daß 277, mehr als ein Drittel, eigentlich aber sogar über zwei Drittel der Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse mit der Arbeiterpresse wenig oder gar nichts anher als Leser zu tun haben. Nun muß man bedenken, daß die Zusammenlegung der Generalversammlungen lediglich vom Zufall abhängt. Ob einzelne Gruppen, ob die Redakteure gar nicht oder wenig oder stark vertreten sind, ist von äußeren Umständen, selbst von geographischen Umständen abhängig. Daß bei solcher Sachlage der Verein einen Faktor von irgendwelcher Bedeutung nicht darstellt und nicht darstellen kann, liegt klar zu Tage; daß er als sachverständiger Berater in Presbangelegenheiten nicht respektiert wird, ist auch begreiflich.

Ich bin aus allen diesen Gründen, da ich auch eine auskömmliche Reform nicht abzusehen vermag, zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Verein Arbeiterpresse keine Schuldigkeit getan hat und jetzt ohne Schaden für die Partei gehen kann.

Aber das, was der Verein Arbeiterpresse als eine private Vereinigung innerhalb der Partei mit all ihren Unzulänglichkeiten nicht leisten konnte, das möchte ich von einer neuen Institution offiziellen Charakters geleistet sehen.

Es fehlt dem Parteivorstand gegenwärtig an der nötigen festen, organischen Fühlung mit der Parteipresse. Bei der großen Bedeutung der Parteipresse, insbesondere auch für die vom Parteivorstand unternommenen politischen Aktionen und die von ihm als Vertreter der Gesamtpartei eingenommene oder einzunehmende Stellung, ist eine dauernde und unmittelbare Fühlung des Parteivorstandes mit der Parteipresse aber dringend vonnöten. Der Parteivorstand hat das Fehlen einer guten Verbindung und zugleich die Notwendigkeit einer sachverständigen Information dadurch anerkannt, daß er für eine besondere Presbangelegenheit im Frühjahr dieses Jahres die Presbkonferenz einberief. Dieser Versuch ist nicht befriedigend genug ausgefallen, einmal weil er neu und auch wohl nicht hinlänglich vorbereitet war.

Bei einem erneuten Versuch möchte die Delegation vorher genau überlegt werden. Zur Teilnahme berufen sind von jeder Zeitung (oder von mehreren zusammen) je ein Vertreter der Redaktion, des Verlags und der Presbkommission. Von diesem Forum, das im Jahre ein- oder zweimal auf Veranlassung durch den Parteivorstand zusammentritt, sind alle wichtigen Presbangelegenheiten zu beraten, von der Schaffung einheitlicher Normen in der ähneren Stellung der Presbangehörigen an bis zur Veranlassung bestimmter einheitlicher Presbaktionen gegen die Gegner. Es würde sich also um die Schaffung einer Art Kammer oder Synode für die Parteipresse handeln, die sowohl zum Sprachrohr für die Wünsche der einzelnen in der Parteipresse tätigen Genossen würde, als auch zu gleicher Zeit ein sachverständiger Berater in Presbangelegenheiten für den Parteivorstand wäre. Andererseits ließe sie nicht, wie heute der Verein Arbeiterpresse, neben der Parteipresse her, sondern wäre ein natürliches Organ der Partei. Es ist lediglich eine Frage der Praxis, ob sich im Laufe der Zeit ein ähnliches Organ auch für die Fragen der Organisation und Agitation aus den Kreisen der Parteisekretäre als notwendig erweist.

Eine derartige Presbkonferenz wäre nach meiner Auffassung auch die geeignete Instanz, um die Frage des Nachrichtenbureaus vorzubereiten, wie sie auch die geeignete Korporation wäre, um den vom Parteivorstand für die besonderen Zwecke des Nachrichtenbureaus gewünschten ständigen fünfstelligen Presberrat zu wählen.

Aber wenn auch die dauernde Beibehaltung der Presbkonferenz in Form einer Presbkonferenz noch nicht gleich in Aussicht genommen werden sollte — das ist dazu im Laufe der Zeit kommt, steht für mich ziemlich außer allem Zweifel — so wiederhole ich doch nochmals meinen Vorschlag, die dem jetzigen Parteitag vorliegenden Anträge und Entwürfe zum Nachrichtenbureau dem Parteivorstand zu übergeben, damit er sie gemeinsam mit einer einzuberufenden Presbkonferenz berät. Möge dann die Presbkonferenz eine Subkommission, gebildet aus Mitgliedern der Redaktionen, Expediten und Presbkommissionen, zur engeren Beratung und

Ausarbeitung einer Vorlage an den Parteitag einsehen, die einer späteren Presbkonferenz Bericht zu erstatten hat.

Wir werden dann einen gründlich durchgearbeiteten und vorbereiteten Entwurf erhalten, der die wichtige Frage des Nachrichtenbureaus zu größerer Zufriedenheit, als sie heute herrscht, regelt, und wir werden uns zugleich eine Debatte auf dem diesjährigen Parteitag ersparen, die nach dem bisherigen Vorpfeilengänge nicht gerade ein Glanzpunkt der Essener Tagung zu werden verpricht.

Heinrich Schulz.

Deutscher Anwaltstag.

Die 18. ordentliche Jahresversammlung der Anwälte wurde am Mittwoch in Mannheim im Rosengarten eröffnet. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu der von dem Reichsjustizamt geplanten Aenderung der Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und einer Aenderung der Gebührenordnung.

In der Debatte standen sich zwei Richtungen gegenüber. Die nur bei Amtsgerichten zugelassenen Anwälte (sogenannte Amtsgerichtsanwälte) traten für eine Reform im Sinne der Vorschläge des Reichsjustizamts ein. Nach den von dieser Gruppe eingebrachten Anträgen soll die Zuständigkeit des Amtsgerichts von 800 auf 1200 M. erweitert, zunächst eine Reform des Amtsgerichtsverfahrens vorgenommen und dann erst eine Reform des gesamten Zivilprozessverfahrens eingeleitet werden. Diesem insbesondere von dem Rechtsanwalt Dr. Bannow-Poppot eingenommenen Standpunkt trat die übergroße Mehrheit der Anwälte entgegen. Der Anwaltstag stimmte gegen etwa 10 Stimmen von Amtsgerichtsanwälten den vom Rechtsanwalt Hackenberg-Mannheim eingebrachten und begründeten Vorschlägen zu. Diese geben dahin:

1. Eine Reform des Zivilprozesses, der Gerichtsverfassung, des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte kann nur einheitlich und gleichzeitig erfolgen. Die Neubearbeitung nur eines Teiles ist abzulehnen. 2. Bei der Reform des Kostenwesens (Gerichts- und Anwaltsgebühren) ist eine gerechtere Verteilung der Kosten anzustreben. Es ist eine Abstützung der Prozesse nach dem Gegenstande derselben wünschenswert. Insbesondere sind für Klagen aus den Arbeitsverträgen, ebenso für das Versäumnisverfahren die Kosten zu mindern. Der Sachbesetzung muß eine Erhöhung der Kosten in anderen streitigen Sachen entsprechen. Für Arrestprozesse, Klagen aus Schiedsgerichtsurteilen, für den Urkundenprozeß sind die vollen Gebühren angezeigt. 3. Bei der Reform des Verfahrens ist eine besondere Gestaltung des amtsgerichtlichen Verfahrens nach anderen Prinzipien als des landgerichtlichen insbesondere unter Einföhrung des Offizial- und Inquisitionsprinzips abzulehnen. Es ist ebenso eine Gestaltung des Prozesses, die nach dem Vorbilde der österreichischen P.-P.-D. für alle Prozessformen den Parteibetrieb völlig ausschaltet und die Parteivorträge einschränkt, abzulehnen. Es ist eine Beschleunigung des Verfahrens anzustreben, die ohne Gefährdung der Gründlichkeit und Richtigkeit der Entscheidung erfolgt.

4. Bei der Reform der Gerichtsverfassung ist das bisherige System der Kollegialgerichte beizubehalten. Eine Erhebung derselben durch das System der Einzelrichter ist abzulehnen. Ebenso ist ein System des Zivilhöfengerichts (Kollegialgericht, das aus einem Juristen und zwei Laien besteht) als nicht durchführbar zu bezeichnen, auch nicht in der Weise, daß die Schöffen nur auf Antrag einer Partei neben den rechtskundigen Einzelrichtern treten. Dagegen ist zu befürworten, daß für bestimmte Prozessarten ohne Rücksicht auf den Streitwert das Gericht aus einem rechtskundigen Richter und zwei Schöffen bestehe. Dies insbesondere für den Arbeitsvertrag (einschließlich des Vertrages der Gewerbe- und Handlungsgehilfen) und für Ehesachen. Ebenso ist ein System, das die Zuständigkeit der Amtsgerichte lediglich nach dem Streitwerte erhöht, abzulehnen. Zu befürworten ist dagegen eine Uebersetzung bestimmter hierzu geeigneter Sachen, insbesondere der Klagen aus dem Arbeitsvertrage und aus Unterhaltsansprüchen.

5. Bei der Reform der Rechtsanwaltsordnung und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte ist eine Regelung derselben dahin notwendig, daß der Rechtsanwalt wirtschaftlich und sozial so gestellt wird, daß er seiner Aufgabe als Glied der Rechtspflege in juristischer und ethischer Hinsicht entsprechen kann. Es ist eine Revision der Gebührenordnung herbeizuführen, die durch Erhöhung der Sätze eine Verbesserung der Existenzbedingungen der Rechtsanwälte (unter Berücksichtigung des unter 2. niedergelegten Prinzips) ermöglicht. Es ist eine Beseitigung der gewerkschaftlichen Vertretung der Parteien vor den Amtsgerichten durch Personen, die nicht Rechtsanwälte sind, anzustreben. Es ist eine Zulassung aller innerhalb des Landgerichtsbezirks an einem Gericht desselben niedergelassenen Rechtsanwälte beim Landgericht zu beantragen. Es ist auf eine stärkere Uebernahme der Rechtsanwälte in die oberen Gerichte hinzuwirken.

Zur Beschlußfassung über die Einzelheiten, die diese Grundsätze verwirklichen sollen, soll der Vorstand nach Bekanntwerden des abgeendeten Entwurfs des Reichsjustizamts einen außerordentlichen Anwaltstag einberufen.

Das Ziel einer billigen, schnellen, vollstündigen, gerechten Rechtsprechung wird am wenigsten auf dem von den Amtsgerichtsanwälten und dem Reichsjustizamt vorgeschlagenen Wege erreicht werden können. Die Grundsätze, denen die Mehrheit des Anwaltstages zugestimmt hat, sind zwar minder schlecht. Aber auch sie weichen der Aufgabe einer großzügigen Reform der gesamten Gerichtsorganisation aus. Insbesondere die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und die Rechtsprechung durch wirklich unabhängige, aus allen Teilen der Bevölkerung von dieser selbst gewählte Richter sind Forderungen, von denen die Beschlüsse des Anwaltstages sich weit entfernen. Am dringlichsten ist die Reform des Prozessrechts auf dem gewaltigen Gebiete des Arbeitsvertrages und der Arbeitsversicherung. Einheitlichkeit und Heranziehung von Laien in der Verurteilungsinstanz in einer Weise, daß das Laienelement ausschlaggebend ist, ist bei der Beratung der Zivilprozessreform im Jahre 1898 als für Arbeitsverträge dringend und ausführbar bezeichnet. Damals wurden die sozialdemokratischen dahin zielenden Anträge in der ersten Lesung der Reichstagskommission angenommen. Leider sind sie dann durch Verdrängung auf die Zukunft zu Falle gebracht. Ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung, insbesondere das Gefinde und ländliche Arbeiter, sind durch die gegen sie geltenden Erschwerungen der Beschleunigung des Rechtsweges (z. B. polizeilicher Säuberungsverordnungen des Gefindes in Preußen), durch die Kostspieligkeit des Prozesses und durch den Mangel einer Mitwirkung der Arbeiterbevölkerung bei der Rechtsprechung nahezu rechtlos. Dieser Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse wurde von keiner der beiden Gruppen gelehrter Anwälte gedacht.

Aus der Partei.

Einen Aufruf an die Parteigenossen Deutschlands

erläßt ein Herr Dr. Konsoff aus Genf im „Samb. Echo“ Nr. 212. Der Aufruf will die deutschen Parteigenossen zu Sammlungen für die in Genf lebenden Opfer der russischen Revolution veranlassen. Der Aufruf will gewiß etwas Gutes und wir geben auch zu, daß vielleicht Herr Dr. Konsoff von der sozialdemokratischen Partei Rußlands zu einem solchen Aufruf autorisiert sein könnte, aber wir wissen das

nicht. Jedenfalls hat kein ausländischer Genosse das Recht, die deutschen Parteigenossen zu Sammlungen aufzurufen. Wir bemerken dazu, daß in der Schweiz die Unterstützung politischer Flüchtlinge organisiert ist und es schon deshalb gar nicht angängig ist, einer bestimmten ausländischen Organisation hier eine bevorzugte Stellung einzuräumen, ohne daß vorher Fühlung mit den betreffenden Schweizer Komitees gesucht wurde. Wir eruchen deshalb die Parteigenossen keine Sammlungen zu veranstalten und die Parteipresse den Aufruf des Herrn Dr. Konjseff nicht nachzudrucken.

Der Parteivorstand.

Die Berichterstattung über den Internationalen Kongress.

In Frankfurt a. M. berichtete Genosse Parteisekretär Dittmann zur Kolonialfrage: Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Kolonialpolitik, sie stellt der kapitalistischen Kolonialpolitik Sozialpolitik gegenüber. Wir konnten uns nicht auf eine sozialistische Kolonialpolitik festlegen, denn von einer solchen kann keine Rede sein. Ob wir unter einem sozialistischen Regime Kolonialpolitik treiben, ist eine utopistische Frage. Kulturpolitik und Zivilisation kann nicht verglichen werden mit der heutigen Kolonialpolitik, die kapitalistische Raubpolitik ist. — Die in Stuttgart gefasste Resolution ist zu begrüßen. Wir als Deutsche hätten keine Veranlassung, den in dieser vertretenen Standpunkt zu ändern. Wenn wir ein prinzipielles Zugeständnis an die kapitalistische Kolonialpolitik gemacht hätten, dann würden wir unsere frühere Haltung in dieser Frage verteidigen. Für Reformen in der Kolonialpolitik werden wir immer eintreten. — Man beruft sich gern auf Webels bekannte Reichstagsrede im Dezember vorigen Jahres. Webel hat sich aber auch nicht verhehlt, daß die kapitalistische Gesellschaft den von ihm aufgestellten Idealen, denen er, Webel, zustimmen könne, nicht einmal nachstreben kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollte. Eine Sozialpolitik im Webelschen Sinne ist erst möglich, wenn der Sozialismus den Kapitalismus abgelöst hat.

Arbeitersekretär Genosse Heiden kann den Standpunkt, der die Kolonialpolitik prinzipiell ablehnt, nicht teilen. Diese Frage werde die deutschen Genossen noch lange beschäftigen. Es habe keinen Zweck, sich darüber zu unterhalten, ob die sozialistische Gesellschaft Kolonialpolitik treiben werde. Die Frage sei die: ob Kolonialisierung im Interesse der Entwicklung zum Sozialismus liegt. Wir müßten die Produktivität der fruchtbarsten Kolonien haben. Als Sozialisten seien wir doch der Meinung, daß die Steigerung der Produktivkräfte die sozialistische Entwicklung fördere. Durch die Ausbeutung der fruchtbarsten Kolonien würde die Produktivität eine erhebliche Steigerung erfahren, und somit das Eintreten des Zeitpunktes beschleunigt werden, in dem die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft über den Kopf wachsen und zur sozialistischen Produktionsweise drängen.

Genosse Eisermann meint, der erste Absatz in der Mehrheitsresolution hätte fallen müssen, denn wir könnten nicht sagen, daß die Arbeiterklasse irgend welchen Nutzen von der Kolonialpolitik hätte. Die Naturkräfte werden nur für den Kapitalismus dienstbar gemacht. — Der Standpunkt von David, Südekum, Heiden usw. sei wohl infolge der Reichstagswahl nach dem 25. Januar entstanden. Wenn Heiden sage, daß wir ein Recht hätten, zu verlangen, daß auch diese Völker arbeiten, so sei er der Ansicht, daß wir das Recht nicht hätten, in deren Schicksal einzugreifen und diese zu bevormunden. — Heiden erwiderte darauf, er habe nicht von der deutschen, sondern von der allgemeinen Kolonialpolitik gesprochen. Die höhere Zivilisation habe das Recht, niederen Zivilisationen Pflichten aufzuerlegen. Das sei ein unüberwindlicher Gegensatz zwischen ihm und den anderen Rednern. Man sage, nur der Kapitalismus habe Vorteile von der Kolonialpolitik, das stimme, habe aber der Kapitalismus nicht auch von allen technischen Entwicklungen in den zivilisierten Ländern den größten Nutzen? —

Auf Vorschlag Diefenbachs soll der Punkt Kolonialpolitik in den Distriktsversammlungen weiter eingehend behandelt werden.

In Offenbach führte der Berichterstatter Genosse Ehnert aus: Was Genosse David mit seiner Resolution wollte, war nichts anderes, als was wir bisher schon praktisch betätigt haben. Nur daß er es ausgesprochen hat. Bei dieser Frage kann es sich nicht um Revisionismus und Radikalismus handeln, sondern lediglich um die Zweckmäßigkeit. In der Kommission wurde die Resolution des Genossen Ledebour, die jede Anteilnahme an der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen verwirft, abgelehnt, die deutsche Delegation stimmte dagegen. Im Plenum kam es aber anders, hier wurde die abgelehnte Resolution mit einigen Abänderungen angenommen. Die Deutschen stimmten diesmal dafür. Das war kein Zeichen von Konsequenz und muß bedauert werden. Was sollen die Ausländer davon denken?

In der Diskussion stellte sich Dähler auf den Standpunkt des Genossen David, man solle nicht jede Kolonialpolitik verwerfen. Die kapitalistische Gesellschaft ferne nur ausbeutende Kolonialpolitik, aber die Frage müsse unterzucht werden, ob wir nicht doch Kolonien in Zukunft brauchen. Jedenfalls sollte der Verein diese Sache besonders behandeln. Ulrich betont, daß schon in Webels Reichstagsrede Anfang Dezember 1906 unsere Stellung zur Kolonialpolitik festgelegt sei. Es sei ein Streit um Worte, der sich zwischen den beiderseitigen Anschauungen entspinne habe. Sowie sei sicher, daß die sozialistische Gesellschaft viel mehr Kolonialpolitik treiben werde, als jemals in früheren Zeiten. Sie werde aber anders beschaffen sein, als in der kapitalistischen Gesellschaft.

Uaangebrachte Entrüstung.

Das Kasseler Volksblatt stimmt unseren Bemerkungen zu den Erklärungen des Genossen Roske zu. Dann aber fährt es fort:

... Zu unserer Verwunderung aber hat derselbe „Vorwärts“ eine mindestens ebenso große Taktlosigkeit, die in der Berliner Versammlung von einem anderen Delegierten bezogen worden ist, vollkommen mit Stillschweigen übergegangen. Wir meinen eine Taktlosigkeit des Genossen Ledebour. Nach dem „Vorwärts“-Bericht hat Ledebour gegenüber unseren holländischen Genossen von Kol gesagt: „Van Kol soll als Mann der Praxis in Stuttgart gesprochen haben. Allerdings war van Kol früher Kolonialbeamter der holländischen Regierung und soll heute noch an kolonialen kapitalistischen Unternehmungen interessiert sein. Er sei ein sehr vermöglicher Mann und könne es sich deshalb leisten, auf eigene Kosten in die Kolonien zu reisen.“

Da Ledebour gegen diesen Bericht nicht Einspruch erhob, muß angenommen werden, daß er wirklich in einer großen Versammlung den Genossen van Kol in recht häßlicher Weise verächtlich hat. Daß van Kol ein Menschenalter in den Kolonien als Beamter gewesen ist, kann doch dem Genossen Ledebour nicht weniger bekannt sein, wie die Tatsache, daß er seit langen Jahren in sehr energischer Weise als Sozialdemokrat die holländische Regierung wegen ihrer Kolonialpolitik angegriffen hat! Wenn Ledebour das eine sagte, hätte er das andere nicht vergessen dürfen; aber die Wendung, daß van Kol an kapitalistischen Kolonialunternehmungen beteiligt sein „soll“ — nichts gewisses weiß man nicht! — übersteigt wirklich alles, was bisher in der Volemik unter Parteigenossen dagesprochen sein dürfte. Wir würden von der bedauerlichen Berliner Episode nicht geredet haben, wenn der „Vorwärts“ dem Genossen Roske gegenüber nicht alle Register der Entrüstung gezogen, die Ledeboursche Leistung aber mit einem weiten Mantel radikal angegedeckt hätte.

Der „Vorwärts“ hatte nicht nötig, die Ledeboursche Leistung mit einem weiten Mantel radikal zuzudecken. Denn ein Grund zur Entrüstung über Ledebours Weigerung besteht nicht. Wenn das „Kasseler Volksblatt“ den Bericht des „Vorwärts“ aufmerksam

gelesen hätte, so würde es wissen, daß Genosse Ledebour mit der ausgelegten Stelle seiner Ausführungen auf einen Angriff eines Debatteredners geantwortet hat, der ihm van Kol, der in die Kolonien gegangen sei, um sie zu studieren, als nachahmenswertes Muster vorgeführt hatte. Darauf hat Ledebour lediglich auf die Umstände verwiesen, die van Kol den Besuch der Kolonien ermöglicht haben. Dem Genossen van Kol einen Vorwurf daraus zu machen, daß er Kolonialbeamter gewesen ist und in den Kolonien Interesse hat, so geldmüde ist Genosse Ledebour nicht gewesen — das haben erst Genosse Eduard Bernstein (in seiner Breslauer Rede) und das „Kasseler Volksblatt“ hineingelegt müssen. Auf die Verdienste van Kols in der Kolonialfrage hinzuweisen, konnte sich Genosse Ledebour erheben, da das von anderer Seite in der Versammlung bereits geschehen war.

Die Jugendorganisation macht in Wahren Fortschritte. Jetzt wurde auch in Schweinfurt ein Fortbildungsbund für die Arbeiterjugend unter dem Namen „Jugendbund“ gegründet. Der liberale Stadtmagistrat nahm die Geburtsanzeige des Vereins mit Mißtrauer ohne entgegen, da er zu seinem Leidwesen gar keine Handhabe fand, die unangenehme Gründung sofort wieder aufzulösen. Man kann hin und her und erwidert, ob man ihn nicht etwa mit der Bestimmung des Polizeistrafgesetzbuches, das den Sonntagschulpflichtigen den Wirtschaftsbetrieb verbietet, zu Leibe gehen könne. Aber auch da war nichts zu machen. So muß die gute Stadt Schweinfurt das schreckliche Unheil über sich ergehen lassen.

Bermehrung der Arbeitersekretariate. Das Gewerkschaftsblatt in Hof a. S. hat sich schon wiederholt mit der Errichtung eines Arbeitersekretariats beschäftigt, das bei der starken, hauptsächlich der Textilindustrie angehörigen Arbeiterkraft von Hof und Umgebung all zu sehr dringendes Bedürfnis betrachtet wird. Nunmehr kann die Schaffung eines solchen Instituts als beschlossene Sache gelten.

Unsere Toten. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ meldet: Gestern ist in der Irrenanstalt Sonnenstein der vielen Genossen in Dresden bekannte Genosse Schurig, langjähriger Vertreter der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, gestorben. Schurig hat viele Jahre seine Arbeitskraft unserem Parteiblatt gewidmet. Die Dresdener Genossen und seine Arbeitskollegen werden Schurig ein ehrendes Andenken bewahren!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Raubspiel zur Weisheit beschäftigte das Schöffengericht Bamberg. Die dortigen Genossen hatten den heutigen Morgen dadurch gefeiert, daß sie einen Ausflug nach dem benachbarten Gaußdorf über den Reichelsberger Wald machten. Einer von ihnen, der Genosse Käufer, hatte unterwegs ein einen halben Meter langes rotes Tuch an einem Stod befestigt und wie eine Fahne getragen. Ein Schuymann erfaß die Gelegenheit, den Staat vor dem Untergang zu retten und machte Anzeige. Die Folge war eine Anklage wegen Veranlassung eines nicht genehmigten „öffentlichen Aufzuges“, zur Vorjorge hielt man auch noch den Groben Unfug-Paragrafen in Reserve. In der Verhandlung beschwor der angezeigte Schuymann, daß die Leute in geschlossenem Zuge marschiert seien und daß das Tragen der „roten Fahne“ die gute Bevölkerung der Stadt Bamberg in Kergernis“ versetzt hätte. Der Beklagte hatte jedoch als Entlastungszeugen den — zweiten Staatsanwalt von Bamberg laden lassen, der von ungefähr dem „Juge“ begegnet war. Entgegen den Aussagen des Schuymanns behauptete er, die Leute seien truppweise, nicht in geordnetem Zuge, ruhig und in erster Haltung, teils auf der Straße, teils auf dem Trottoir gegangen. Wenn auch sonst ein schwindendes Schuymann unsicher ist, mußte das Gericht hier doch dem Staatsanwalt mehr glauben. Es erkannte auf Freisprechung, da es sich um keinen genehmigungspflichtigen Aufzug gehandelt habe, auch grober Unfug liegt nicht vor. Wenn einige Leute Kergernis an dem roten Tuch genommen hätten, so seien dies wohl politische Gegner, die das Rot nicht sehen könnten. Das sei aber noch kein grober Unfug.

Soziales.

Boykott und gute Sitte.

Daß der Boykott seit mindestens halb 40 Jahren ein reichsgesetzlich gewährleistetes Kampfmittel ist, dessen Anwendung dem Gesetz entspricht und auch nicht über den Umweg des Zivilprozesses und falscher Auslegung des Begriffs „gute Sitte“ fortinterpretiert werden darf, will manchem Landgerichte trotz der bekannten Reichsgerichtsentscheidung noch immer nicht einleuchten. Das trifft insbesondere für Gegenden zu, in denen Industriemagnaten in der Öffentlichkeit eine ausschlaggebende Stellung einnehmen. Das zeigt eine dieser Tage vom Düsselbacher Landgericht gegen die „Düsselbacher Volkszeitung“ erlassene einstweilige Verfügung.

Am 8. August hatte die Stern-Druckerei Mönchen-Bladach bei dem Düsselbacher Amtsgericht den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt, mit welcher der „Volkszeitung“ alle auf Boykottierung der genannten Firma zielenden Veröffentlichungen verboten werden sollen. Das Amtsgericht hatte dieses Ansinnen abgelehnt mit der Begründung, daß der Boykott in erlaubten Grenzen ein wirtschaftliches Kampfmittel darstelle und im vorliegenden Falle besondere Umstände nicht gegeben seien. Die Strafkammer des Landgerichts hob auf die Beschwerde der Druckerei den Beschluss auf und verbot der „Volkszeitung“ durch einstweilige Verfügung bei Vernechtung einer Geldstrafe von 500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, öffentliche Aufforderungen irgend welcher Art zu verbreiten, die auf eine Boykottierung der Stern-Druckerei abzielen, — weil, wie das Landgericht ausführte, seitens der Druckerei Arbeiter der Boykott in einer derartig hartnäckigen Weise geführt, daß dadurch nicht nur die eigene, sondern auch die wirtschaftliche Existenz beteiligter Kreise schwer gefährdet, wenn nicht untergraben werde. Die Arbeitseinstellung sei nicht durch ihr Verschulden verursacht, sondern durch das Verhalten der Arbeiterschaft. Der auf die Druckerei ausgeübte Zwang der Arbeiterschaft gehe über das Maß des Erlaubten hinaus, er verstoße daher gegen die Vorschriften der §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und begründe dadurch einen Anspruch auf Unterlassung auch gegen diejenigen, der die Arbeiter in ihrem unerlaubten Kampfe unterstützt.

Das Oberlandesgericht wird wohl diesen gegen den Gebrauch des gesetzlich gewährleisteten Boykott-Kampfmittels gerichteten Landgerichtsbeschluss aufheben. Die Möglichkeit des landgerichtlichen Beschlusses zeigt aber die Notwendigkeit eines klaren Schutzes des Koalitionrechts auch gegen Gerichte.

Aus Industrie und Handel.

Ernte!

Nach den bisher vorliegenden Anzeichen hat die Zahl der Unglücksfälle im Jahre 1906 beträchtlich zugenommen. Das Ueberanpannen der Arbeitskraft durch Überzeitarbeit usw. wird jedenfalls auch noch ein Anzeichen der Krankenziffern im Gefolge haben. Dazu hat das verfloßene Jahr den Arbeitern eine sämmerliche Verteuerung der Lebenshaltung gebracht. Allerdings, die Stöckelzüge auf den Wagen werden erst recht fühlbar, wenn mit Abschwächung der Konjunktur auch der Begeh nach Arbeitskräften nachläßt. Hohe Warenpreise werden den Arbeitern für die Zeit ungünstigerer Erwerbsverhältnisse treu bleiben. Die Ernte der Lohnsonder! Anders schließt die Bilanz für den Dividenden-

arbeiter. In den letzten Tagen sind wieder mehrere Geschäftsergebnisse bekannt geworden, die erneut von der goldenen Ernte der Papierinhaber zeugen. Dabei sind Unternehmen, deren Dividendenplus genügte, den schlechten Abschluß einer ganzen Reihe kleiner Gesellschaften, die nicht gut prosperieren, in einen sehr günstigen zu verwandeln. Wir stellen die Dividenden einiger Gesellschaften, deren Geschäftsjahr am 30. Juni schließt, vergleichend zusammen.

	Dividende			
	1906/07	1904/05	1905/06	1906/07
Harpenet Bergbau	11	9	11	12
Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Zimmermann, Chemnitz	0	0	1 1/2	6
Heringsfischerei A.-G., Großer Kurfürst	—	—	2	7
Fahrradfabrik Augsburg	10	10	12 1/2	15
Vergilcher Gruben- u. Hüttenverein	8	0	0	8
Meppener Walzwerke	4	5	10	13
Harper Eisen- u. Stahlwerke	8	9	10	12
Westdeutsches Eisenwerk	9	12	15	20
Rheinische Stahlwerke	9	9	12	15
Durbacher Hütte	30	40	45	50

Es läßt sich nicht leugnen, den Papierinhabern hat die Hochkonjunktur hochbefriedigende Gewinne gebracht. Außer den stattlichen Dividenden haben die meisten Gesellschaften aber auch noch enorme Rücklagen, Spargroschen, aufbringen können. Die Harpenet Bergbau-Gesellschaft hat z. B. diesmal 9 Millionen Mark zu Abschreibungen verwendet gegen 8 422 930 M. im Vorjahre. Der Betriebsergebnis ist von 17 Millionen Mark auf 15 268 500 M. gestiegen.

Fusion von Zellstoffabriken. Wie berichtet wird, finden demnächst Vorbesprechungen statt, die eine Fusion der Zellstofffabrik Waldhof und der Zellstofffabrik Rißit zum Ziele haben. Die Zellstofffabrik Waldhof arbeitet mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark. Die Gesellschaft verteilte von 1894 bis 1905 je 15 Proz. Dividende, 1905 und 1906 20 und 25 Proz. Der Kurs der Aktien, die auch in Frankfurt und Mannheim notiert werden, war am 10. September 1907 887,90 Proz. Die Zellstofffabrik Rißit, die im März dieses Jahres ihr Kapital von 3 auf 5 Millionen Mark erhöhte, verteilte 1906 eine Dividende von 13 1/2 Proz., 1906 von 20 Proz.

Die staatliche Mobiliarversicherung in der Schweiz. Die Gebäudeversicherung ist in der Schweiz verstaatlicht und zwar wird sie von den Kantonen betrieben. Die Mobiliarversicherung hingegen ist mit Ausnahme des Kantons Glarus noch auf private Gesellschaften angewiesen. In der schweizerischen Mobiliarversicherungsgesellschaft in Bern besteht aber bereits ein Unternehmen, das um 40 bis 60 Prozent billigere Prämien hat als z. V. die bekannten deutschen Versicherungsgesellschaften und das auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit der Versicherenden beruht. Seit einiger Zeit sind verschiedene Kantonsregierungen am Werke, auch die Mobiliarversicherung zu verstaatlichen, interkantonal oder am besten auf eidgenössischem Boden. Es ist zweifellos, daß durch die obliegende staatliche Mobiliarversicherung dem Schweizervolke Jahr für Jahr Hunderttausende und Millionen an Prämien erspart werden könnten, die heute den Aktionären der privaten Versicherungsgesellschaften als 20, 30, 35 prozentige Dividenden als mühevolle Beute in den Schoß fallen und daß ferner durch das Obligatorium der Versicherung zahlreiche Familien, die unversichert sind, vor der völligen Verarmung infolge eines Brandfalles bewahrt werden könnten. Die seit 1895 bestehende staatliche Mobiliarversicherung des Kantons Glarus, die aber leider nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ ist, erhält Beiträge aus der kantonalen Gebäudeversicherung, die in den elf Jahren inklusive 1906 insgesamt 525 008 Fr. ausmachte. Die Rechnung pro 1906 schloß mit einem Ueberschuß von 24 568,60 Fr. Der Reservefonds beträgt 527 432,90 Fr. Die Bevölkerung ist mit der Wirksamkeit der staatlichen Mobiliarversicherung zufrieden, wie folgende Bemerkung der bürgerlichen „Glerner Nachrichten“ beweist: „Im Glarner Land sind infolge der guten Erfahrungen die einstigen Gegner mit der Staatsversicherung ausgeblüht. Gegenteilige Behauptungen beruhen auf Unkenntnis oder bösem Willen.“

Ugrarverhältnisse in Rumänien und Rußland.

Auf dem Ende August in Kopenhagen stattgefundenen Kongress des Internationalen statistischen Instituts berichtete Geweanga über die Ugrarverhältnisse in Rumänien. Er kam zu dem Ergebnis, daß in keinem Lande der ländliche Grundbesitz in den Händen eines so beschränkten Kreises von Individuen liege wie in Rumänien. Daraus ergebe sich eine ganz außerordentlich ungünstige Lage des Bauernstandes, die eine um so größere Beachtung verdiene, als dieser Stand allein über vier Fünftel der Gesamtbevölkerung des Königreichs ausmache (fast fünf Millionen). Dieser großen Zahl von kleinen Landwirten, die zusammen etwa drei Millionen Hektar an Grund und Boden besitzen, stehen aber ungefähr 4000 Großgrundbesitzer mit einem Gesamtbesitz von fast vier Millionen Hektar gegenüber.

Ueber Rußland berichtete Jolofareff. Redner entwickelte zunächst kurz die Vorgeschichte der seinem Vortrage zugrunde liegenden Erhebung aus dem Jahre 1905 und ging hierauf auf ihre Grundprinzipien ein. Gegenstand der Erhebungen waren die Grundeigentümer und ihre Grundbesitz. Die Ersteren wurden in drei Gruppen eingeteilt; die erste umfaßte die Privaten, die zweite die Bauerngemeinschaften, die letzte den Staat, die Kirche und andere Körperschaften. Die Privatbesitzer wurden wieder in soziale Klassen eingeteilt, bei den Bauerngemeinschaften wurde die Art der Gemeinschaft festgesetzt und Gemein- oder Einzelbesitz unterschieden. Bei der letzteren Gruppe aber verschiedene Korporationen neben dem wichtigsten Eigentümer, dem Staat, hervorzuheben. Das gesamte Land, dessen Eigentumsverhältnisse erhoben worden waren, betrug 895,192,000 Desjatinen. Hieron standen im Privateigentum 25,8 Proz., im Eigentum von Bauerngemeinschaften 35,1 Proz., in dem dritten Gruppe (Staat usw.) 39,1 Proz. Allerdings muß dabei beachtet werden, daß das Staatseigentum in den unfruchtbaren Polargegenden des Landes besonders ausgedehnt ist. Scheidet man die Region „du Nord“, die sich aus drei Gouvernements zusammenlegt, aus, so ergibt sich für die erste Gruppe ein Grundeigentum von 35,9 Proz. der Gesamtfläche, für die zweite Gruppe von 47,2 Proz., für die dritte Gruppe von nur mehr 16,9 Proz. Die Fläche, die zur Grundlage dieser Berechnung gemacht worden ist, umfaßt aber 68 Proz. der Bevölkerung und produziert 98 Proz. der Getreidernte, bildet also so ziemlich das ganze Ackerland. Unter den Grundeigentümern der ersten Gruppe überwiegt die Zahl der Einzelgentümer mit 84,5 Proz. bei weitem. Der Rest fiel auf Gesellschaften. Nach den sozialen Klassen, denen die Einzelgentümer zugehört werden können, ergab sich ein starkes Ueberwiegen des adeligen Grundbesitzes (61,9 Proz.), neben dem nur noch Bauern und Kaufleute (beide mit etwa 15 Proz.) in Betracht kamen. Unter der zweiten Gruppe überwiegt der Gemeinbesitz bei weitem. In mehr als drei Vierteln der gesamten Grundeigentümerfläche dieser Gruppe herrscht Gemeinbesitz vor. Ein ausgebreiteter Einzelbesitz findet sich vor allem in den polnischen Gouvernements, während er in den übrigen Reichsteilen die seltene Ausnahme bildet. In der dritten Gruppe von Grundeigentümern überwiegt das Staatseigentum bei weitem, was aber hauptsächlich wieder auf seine große Ausdehnung im Norden zurückzuführen ist. Er macht neun Zehntel dieser Gruppe und ein Drittel der gesamten Fläche des europäischen Rußland aus. Das Eigentum der übrigen Gruppen (Kirche, Spontanen, Klöster, Städte, Kasaken usw.) ist verhältnismäßig unbedeutend. Fast man alle diese Gruppen von Grundeigentümern zusammen und unterscheidet man sie nur nach sozialen Klassen, so ergibt sich, daß der Adel 22,1 Proz., die Bauern 61,9 Proz., Kaufleute und Kasaken ungefähr je 6 Proz. der Gesamtfläche zu Eigentum haben. Der Rest entfällt auf kleine Gruppen. Dabei ist das bäuerliche Eigentum seit 1874 um 28 1/2 Millionen Desjatinen von 115 auf 143 1/2 Millionen gestiegen.

Zur Flugblattverbreitung.

Trotzdem selbst das Kammergericht dem klaren Wortlaut des Reichspressgesetzes...

Es blieb bei der Strafe. Gegen dieses Urteil legte der Klemper Berufung beim Landgericht in Düsseldorf ein und kam dieses zur Freisprechung.

Das Schöffengericht hat offenbar bei seiner Entscheidung die Bestimmung des § 30 Abs. 2 des Reichspressgesetzes außer acht gelassen...

Da der Angeklagte von seinem Auftraggeber einen Lohn erhalten, so bedurfte derselbe keiner polizeilichen Erlaubnis.

Wenn trotz der klar liegenden Rechtslage in ähnlichen Fällen abermals Anklagen erhoben werden sollten, so raten wir zur Aufstellung von Schadenersatzprozessen...

Wegen fünfzig Pfennigen neun Monate Gefängnis. Die Ferienstrafkammer des Dortmunder Landgerichts verhandelte gegen den Kottenarbeiter Th. Schwerdt.

jeder für 10 Pf. Vier bezehrt, ohne Zahlung zu leisten. Das Gericht erkannte auf die egorbitante Strafe von neun Monaten Gefängnis.

Grober Unfug.

Beim Gastwirt Tsch hatte jemand das Billardtisch durchstoßen. Er wollte den Schaden nicht erzeigen. Tsch telephonierte darauf an das Polizeirevier...

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück.

Der große Platinodiebstahl bei der Firma Siemens u. Halske, bei welchem seinerzeit Platinagefäße im Werte von 40 000 Mark gestohlen worden waren...

Die Haftstrafe des Raubmörders Holz. Dienstagsabend wurde in Rathenow der Raubmörder Holz, der Anstifter und Haupttäter an dem in Papenberg bei Homburg vor Jahresfrist an dem Gemeindevorsteher Janßen begangenen Raubmord, verhaftet.

Vermischtes.

Verhaftung des Raubmörders Holz. Dienstagsabend wurde in Rathenow der Raubmörder Holz, der Anstifter und Haupttäter an dem in Papenberg bei Homburg vor Jahresfrist an dem Gemeindevorsteher Janßen begangenen Raubmord, verhaftet.

Theater. Freitag, 13. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Bajazzo. Die Hofe von Schiras.

Berliner Theater. Freitag, 13. 8 Uhr. Zum ersten Male: König Richard der Dritte. Historisches Drama in 5 Akten von Schopenhauer.

Schiller-Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Ein Fallissement. Schauspiel in 5 Aufzügen von Björnsterne Björnson.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen. Schauspiel in 5 Aufzügen von Wolfgang v. Goethe.

Zentral-Theater. 8 Uhr: Die Puppe. Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Erbonneau und Auges.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

Wahalla. Spezialitäten. Gebr. Herrnsfeld. Nabame Big-Bag. Es lebe das Nachtleben.

Ferdinand Honns. Berliner Theater. Freitag, 13. 8 Uhr. Zum ersten Male: König Richard der Dritte.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Die Stimme der Unmündigen. Sonnabend: Vater und Sohn.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Anfang 8 Uhr. Die Nibelungen. Sonnabend: Die Nibelungen.

Residenz-Theater. 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwan in 3 Akten von Maurice Strakosky.

Der Nibelungen. Sonnabend: Die Nibelungen. Abends 8 Uhr: Winterstille.

Zirkus Alb. Schumann.
Sonnabend, 14. September,
abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Premiere.

Für Berlin
vollständig neues
Programm.

Neue Spezialitäten.

Neue Schul- und
Freiheits-Merke.

Sonntag, 15. September: Zwei
Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr und
abends 7 1/2 Uhr. Vorverkauf an der
Büchse von 10 Uhr vormittags
ununterbrochen.

Metropol-Theater

Bis inkl. Freitag, 13., geschlossen.
Sonnabend, den 14. September:
Zum 1. Male:

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.

Guido Thielscher a. D.

B. Darmand a. D. E. Withney a. D.

Henry Bender. J. Ciampietro

Jos. Josephi. Fritz Massary

Fritzi Schenke. L. Haskel etc.

Dirigent: Kapellmeister M. Roth.
Anfang präzise 1/2 8 Uhr.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Heute 1/8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.

Unter anderem:
Das schwimmende Theater.

Das Tollste vom Tollen.
The 5 Marnos

erstaunliche Uffnahmen.
The Newport

Erzentrifft
und 8 erstklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Kasino-Theater.

Köpenickerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.

Zuspiel in 4 Akten v.
Ludwig Fulda.

Vorher d. glänz. Eröffnungs- Progr.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

**Walhalla-
Varieté-Theater**

Reinholdstraße 19/20, Potemkin-Str.
Anfang 8 Uhr.

Das originelle Sept.-Programm.
Auto Atlas, der Hühner
hebt ein Automobil mit
den Zähnen.

Tunel: Konzert i. Theaterbel. frei.

Jedes
5. Los
muß
gewinnen

**Düsseldorfer
Loterie**

Ziehung am 30. Sept.
120000 Gewinne W.Mk.

90000

Zwei Hauptgew. zus. W. Mk.

20000

10000

5000

2000

2 à 1000

etc. etc.
Lose à 50 Pf., 11 Lose à Mk.
Foto und Liste 30 Pf. versendet
Genera-Debit

**Ferd. Schäfer,
Bankgeschäft, Düsseldorf.**
Auch zu haben in allen heimlich
genannten Verkaufsstellen.

WINTERGARTEN

Anne Dancrey, Pariser Säng.
The 8 English Girls,
Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten,
„Die Bauernjungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco,
Zauberkünstler.
Agoust, komischer Jongleur.
George B. Reno Company,
amerikanische Exzentriker.
Annie Dirkens.
Olga Probrajensky, Prima
Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinto, amerikan. Phantasi-
und Spiegeltänzerin.
Kellno Truppe, in Venedig.
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

**Apollo
Theater**

9 1/2 Uhr! Täglich: 9 1/2 Uhr!
Berlins größte Sensation:

Sylvester Schäffer jr.,

der berühmte Universal-Künstler.
Vorher, ab 8 Uhr: Das große
Spezialitäten-Programm.

Buggenhagen Moritzplatz.

Inhaber Albert Böhme.
Sonnabend: Eröffnung der Winter-Saison.

Täglich: Die 7 Schwaben, Volksänger.
Allabendlich: Sherlock Holmes von Treu-
brieten mit dem urkomischen Bendix als
Sherlock Holmes. 5967L*

Anfang 8 Uhr. Sonnt. 4 u. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Familienbillets 5 Stck. 2 M.

Im unt. Konzertsaal tägl. Gr. Militär-Konzerte, Przywarski,
Becker, Görlich, Offeney, Neumann, Lütlich usw.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein.**

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrerb. „Solidarität“.

Sonnabend, den 14. September 1907:

3. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen der
Neuen Welt, Hasenheide 108-114. 10/15

Kunst- und Reigenfahren. Auftreten des Berliner Uk-Trio. Auftreten
des Gesangsvereins „Fichte“. Humoristisches Reigenfahren.

Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Einen amüsanten und unterhaltungsreichen Abend ver-
sprechend, ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

NB. Die Mitglieder erhalten Billets in den Abteilungsver-
sammlungen sowie in der Genossenschaft, Oderbergerstr. 30.

Reederei Kahnt & Hertzner

Stralauer Brücke 1.
Sonntag, den 15. September:

Große Extra-Dampferfahrt mit Ruff Sportshaus Ziegenhals
zum Pilsener. Abfahrt 10 Uhr vormittags. Fahrpreis hin und zurück
75 Pf., Kinder die Hälfte. Billets im Vorverkauf beim Gastwirt
Matzanke, Stralauer Brücke 4, 60 Pf.

Achtung!

Das Stiftungsfest des Gesangsvereins
„Freiheit Moabit“

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes)

findet nicht am 14. September, sondern am Sonnabend,
den 21. September, im Moabiter Gesellschaftshaus,
Wiesestraße 24, statt. 28735 R. A.: Das Komitee.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin. 157/18

Die nächsten
Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbrauerei: Mittwoch, den 25. September 1907.

Treibriemenbranche: Montag, den 30. September 1907.

Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,
den 19. September 1907.

Militärbranche: Sonnabend, den 14. September 1907.

Pinoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 19. Sept.

Wagenbranche: Donnerstag, den 19. September 1907.

Sesselmöbel- u. Lederstuhlpfisterer: Donnerstag, d. 19. Sept.

Sektion Charlottenburg: Montag, den 15. September 1907.

Wir erwarten, daß diese Versammlungen von den Kollegen recht zahl-
reich besucht werden. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Wir machen hierdurch nochmals auf den Beschluß der
letzten Generalversammlung vom Freitag, den 6. September,
aufmerksam, wonach rückständige Streit- und Mitgliedsunter-
stützungsgelder nur noch bis

Sonnabend, den 14. September,

ausgezahlt werden. Die Ausstellung der Streitlegitimations-
karten erfolgt von jetzt an nicht mehr im Saal 2 des Gewerks-
schaftshauses, sondern im Verbandsbureau, Zimmer 29.

143/5 Die Verbandsleitung.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater.**

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billetsverkauf 11-2 Uhr.

Madame Wig-Wag

Operette von Anton und Donat
Herrnfeld. Musik von L. Stal.

Es lebe das Nachtleben!

Separat-Bühne mit den Autoren
Anton u. Donat Herrnfeld in den
Gauptrollen.

Sonntag 3 Uhr
bei halben Preisen:
Ein verrücktes Hotel

und
Gahfisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Scannenstr. 16.
Wegen Renovierung geschlossen!
Sonnabend, 14. Sept.: Eröffnung der
Winteraktion: Gr. Extra-Vorstellung.

Die Jüdin von Toledo.

Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Nach d. Vorstz.: Eröffnungs-Festball.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Die Bezirksführung im 2. und 3. Bezirk findet Sonntag, den
15. September, pünktlich um 10 Uhr, in den bekannten Lokalen
statt. Kommissionsitzung Montag, den 16. Septbr.,
abends 8 Uhr, bei Brüner, Engel-Ufer 13. — Dazu sind die
Kollegen der Firma Dehrend (Rohrich), besonders der Kollege
Kurfanoff, Rixdorf, Rietzenstr. 63, sowie die Kollegen der Firma G. Mittag
geladen. 143/5 Die Branchenkommission.

Achtung! Achtung!

Zuschneider u. Zuschneiderinnen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, den
13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue
Friedrichstr. 35, statt.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Nebel. 2. Bericht über die Konferenz mit
den Arbeitgeberern. 3. Verschiedenes. 166/3

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich
und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hafnarbeiter
und verwandter Berufsgenossen Deutschlands**

Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr,
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:
Mitglieder-Versammlung.

19/10 Tages-Ordnung:
1. Verhandlungsangelegenheiten und Bericht des Delegierten der Gewerks-
chaftskommission. 2. Neuwahl des Vergütungskomitees. 3. Verschiedenes
und Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands.**

Sektion der Putzerträger.

Sonntag, 15. September, vormittags 11 1/2 Uhr, in Obligos Festhause,
Schwedterstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Rohrer.

Sonntag, den 15. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 5), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Gruppe der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, bei J. Meyer,
Oranienstr. 103:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 15. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 7), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Vertreterführung. 2. Regelung der Mietentschädigung.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller
Dachdecker-Hilfsarbeiter notwendig. Die Dachdecker werden ersucht, ihre
Hilfsarbeiter auf diese Versammlung besonders aufmerksam zu machen.
47/13 Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1230. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1087.

Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, in Frankes
Festhause, Sebastianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise. Referent:
Kollege Wuschick. 2. Diskussion. 3. Erziehung der Liquidationskommission.
4. Verhandlungsangelegenheiten. — Mitgliederbuch legitimiert.

Kollegen! Wir machen es Euch zur besonderen Pflicht, wegen der
wichtigen Tagesordnung in dieser Versammlung recht zahlreich und pünkt-
lich zu erscheinen!

Sonntag, den 15. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Ablauf unseres Lokalarbeits. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliederbuch legitimiert.

Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale
von Muster in Reinickendorf, Berlinstr. 29:

**Morgensprache für Reinickendorf und
Umgegend.**

Achtung! Achtung!

Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche
kurz vor Verfallsunterstützung stehen, dieselbe in der Woche
vom 22.-28. September d. J. abgeben. — Auch müssen dann
dieser Kollegen, welche über Quartalsabschluss hinaus krank
sind, bei der Abgebung der letzten Unterstützung ihre Mitglieds-
bücher und Kontrollkarten abgeben.

148/12 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, den 14. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung.

Vereinsangelegenheiten. Aufgabe der Billets zum 35. Stiftungsfest,
„Sankt-Johanni“, Solree von Hoffmanns Norddeutschen Sängern, Konzert u. Ball.
Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Schiefen
15. September: Herreupartie nach Grünheide. Bahnhof bis Erkner.
Der Vorstand. 109/5

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
für Teltow und Umgegend.**

Hiermit den Mitgliedern zur
Kenntnis, daß unser treues
Mitglied, der Bauer

Albert Müller

durch Unfalltod am 11. Sep-
tember plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntagvormittag von der
Leichenhalle aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 10. d. Mts.,
verstarb unsere treue Mitarbeiterin,
die Zeitungsträgerin

Frau Anna Schade

im Alter von 38 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
Rixdorf, am Mariendorfer Weg,
aus statt. 5962b

Um zahlreiche Beteiligung bitten
Die Parteiposition Rixdorf.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die überaus
reichen Kranz- und Blumenpenden
bei der Beerdigung meines innig
geliebten Mannes sage ich allen Ver-
wandten und Bekannten, insbesondere
meinen Mitarbeitern der Firma Elkel-
berg meinen innigsten Dank.
Bw. Elisabeth Schärfohen
geb. Minzsporn. 2867b

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
penden bei der Beerdigung meines
lieben, herzensguten Mannes

Theodor Neumann

sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, Kollegen und Kolle-
ginnen sowie den Bewertern des sechsten
Kreises meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe

Pauline Neumann
nebst Sohn. 2877b

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

Sonntag, den 15. September:
Allgemeiner Katerbummel

nach Bichelwerder (Freund). Start:
1 Uhr, die Abteilungen von ihren
Starts.

Achtung!

Bundesgenossen!

Sonntag, den 15. September,
findet eine Gausausfahrt nach

Hl. Wittenberg-Wörlitz

statt; der allgemeine Gausstart ist in
Treuendringen vormittags 1/2 7 Uhr,
sonstiger Treffpunkt Hl. Wittenberg
(„Zum Kronprinz“).

Darum auf zur Gausausfahrt
nach Hl. Wittenberg!

Für diejenigen, welche die Bahn
benutzen wollen, Sonntag früh 6 Uhr
Anhalter Bahnhof Abfahrt.

**Arbeiter-
Radfahrerbund
„Freiheit“.**

Sonntag, 15. September:
Kreistour nach Werneuchen.

Gemeinsamer Start 12 Uhr mittags
Danziger, Großwalderstraße-Ecke.
Um 3 Uhr: 2874b

Korso durch Werneuchen.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, daran
teilzunehmen. Die Kreisleitung.

Fröbels Allerlei-Theater

Schön. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Kleinstes Volkstheater Berlins.

Heute sowie täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten

in seinen u. a.: Karl Braun 45 faden
Verhandlungen Wendisch, Dedion,
Franconi usw. — Dazu um 8 Uhr:

Eise aus den Amorösen.

Vollständ. in 3 Akten von F. Schäfer.
Am Nischenaal: **Großer Ball.**

Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Um Sonnabend: Abschieds-Vorstell.
für Karl Braun.

Reichshallen-Theater.

Täglich
Stettiner Sänger.

Britton
als
Ante im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Bohent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Die Festzeitung

„Von Genf bis Stuttgart“

gelangt heute zum Versand. Die Bezirksführer finden die Blätter heute abend an den bekannten Stellen vor.

Am Sonntag, den 15., von früh 8 Uhr an, findet die Unterschriftensammlung zur Petition für den Achtuhr-Ladenschluß gleichfalls von den bekannten Lokalen aus statt. Wir erwarten, daß die Genossen sich mit dem gewohnten Eifer an dieser Arbeit beteiligen. Der Zentralvorstand.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 14. d. M., feiert in Kantow der Rauchsclub „Davana“ im Lokal „Zur Linde“, Hauptstraße, sein Stiftungsfest, am gleichen Tage veranstaltet der Verein „Lustige Brüder“ im Lokal von Aug. Stefani, Kaiser Wilhelmstraße, einen Rekruten-Abschiedsball. Wir weisen darauf hin, daß beide Lokale der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung stehen, mithin sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden.

Am gleichen Tage veranstaltet der dortige Wahlverein in „Gabels Restaurant“ ein aus Konzert, Theater und Tanz bestehendes Vergnügen, worauf wir auf Wunsch der betreffenden Genossen besonders hinweisen wollen, gleichzeitig machen wir die Besucher des Lutherkirchhofes auf „Gabels Restaurant“ aufmerksam, das selbe steht uns zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr bei Palm statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Verbandsversammlung Groß-Berlins und der Kreisgeneralversammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

Britz-Buckow. Am Sonntag, den 15. September 1907, nachmittags 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn R. Klein, Buckow, Chausseestraße 12, die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Pariser Kommune. Referent Genosse Wermuth. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Wittenau. Die öffentliche Versammlung findet Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr im Schulzischen Lokal, Hauptstraße statt. Genosse W. Stern spricht über die wahre Gestalt des Christentums. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein Kriminalschußmann der — sich zu erkennen gibt.

Aus der Tempelhofer Vorstadt haben wir über eine Hundegeschichte zu berichten, die dort viel besprochen wird und besonders bei unseren Genossen aus dem zweiten Wahlkreis ein mehr als gewöhnliches Interesse beanspruchen darf. In der Arndtstraße hatte ein Hund, der unter dem Schutz seiner Herrin einhertrabte, vor dem Boden eines Zigarrenhändlers W. Halt gemacht, um nach ungenierter Hundearbeit just vor der Ladentür ein übel duftendes Andenken zu hinterlassen. Herr W. trat in die Tür, befah sich ärgerlich die Besucher, versuchte das rücksichtslose Hundebiß und schimpfte in einem Anflug von Galgenhumor: „Du Sau, kannst Du nicht auf den Damm gehen!“ Da kriegte er es aber mit der fürsorglichen Herrin zu tun, die ihn erregt darüber zur Rede stellte, daß er ihrem unschuldigen Tier zu nahe trete. Nachdem Herr W. der energischen Dame zu verstehen gegeben hatte, daß für solche unappetitlichen Geschäfte der Damm ein geeigneter Ort sei, trollte sie sich von dannen. Nicht lange darauf erschien in dem Laden ein Mann, der sich als den Gatten jener Frau bezeichnete und schlantweg die Behauptung aufstellte, W. habe die Frau eine „Sau“ genannt. W. fragte ihn, was ihm denn einfallen; das Wort habe selbstverständlich nicht der Frau, sondern dem Hunde gegolten. Aber da richtete der andere sich auf und erklärte: „Ich bin Kriminalbeamter.“ Und aus der Tasche zog er eine jener blechernen Marken, mit denen die Kriminalpolizisten sich zu legitimieren pflegen, wenn sie eine amtliche Handlung vornehmen wollen. Eine amtliche Handlung war es nun allerdings nicht, was diesen Ehegatten, der sich samt seiner Frau beleidigt wähnte, in den Laden des Zigarrenhändlers geführt hatte. Deshalb ließ Herr W. sich auch nicht von dem Blech imponieren, sondern ersuchte den ungebetenen Gast, sich zu beruhigen und auch ihn in Ruhe zu lassen. Der angeblich beleidigte Gatte begriff, daß er hier nicht zu kommandieren hatte. Er erkannte sich mit der Drohung, W. werde bald merken, daß er es mit einem Kriminalbeamten zu tun habe. Hinterher rief er noch von der Straße aus dem Zigarrenhändler wütend zu, er werde es ihm schon besorgen.

Warum wir diese Geschichte weiter erzählen? Weil ihr Held, der aufgeregte Wiedemarckmann, der in dieser Hundesache sich so geschwind als Kriminalschußmann zu erkennen gab, jener Kriminalschußmann Palm ist, der im zweiten Wahlkreis sich in unseren Wahlverein als Mitglied unter dem falschen Namen Heise hatte aufnehmen lassen. Dort hatte er nach Kräften dafür zu sorgen gesucht, daß er nicht erkannt würde, aber unseren Genossen ist es bald genug gelungen, ihn zu entlarven. Wir hören übrigens, daß dieser Palm alias Heise eben jetzt aus dem zweiten Wahlkreis in den sechsten Wahlkreis übersiedelt. Wer weiß, ob er nicht dort sich von neuem in einer Rolle versuchen wird, in der er seine Wiedemarcke in der Besessensache, wo sie am tiefsten ist, verstecken muß.

Die Anschaffung von weiteren acht Schneepflügen seitens der zuständigen Deputation ist beim Magistrat beantragt worden. Ein schon im Gebrauch befindlicher Schneepflug soll so ausgestattet werden, daß er gleichzeitig als Transportwagen dienen kann. Ferner wurden einige Verträge mit Lieferanten genehmigt.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen wurde unter dem Vorherrsche des Stadtschulrates Dr. Michaelis beschlossen, die 11. und 13. Fortbildungsschule auf dem Gesundbrunnen und Wedding mit einander zu verschmelzen. Auf den Vorschlag des Stadtschulrates Dr. Fischer wurde ferner beschlossen, für die 2. und 9. Fortbildungsschule für Mädchen eine Kochschule auf dem Grundstücke Quittenstr. 7 einzurichten. Ferner beschloß sich die Deputation u. a. noch mit der Errichtung einer Fahrtschule. Es wurde eine Kommission gewählt, die sich mit der Materie vertraut, das Material prüfen und dann Vorschläge machen soll.

Zum Strausberger Eisenbahnunfall wird berichtet, daß die Nachforschungen nach dem Eisenbahnkremler jetzt auch zur Ermittlung des jungen Mannes geführt haben, von dem eine Dame ein kleines Bild dem Schmiedemeister Haube überreicht hatte. Haube und seine Gesellen erkannten eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem Bild und dem Schlüsselbesteller. Es kam hinzu, daß der Mann Chauffeur gewesen war, und nach einem Unfall ein Wein etwas nachschleifte. Er war außerdem

am Morgen nach dem Unfall sehr aufgeregt nach Hause gekommen, hatte dann bis 4 Uhr nachmittags geschlafen, war darauf wieder weggegangen und in seine Wohnung nicht wieder zurückgekehrt. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß er nach Brandenburg gefahren war, und nahm ihn in der Nacht zu gestern vorläufig fest, als er nach Moabit heimkehrte. Beamte fuhren mit ihm nach Strausberg und stellten ihn Haube, seinem Gesellen und den anderen Leuten gegenüber. Jetzt erkannten alle, daß er doch nicht der Schlüsselbesteller und der Mann ist, der in der Gegend wiederholt gesehen wurde. Der Verdächtige konnte außerdem im Laufe des Nachmittags sein Alibi für die kritische Zeit einwandfrei nachweisen. Er wurde daher wieder entlassen. — Aus Frankfurt a. O. sandte jemand einen granulierten Anzug ein, ohne über die Umstände, unter denen er zu ihm gekommen war, etwas mitzuteilen. Die Refugioszenten aber befanden, daß der mutmaßliche Täter, der Schlüsselbesteller, einen seinen karierten Anzug getragen habe. — Die meisten Anzeigen aus dem Publikum fußen darauf, daß die Leute, auf die sie die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei lenken, auf dem linken Fuß humpeln oder ihn stark nachschleppen. Der Schlüsselbesteller aber zog den einen Fuß — welden können Haube und seine Leute nicht sagen — nur sehr wenig nach.

Welch ungeheurer lange Arbeitszeit die Schlächtermamsells haben, erzählt uns folgendes uns zugehendes Versammlungsbericht: „Die Ruhezeit der Schlächtermamsells beschäftigte Mittwochabend eine Versammlung der Berliner Schlächtermeister, die die Freie Vereinigung selbständiger Schlächtermeister Berlins und der Umgegend nach Rubes Festfällen, Alte Jakobstraße, einberufen hatte. Wie der Referent, Schlächtermeister Neuter, ausführte, sind in letzter Zeit zahlreiche Anzeigen gegen Schlächtermeister erstattet worden, weil sie die gesetzlich vorgeschriebene eifündige Ruhezeit für ihre Ramsells nicht innehielten, sondern die Läden von 6 bis 9 Uhr offen hielten. Der Referent führte dazu aus, die Eigenart des Schlächtergewerbes bringe es mit sich, daß der Laden schon um 6 Uhr geöffnet werden müßte. Die Stellung der Schlächtermamsells unterscheidet sich auch wesentlich von der der Verkäuferinnen, denn die Ramsells hätten meistens im Hause des Meisters gute, freie Station und bezögen auch verhältnismäßig hohe Gehälter. Der Redner schlug vor, bei der Behörde dahin vorstellig zu werden, daß für die Ramsells eine Ausnahme von der Ruhezeit gemacht werde oder, falls dies abgelehnt wird, daß dann wenigstens die Mittagspause von 2 bis 4 Uhr angedreht werde. In der freien Aussprache wurde von verschiedenen Rednern vorgeschlagen, man möge die Verkäuferinnen erst um 9 Uhr mit dem Dienst beginnen lassen, dann müßten die Meister eher früher aufstehen; wenn erst der Achtuhrladenschluß eingeführt sei, dann brauchte man die Geschäfte nur um 7 Uhr zu öffnen und die Verkäuferinnen hätten doch ihre Ruhezeit. Die Versammlung beauftragte den Vorstand der Freien Vereinigung, im Sinne der Vorschläge des Referenten bei den Behörden vorstellig zu werden.“

Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht näher auf das hier ausgeprochene Eigenlob eingehen, daß die Schlächtermeister ihren Ramsells „verhältnismäßig hohe Gehälter“ zahlen. Dieser Begriff ist ein sehr dehnbarer und Arbeitgeber werden immer erzählen, sie zahlen ihren Angestellten „verhältnismäßig hohe Löhne“ und diese Löhne entsprechen auch nicht den geringsten Anforderungen. Für uns ist interessant, daß tatsächlich zugegeben wird, daß die Ruhezeit nicht eingehalten und daß der Versuch unternommen wird, die Behörden für die Beseitigung dieser Ruhezeit unter gewissen Umgehungen zu interessieren. Hoffentlich haben diese Bestrebungen keinen Erfolg. Die Arbeitszeit der Fleisch- und Wurstverkäuferinnen ist eine derart lange, daß man nur eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend wünschen kann. Ein kleiner Schritt hierzu dürfte die jetzt wieder betriebene Agitation zur Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses sein.

Ein Duell zwischen einem Studenten und einem Bankbeamten hat dieser Tage im Grunewald bei Schildhorn stattgefunden. Beim ersten Augewechsel schon wurden beide kampfunfähig. Während der Bankbeamte nur einen Streifschuß davontrug, wurde der Student lebensgefährlich verletzt. Die Ursache zu dieser Schieberei soll der Streit um eine Dame sein. — Nun haben die Streithähne ihre Ehre reingewaschen! Wie gering doch manche Menschen ihr Leben einschätzen.

Eine große Überraschung wurde dieser Tage dem in der Oranienstraße wohnenden Kellereiarbeiter Kaumann zuteil. R. hatte mit seiner Frau die Wohnung verlassen und die Aufsicht derselben der Portierfrau übertragen, die sich zur Verwahrung eines kleinen Kindes des R. in der Wohnung aufhielt. Plötzlich klopfte es an der R.schen Wohnung, und als die Portierfrau öffnete, begehrte ein Gerichtsvollzieher Einlaß. Der Mann ließ sich auch keineswegs mit dem Hinweis auf die Abwesenheit der R.schen Eheleute abwenden und schritt ganz wohlgenut zu einer Pfändung. Er versiegelte ein Sofa und ein Wäschespind und entfernte sich nach Erledigung seiner Arbeit. Man kann sich das Erstaunen der R.schen Eheleute denken, als sie nach ihrer Rückkehr hörten und sahen, was vorgefallen. Erstreut wird jeder Wohnungsinhaber sein, der keinen Gerichtsvollzieher erwartet, weil er niemandem etwas schuldet. So war es auch hier. Kaumann hatte keine Gläubiger, die ihn verklagt und die Ursache zur Pfändung hätten. Im Hause sprach sich die Sache herum und am anderen Tage stellte es sich heraus, daß der Gerichtsvollzieher an einer ganz falschen Stelle seine preußischen Adler angelebt hatte. Die Sachen mußten wieder freigegeben werden. Der Pfändungsauftrag bezog sich auf einen Mann ähnlichen Namens, der im gleichen Hause wohnte. Der Gerichtsvollzieher — Wogel ist sein Name — hätte die Pflicht gehabt, sich das Türschild genauer anzusehen und den Namen sorgfältig zu vergleichen mit dem in dem Pfändungsbefehl enthaltenen. Hätte das der eifrige Mann getan, so brauchte er nicht ganz unberechtigtweise in eine fremde Wohnung einzudringen und Leute unnötigerweise in Aufregung zu versetzen.

Im Stadtbahnzuge gestorben ist gestern nachmittag eine unbekannt, etwa 70jährige Frau, die einen Nordringzug benutzte. Die alte Dame befand sich in einem Abteil dritter Klasse, als sie in der Nähe der Station Wedding plötzlich auf der Bank zusammenbrach. Bahnbeamte brachten die Erkrankte nach der Anfallstation VI in der Lindowstraße, woselbst der anwesende Arzt nur den bereits infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Lehrer Wandke im Kampf gegen den Alkohol.

In Rixdorf haben die Mitteilungen, die von uns über Herrn Richard Wandke, den Lehrer an der 9. Gemeindeschule in der Kaiser Friedrichstraße, am Sonntag veröffentlicht wurden, ein nicht geringes Aufsehen erregt. Wandke hatte über den tödlich verunglückten Kutscher Karl Gerlach (Schinckestraße 2), den Vater eines seiner Schüler, vor versammelter Klasse die Verurteilung gemacht, der werde wohl betrunken gewesen sein. Die Enttötung über diese grobe Taktlosigkeit, hat bei der Verurteilung des Herrn Gerlach, die am Sonntag stattfand, auf dem Friedhof unter den zahlreichen Leidtragenden in scharfen Worten ihren Ausdruck gefunden.

Herrn Wandke selber aber scheint noch immer das Verständnis dafür zu fehlen, wie schwer er das Gebot der Pietät gegen die Eltern verletzt hat, das die Schule sonst den Kindern vorhält. Nachdem er von dem Artikel des „Vorwärts“

Kennnis erhalten hatte, äußerte er sich vor versammelter Klasse noch einmal über die Angelegenheit. Er versicherte, es sei schon oft vorgekommen, daß Kutscher in der Trunkenheit vom Wagen fielen und sich tot fuhrten. Die Kinder habe er hierauf hinweisen wollen und, um ein Beispiel anzuführen, habe er über Gerlach gesagt, auch bei ihm werde es wohl so gewesen sein. Lehrer W. hat hiermit unsere Angaben bestätigt, und er hat obenein seine ungebührliche Bemerkung in einer nur wenig abgeschwächten Form wiederholt. Man sieht: er begreift nicht, daß er als Beispiel nicht den Vater eines seiner Schüler nehmen durfte, am allerwenigsten den eben verstorbenen, der seiner Familie durch einen jähen Tod entziffen worden war. Herr Gerlach ist nicht in der Trunkenheit zu Tode gekommen, und er war überhaupt nicht das, was man einen Trinker nennt. Aber selbst wenn er das gewesen wäre und durch Trunkenheit seinen Tod verschuldet hätte, so hätte der Lehrer sich jedes absprechenden Urteils hierüber enthalten müssen. Sogar die Aeußerung, daß schon oft Kutscher in der Trunkenheit sich tot gefahren hätten, war in diesem Augenblick eine Taktlosigkeit. Sie ist in ihrer allgemeinen Form nicht mal richtig, wenn auch viele Leute leider nur zu rasch bereit sind, einen tödlich verunglückten Kutscher der Trunkenheit zu bezichtigen. Auch Herr Wandke gehört zu diesen Leuten. Als Frau Gerlach ihn im Schulhause aufsuchte und um Zurücknahme seiner sie kränkelnden Aeußerung bat, gab er im Beisein seiner Schüler und auch ihres eigenen Sohnes ihr die grobe Antwort, solche Unfälle würden nicht vorkommen, wenn nicht die Kutscher so oft betrunken wären. Hinterher erklärte er vor versammelter Klasse noch, er werde sich übrigens mal bei einem früheren Arbeitgeber Gerlachs erkundigen. Wenn Herr Lehrer W. es für zulässig hält, in dieser dreifachen Art das Privatleben von Eltern seiner Schüler zum Gegenstand seiner unberechtigten Kritik zu machen, so wird die Frage zu erwägen sein, ob nicht gegen ihn die Hilfe der ihm vorgesetzten Behörde angetreten werden soll.

Zu seiner Verteidigung gegenüber dem „Vorwärts“ hat W. den Kindern noch gesagt, er (der Herr Wandke) bekämpfe ja den Alkoholismus, da müsse er auch in der Schule vor dem Alkohol warnen. Im übrigen habe, so fügte er hinzu, hierbei gerade der „Vorwärts“ durch Veröffentlichung jenes Artikels ihm einen Dienst erwiesen. In dem Artikel war nämlich gesagt: „Will die Schule schon die Kinder auf die Gefahren des Alkohols aufmerksam machen, so darf sie der Anerkennung und des Dankes gewiß sein.“ Offenbar hat W. auf diesen Satz anspielen wollen. Er könnte sich aber auch den darauf folgenden Satz ad notam nehmen, der so lautet: „Aber soll das geschehen auf Kosten der Pietät, die die Schule selber den Kindern predigt?“ Daß Lehrer Wandke tatsächlich in der Schule den Alkohol bekämpft, wird uns auf das bestimmteste versichert. Interessieren wird das diejenigen unserer Leser, die nach Erscheinen unseres Artikels uns ihre Verwunderung darüber aussprachen, daß gerade von Herrn W. so sehr gegen den Alkohol geeifert werde. W. amtiert seit Jahrzehnten in Rixdorf und ist hier aus mancherlei Gründen zu einer stadtbekanntesten Persönlichkeit geworden. Ueber ihn hat man uns Dinge erzählt, die freilich manchen in Verwunderung setzen könnten. Unsere Ermittlungen haben indes ergeben, daß es sich um Vorkommnisse aus einer schon etwas zurückliegenden Zeit handelt. Wir halten es für unsere Pflicht, Herrn Wandke auch noch den Dienst zu erweisen, daß wir hier öffentlich erklären: heute soll sein Verhältnis zum Alkohol ein anderes als früher sein. Herr W., der für seinen Kampf gegen den Alkohol nach Beispielen aus dem Leben sucht, wird uns für diesen Hinweis dankbar sein.

Großfeuer in einer Möbelabrik.

In der Reichenbergerstr. 107 kam in der letzten Nacht ein gewaltiger Brand aus, der einen Schaden von über 100 000 M. verursachte. Die Feuerwehre hatte Stundenlang zu tun, um die Gewalt des Feuers zu brechen.

In allen vier Etagen des Quergebäudes befindet sich die Möbelfirma von Appell. Mittwochnacht gegen 12 Uhr wurde plötzlich Feuerlärm laut, da aus dem Dachgeschoß heile Flammen schlugen. Als die Feuerwehre auf den ersten Alarm hin mit dem achten Löschzuge anrückte, brannte schon das gesamte Dachgeschoß, in dem sich das Hauptlager von wertvollen importierten Holzern sowie die Trockenräume befanden. Die Wehre zog daher sofort Verstärkung heran und bald waren zwei volle Kompanien zur Stelle. Auch Branddirektor Reichel war herbeigeeilt. Die Hauptaufgabe der Wehre bestand darin, die bedrohten Nachbargebäude zu schützen. Ueber zwei mechanische Leitern, die Treppenaufgänge und mehrere Strickleitern hinweg drangen die Löschmannschaften mit insgesamt 14 Schlauchleitungen vor. Als man das Feuer im Dachstuhl gedämpft glaubte, brannte es plötzlich in allen unteren Etagen. Durch den Transmissionschadit waren die Flammen nach unten bis in den Keller hineingeschlagen, wo die Tapezierwerkstätte der Firma liegt. Durch das umsichtige Vorgehen der Sappeure konnte die neue Gefahr aber bald beseitigt werden. Nur in der dritten Etage wurde noch größerer Schaden angerichtet.

Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Einem Hebler sind folgende Gegenstände abgenommen und beschlagnahmt: fünf Pelzmäntel, fünf Pelztragen, 16 blaue Anorakwinterröcke, zwei Herrenwinterröcke, ein schwarzes Damenbaret, zwei Reitvorleger aus Hasenfell, rot eingefärbt, ein braunes Tuchdamenjackett mit schwarzem Pelztragen, ein schwarzer Damenumhang, ein 1 1/2 Meter langes, 50 Zentimeter breites Stück Stoff, auf welchem schwarze Federn genäht und noch nicht ganz fertig gestellt ist, vier kleine Kinderpelztragen, vier Herrenweiräder, zwei mit Marke Brennabor ohne Nummer.

Kellognozenten, welche vor dem 23. Juli d. J. bestohlen sind, wollen sich in den Vormittagsstunden auf Zimmer 86 des Polizeipräsidiums zur Vernehmung der Gegenstände einstellen.

Straßensperrung. Die Kaiser Wilhelmstraße von der Münzstraße (ausschließlich Kreuzdamm) bis zur Dirschstraße (ausschließlich Kreuzdamm) wird behufs Impflasterung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten trafen am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Der Vorsteher teilte mit, daß der Bezirksauschuß die Wahlen der Herren Thieme, Lemm und Poltel (sämtlich liberal) für ungültig erklärt und daß die Stadtv. Dr. Prokauer (unpol.), Dörre (Soz.) und Collom (fr. Bg.) ihre Ämter niedergelegt haben.

Da Genosse Dörre vom 4. Bezirk und Herr Collom vom 1. Bezirk der dritten Wählerabteilung gewählt war und ihre Mandate noch bis Ende 1909 bezw. 1911 liefen, sind also zwei weitere Ersatzwahlen in der dritten Wählerklasse nötig. Es sind im ananen acht Ergän-

Jungs- und hier Ersatzwahlen erforderlich.

Die umfangreiche Tagesordnung war in einer knappen Stunde erledigt. Von den Vorträgen ist von allgemeinem Interesse nur die betreffend die Errichtung eines Ledigenheims. Bereits am 18. Juni 1906 hatte die Versammlung einen Beschluß gefaßt, nach welchem die Stadt selbstschuldnerische Bürgschaft für das von der Volkshotel-Aktiengesellschaft aufzunehmende Baukapital bis zur Höhe von einer halben Million übernehmen sollte. Die Bürgschaft für 300 000 M. ist bereits geleistet, die Bürgschaft für weitere 200 000 M. wurde am Mittwoch beschlossen. Das Geld gibt die Landesversicherungsanstalt Brandenburg. Das Ledigenheim wird voraussichtlich im Februar dem Betrieb übergeben.

Den Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Wählerliste gab die Versammlung meistens Folge. Nur Schlafburden, Nichtpreußen und Empfänger von Armenunterstützungen, die noch nicht zurückgezahlt sind, wurden in die Liste nicht aufgenommen. Unter den Einsprüchen, die zurückgewiesen werden mußten, befinden sich eine ganze Reihe solcher von Arbeitern, die es verabsäumt haben, sich rechtzeitig naturalisieren zu lassen oder die immer noch als Schlafburden gemeldet sind.

Rigdorf.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde Mittwoch nachmittag die achtjährige Tochter des Arbeiters Geisler, die mit anderen Kindern in der Rainzerstraße spielte. Die Kleine lief auf den Fahrdamm und geriet unter eine Droschke, deren Räder ihr über die Beine hinweggingen. Das Mädchen erlitt schwere Knochenbrüche und mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Auf schreckliche Weise ist gestern der 59 Jahre alte Fleischerbesitzer und Hausbesitzer Hermann Schweitzer, Prinz Handjersstraße 69, ums Leben gekommen. Er war mit seinem Sohne auf einem Vergnügen gewesen und bei der Heimkehr trennten sich Vater und Sohn vor dem Wohnhause. Einige Zeit später fand Frau S. ihren Mann vor dem untersten Treppenabsatz liegend tot auf. Der Bedauerndste hatte das Genick gebrochen. Wahrscheinlich war er beim Hinansteigen nach der Wohnung von der Treppe abgerutscht und in die Tiefe gestürzt, wobei er sich einen Genickbruch zuzog. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Liebesgram soll den 43 Jahre alten Arbeiter Karl Fötter, Richardplatz 14, in den Tod getrieben haben. F. hatte sich in ein um mehrere Jahre jüngeres Mädchen verliebt, das aber nichts von ihm wissen wollte. Hierüber verzweifelt, verübte F. Selbstmord. Als die belagte Mutter gestern von einem Ausgange heimkehrte, fand sie den Sohn erhängt auf; der Lebensmüde war bereits tot.

Steglich.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch auf einem Neubau in der Herderstraße. Der dort beschäftigte Bauarbeiter Müller aus Teltow stürzte aus unbekannter Ursache beim Hinabgehen auf der Leiter in der Höhe von sieben bis acht Sprossen so unglücklich auf die Erde, daß der Tod sofort eintrat.

Behrendorf.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag in dem Hause Nachenwerfer 11. Dortselbst wohnt der Kaufmann Grünberg, in dessen Geschäft ein zierlich 45-50 Jahre alter Hausdiener beschäftigt war. Der Schlafraum des letzteren befand sich in dem Wandbargengeschloß des Hauses, und von hier aus stürzte er kopfüber auf die Straße herab und schlug mit dem Gesicht auf das Kopfsteinpflaster auf. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod des in einer großen Blutlache liegenden Mannes konstatieren. Bei dieser Gelegenheit konnte man wieder einmal feststellen, daß die Polizei bei derartigen Anlässen nicht ganz so eifrig ist wie beispielsweise beim Fürstendörfchen. Da war man erstens sehr schnell zur Stelle, wenn sich ein Posten in zu große Nähe des Fürstendörfchens wagte; zweitens wußte man auch, wo man die ertrunkenen Sünder in sicheres Gewässer brachte. Mit dem Toten schien man augenblicklich nicht zu wissen wohin. Wird doch mitgeteilt, daß der Polizeibeamte allen Ernstes den Vorschlag gemacht hat, den Toten in den Hausflur zu schaffen und dort bis zum Morgen liegen zu lassen. Die Bewohner des Hauses hätten jedoch dagegen protestiert, weshalb schließlich doch ein Wagen requiriert wurde, der den Toten wegbrachte. Ob Selbstmord vorliegt oder ob der Tote sich im Traum vom Fenster herabgestürzt hat, konnte nicht ermittelt werden.

Eine Entgleisung zweier Wagen eines Güterzuges fand gestern morgen auf dem hiesigen Bahnhof auf den Gleisen der Potsdamer Bahn statt. Ein Wagen wurde dabei gänzlich umgeworfen, während der andere nur aus den Schienen sprang. Personen wurden nicht verletzt.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorstellung. Der Vertrag betreffend Erbauung eines Krankenhauses lag vor und wurde von der Vertretung genehmigt. Nach demselben verpflichtet sich die Vertretung des Elisabeth-Kinderhospitals, für die Gemeinden Ober-Schöneweide, Friedrichshagen und Friedrichsfelde ein Krankenhaus für mindestens 80 Betten für Erwachsene und 20 für Kinder zu errichten. Die Verpflegungsbeträge sollen analog den Berliner sein. Als Gegenleistung sind von den Gemeinden 300 000 M. als unergänztliches Darlehen zur Erwerbung des 12 Morgen großen Grundstücks aufzubringen. Hieron trägt Ober-Schöneweide die eine Hälfte und die beiden anderen Gemeinden die andere. Das Krankenhausgrundstück in der Wuhlsheide im Gutbezirk Köpenicker Forst gelegen, wird zu Ober-Schöneweide eingemeindet. — Vom Kreisauschuß ist der Gemeinde zu den Kosten der Fortbildungsschule eine Beihilfe von 450 M. gewährt worden. Die Vertretung bewilligte außerdem 500 M. zum Ankauf von Werken für die neueröffnete Gemeindebibliothek, welche sich eines starken Zuspruchs erfreut. Der Anschluß an den Verein für Volksbildung wurde genehmigt. — Für die Zwecke der Erbauung eines Realgymnasiums und Darlehen für das Krankenhaus beschloß die Vertretung die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mark. — Die Mittel für elektrische Beleuchtung des Feuerwehrgrundstückes wurden bewilligt. — Anlässlich der Rechnungsprüfung der Jahresrechnungen pro 1905-1906 wurden seitens der Rechnungscommission die Höhe der Kosten für Dienstreisen der Beamten beantragt. Auch das Recht der einzelnen Kommissionen, solche Reisen zu verfügen, bestritt die Gemeindevorstellung. Genosse Grünow wies darauf hin, wie bei Bewilligung von Armengeldern wegen der kleinsten Beträge gehandelt und gedrückt würde, und hier wird mit dem Gelde der Steuerzahler in solch unverantwortlicher Weise gewirtschaftet. Beschlossen wurde, ein neues Ortsstatut in dieser Frage zu schaffen. — Ein Besuch des Müllabfuherunternehmens auf Erhöhung seiner Bezüge wurde zwecks näherer Ermittlung zurückgestellt.

Köpenick.

Ein Popfabrikarbeiter. In den östlichen Vororten treibt augenblicklich ein Popfabrikarbeiter sein Unwesen. Der gefährliche Dursche hat es besonders auf 10-14jährige Säuglinge abgesehen. So verlor er es vorgestern, in einem hiesigen Kinematographentheater einem 13jährigen Mädchen völlig unbemerkt das Haar abzuschneiden. Die starke Finsternis in dem Kinematographentheater kam ihm dabei zustatten. Besucherinnen der Kinematographentheater mögen vor dem Popfabrikarbeiter auf der Hut sein.

Zeuthen.

Spezial Agitation hielt der Bezirk Zeuthen des Wahlvereins Schwabe am Dienstag eine Versammlung in dem neu zur Verfügung stehenden Lokal „Abrechtshof“ ab. Der Besuch derselben war seitens der Zeuthener Arbeiterschaft ein ungekannt guter. Etwa 70 Personen hatten sich eingefunden und spendeten den trefflichen Ausführungen des Genossen Kurt Heintz über „Wezen und Ziele der Arbeiterbewegung“ lebhaften Beifall. In der Diskussion beleuchteten die Genossen Hoffmann und Walter die bisherigen traurigen Verhältnisse des Ortes betreffs

politischer Organisation. — Der Erfolg der Versammlung zeigte sich in einer ganzen Reihe von Neuanmeldungen zum Wahlverein. — Hoffentlich hält die Zeuthener Arbeiterschaft den erlangten Erfolg in bezug auf die Lokalfrage nicht nur fest, sondern erweitert ihn. Dies kann geschehen, wenn jeder einzelne sich seiner Pflicht bewußt ist und noch strenger als bisher die gesperrten Lokale meidet.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Kursus für Kinderfürsorge in Zürich. In der Stadt Zürich ist aus Männern und Frauen verschiedener Kreise ein Komitee gebildet worden, das im Januar 1908 einen sechsmonatlichen Lehrgang für Kinderfürsorge veranstalten will. Die Oberaufsicht führt der kantonale Erziehungsrat, dem auch unser Genosse Regierungsrat Ernst angehört.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, 16. September, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72. Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen. Referent: Gewerkschaftssekretär Emil Charoitzenburg. Mittwoch, 18. September, 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3. Vortrag: „Lebensgewohnheiten und Lebensbedürfnisse des Weibes“.

Friedrichshagen, Montag, 16. September, 8 1/2 Uhr, Restaurant Wilhelmshof, Secfir. 45. Vortrag. Ausgabe der Visiten zum Stiftungsfest.

Veramlungen.

Die Mißstände in dem „modernen“ Betriebe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (A. E. G.)

wurden am Montag in einer in den Germania-Sälen abgehaltenen Betriebsversammlung zur Sprache gebracht. Obgleich alle Tische aus dem geräumigen Saale entfernt und die Anwesenden dicht zusammengedrückt waren, konnten doch nicht alle Besucher Raum finden. Hunderte mußten nach der erfolgten polizeilichen Absperrung wieder umkehren.

Wie alle Großbetriebe möchte sich auch die A. E. G. nach außen hin das Gepränge einer Wohlthäterin für die Arbeiter geben. Man prahlt damit, daß die Gründung einer Pensionskasse erwogen werde, man will sogar ein Sanatorium bauen, aber im Betriebe selbst schreien die Zustände zum Himmel. Ein Arbeiterauschuß existiert und auch eine „Gesundheits- und Wohlfahrtskommission“, doch wird noch einem direktorialen „Geheimrat“ bei irgendwelchen Beschwerden wohl Abhilfe versprochen, jedoch verboten, das Versprechen zu erfüllen. Der Referent Sokolowski konnte, obwohl er über zwei Stunden sprach, aus dem reichhaltigen Sündenregister der Betriebsleitung und ihrer Meister nur eine Blütenlese halten.

In allen Abteilungen wird von den Arbeitern über das Zusammenpressen möglichst vieler Maschinen auf den geringsten Raum, das Aufstellen roher und fertiger Arbeiten, die Lohnrückerei und das mühsame Antreiben der Meister, deren Auftreten sehr oft allem Anstand Dohn spricht, Klage geführt. Zu verwundern ist dabei nicht, daß gerade in diesem Betriebe sich die Unglücksfälle immer mehr steigern. Die Beleuchtung und Ventilation spottet in den meisten Räumen jeder Beschreibung. In einem Raum, in dem der Meister Herzog residiert, herrscht im Sommer eine unglückliche Hitze; ein kleiner Ventilator ist auf dem Pult des Meisters aufgestellt, damit dieser bei Beobachtung seiner Leute nicht zu sehr in Schweiß kommt. Im Galvanisiererraum mußte der Fußboden mit Brettern ausgelegt werden, weil sonst die Arbeiter in den ausgetretenen Vertiefungen im Boden sich Arme und Beine brechen können. An dem einzigen Ausgang dieses Raumes liegt die Benzinkammer, die für die Arbeiter eine ständige Lebensgefahr bildet. Das Lager II, die sogenannten Zeichenkammer, ein völlig dunkler Raum ohne Fenster, in dem bei Regenwetter stets Wasser steht, dient etwa 100 Arbeitern als Beschäftigungsort. Mit Licht muß vorsichtig und sparsam umgegangen werden, weil hier etwa 1000 Liter Benzol, 3000 Liter Spiritus, Lack und dergleichen aufbewahrt werden. Ein Notausgang ist nicht vorhanden. Bei diesen Verhältnissen und der dampfmodrigen Luft ist es gar kein Wunder, wenn 10 Proz. aller dort Beschäftigten krank sind. Auch der Raum, in dem die Akkumulatoren geladen werden, darf trotz der enormen Säureabdunstung nicht zu oft ventiliert werden, da der Herr Direktor sein Zimmer darüber hat und ihn das Summen der Ventilatoren stört. Die meiste Ehre legt die A. E. G. jedoch mit ihrem Speiseraum ein. Es ist dies ein Keller, in dem neben dem Kessel für die Zentralheizung Kohlenvorräte aufgestapelt werden. Dicht am Kessel entlang geht das Abfuhrrohr von den Klosetts, an dem ein Kniestück ohne jeden Verschluss ist und von den Arbeitern mit einem Ziegelstein bedeckt werden mußte, damit die dem Rohr entweichenden Dämpfe nicht zu arg den Raum verpesten. Derartige Mißstände sind aus allen Abteilungen zu melden. Hingru kommt noch eine unwürdige Behandlung der Arbeiter durch fast alle Vorgesetzte. Auch die „Stieftragenproletarier“, jene Herren, die beim letzten Streik der Firma Hauselherdendienst leisteten, haben das erfahren müssen. Sie hatten köstlich umgenähte Gewänder einer Aufbesserung ihrer dürftigen Bezüge petitioniert. Gewährt wurde sie ihnen nicht, aber vom Direktor Hirschberg wurden sie als „Laffen“ und „Esel“ bezeichnet. So daß einige von den Herren den Mann wegen Beleidigung verklagten. Die Humanität der Firma wird dadurch beleuchtet, daß mehrere Fälle angeführt werden, wo Arbeiter, die fünf und zehn Jahre im Betriebe gearbeitet hatten, nach vierwöchiger Krankheit die Entlassung ins Haus geschickt wurde, um die Betriebskasse nicht zu sehr zu belasten. Die Hülfeleistung bei Unfällen ist derart mangelhaft, daß auch hier dringend Abhilfe not tut. — Die von häufigen Weilsandlungen und Mißfallensausdrücken gegen die Firma und ihre Antreiber unterbrochenen Ausführungen des Referenten endeten mit einem Appell an die Versammelten zum Anschluß an die Organisation, damit bei einmütigen Handeln endlich der Firma die Millionen aus den Knochen ihrer Arbeiter herauswirtschaftet, die so oft schon versprochenen Verbesserungen der grauenhaften Mißstände abgetrotzt werden können. — Wegen vorgeschrittener Zeit wurde trotz noch vorliegendem reichhaltigen Material die imposante Versammlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zentralverband der Maurer. Am Freitag fand in Kellers Saal eine Generalsammlung des Zweigvereins Berlin statt. Zunächst teilte der zweite Vorsitzende Hanke mit, daß der erste Vorsitzende Thöns sein Amt niedergelegt hat und in Arbeit getreten ist. Die Ursache der Amisniederlegung ist zurückzuführen auf Ausherrungen in einer Versammlung am 22. April, durch welche sich Thöns als Vorsitzender verletzt fühlte. Er erklärte damals folgende, daß er sein Amt niederlege, ließ sich aber bewegen, dasselbe noch bis nach Schluß der Lohnbewegung inne zu behalten. Da dieser Zeitpunkt nun gekommen ist, hat Thöns sein Amt jetzt niedergelegt und muß infolgedessen demnächst eine Neuwahl erfolgen. Ferner führte Hanke aus, es sind jetzt vier Wochen seit der Aufhebung des allgemeinen Streiks verfloßen. Die bürgerliche Presse und die Unternehmerorgane sprachen von einer Niederlage der Arbeiter. Anfangs sah es auch, als ob ein Teil der Maurer unter dem Eindruck solcher Redensarten sich von der Organisation abwenden wollte. Es wird jetzt in den Zahlstellen eine rege Agitation betrieben, um die Mitglieder wieder zu gewinnen, welche Neigung hatten, sich zurückzuziehen. Diese Agitation hat auch Erfolg.

Hierauf gab der Kassierer Wartenberg die Abrechnung vom 2. Quartal. Der Bestand in den Kassen des Zweigvereins, der Zahlstellen und Sektionen betrug am Schluß des Quartals 287 038,68 M. Für die Lohnbewegung sind bis jetzt ausgegeben 723 433 M., davon entfallen 655 282 M. auf Streikunterstützung, 13 145 M. Fahrgelder an abgereiste Kollegen, 2001 M. durch polizeiliche Strafbescheide verhängte Geldstrafen, 2031 M. für Fern-

halten der Zugänge, 40 106 M. Nichtzuzufuhr an Streikende, der Rest kommt auf einige kleinere Posten, Druckkosten, Porto usw. Die Abrechnung ist noch nicht abgeschlossen, da ein Teil der Unterstützungsbeiträge die ihnen zustehenden Beträge noch nicht abgehoben haben. — Die Versammlung beschloß, daß die noch rückständigen Unterstützungsbeiträge bis spätestens den 14. September eingefordert sein müssen. Später geltend gemachte Ansprüche werden nicht mehr berücksichtigt.

Die Zahl der Mitglieder des Zweigvereins betrug am Schluß des Quartals 12 349, und zwar 7184 Maurer, 2611 Puffer, 2554 Gips- und Zementarbeiter.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichtserstattung vom Verbandstage, die bis jetzt verhandelt werden mußte, weil während des Streiks keine Zeit dazu war. — In den eingehenden Bericht der Delegierten schloß sich eine längere Diskussion, die erst nach Mitternacht endete.

Achtung, Konventionen! Heute abend findet Weinstraße 11 eine Versammlung statt, in der Genosse Hechold über „Warum müssen wir uns als Käufer organisieren?“ sprechen wird. Um zahlreiches Erscheinen, speziell der Frauen, wird gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

— **Notiz 1886.** Auskunft über Aktienfragen und dergleichen erhalten Sie unentgeltlich in den amtlichen Kasstanzstellen Alexander-Platz, Potsdamer Platz usw. — **G. R. 30.** Der „Deutsche Adlermeister“, Kaiser Wilhelmstraße 48. — **G. R. 31.** 1. Ja, Sie können auf Aufhebung des Beschlusses des Stadtausschusses. — **R. Z. 32.** Da, wie es scheint, Ihre Frau versicherungspflichtiges Mitglied der Kasse ist, so kann sie auf Erstattung klagen. Die Klage ist bei der Gewerbe-Deputation, Stralauerstraße 1-3, gegen die Kasse zu richten. — **R. Z. 31.** Sie können ohne weiteres reisen. — **H. W. 212.** Wenn in Sachsen. — **H. Z.** Leider wäre der Anspruch nicht durchzuführen. Versuchen Sie eine Rente von der Berufsgenossenschaft zu erhalten. Sie würden damit durchbringen, wenn Sie ungewissheit beweisen, daß das Beschleiden Folge eines Unfalles ist.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthaus-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 70-72 pr. 100 Pfd., IIa 64-66, IIIa 59-62, Bullenfleisch Ia 63-65, IIa 51-53, Rülbe, fett 50-52, do. mager 40-42, Breiter 54-62, Säußen, dünn 55-64, do. hoch 0,00, Kalbfleisch, Doppelender 100-115, Rastfleisch Ia 75-85, IIa 60-70, Rülber ger. gen. 48-60, do. hoch 50-55, dünn 0,00, Hammelfleisch Rastlamm 80-82, Hammel Ia 74-78, IIa 68-72, ungar. 0,00, Schaaf 54-66, Schweinefleisch 58-64, Rindfleisch Ia pr. Pfund 0,70-0,85, IIa 0,00, Rindfleisch Ia pro Pfd. 0,53-0,67, do. IIa 0,30, Dammfleisch 0,53-0,58, Rindfleisch 0,00, Ferkel 0,00, Rindfleisch pr. Stück 0,55-1,00, Wollentier pr. Stück 1,25-1,50, Rindfleisch pr. Stück 0,65-1,00, Rindfleisch, junge große 1,10-1,30, mittel u. kleine 0,50-1,00, alte 0,70-0,85, Hühner, alte, pr. Stück 1,60-2,40, IIa 1,00-1,40, do. junge 0,60-1,10, Tauben 0,90-0,95, italienische 0,00, Enten pr. Stück 1,60-2,50, do. Hamburger pr. Stück 3,00, Gänse pr. Pfund 0,50-0,65, do. pr. Stück 2,00-4,75, do. Hamburger pr. Pfd. 3,78-0,80, do. Oberbrunser pr. Pfd. 0,50-0,68, Boulets pr. Stück 0,90-1,40, Boulets pr. Pfund 0,90, Heide pr. 100 Pfund 106-118, do. matt 0,00, mittel 0,00, groß 0,00, do. groß und mittel 0,00, Rander, klein, matt 0,00, do. klein 0,00, bito mittel 0,00, Schale, klein 191-204, do. unj. 145-150, do. groß 0,00, Kälber, groß 0,00, do. klein und mittel 88-90, do. mittel 0,00, do. unj. 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 76-82, Wölfe, matt 0,00, Rindhorn 0,00, Karpen, 45er, stumpf 0,00, do. 50er, 0,00, do. 35er, 75-77, do. 50er, 0,00, Bunte Fische 61-77, Bars 0,00, klein 0,00, Störche 0,00, do. klein 0,00, Weiß 0,00, Schle 65-75, Barbe 0,00, Aal 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 0,00, Seelachs 10-15, Hummer, kleiner, Stiege Ia 2-6, mittel Rülbe 1-2, Hamb. Stiege 4-6, halbe Rülbe 2-3, domm Ia Schod 0,00, IIa 0,00, Rüdlinge, kleiner, pr. 100 Stk 2-3, Strahl 2,00-3,00, Werra 0,00, Wale, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe pr. Schod 5-9, Schellfische Rülbe 3-4,00, Rülbe 1,50-2,00, Sardellen, 1902er pr. Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1906er 90-95, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rülbe, pr. 1/2 T. 50-120, Sardinen, russ., Rülbe 1,40-1,70, 1,50-1,60, Brauerlinge Rülbe 1,20-1,40, do. Rülbe (4 Liter) 1,40-1,70, Krevetten, Schod 11, do. kleine 5-6, do. Rülben 14, Krebse pr. Schod, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 3,00, do. unsortiert 0,00, Gollzer, groß 0,00, do. unsort. 0,00, Eier, Lond., unsortiert pr. Schod 3,60-3,80, do. große 4,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 118-122, IIa 108-117, IIIa 100-108, abiafene 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Velturgurken 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Daberische 2,50-3,00, weiße runde 2,50-2,75, Blaue 0,00, Rülben 2,00-2,25, Rülben 3,00-3,75, Vorree, Schod 0,50-1,00, Pfeffer, Schod 5-10, Spinal pr. 100 Pfund 12-13, Sellerie, pr. Schod 2,00-3,00, Antebeln pr. 100 Pfd. 3,50-4,00, do. Vert. 40,00-75,00, Chalotten 50,00-60,00, Petersilie, grün, Schod 0,75-1,00, Rülben Schod 1,00-1,50, Rettich, bagr., neuer Schod 0,07-0,10, hiesiger Schod 2,50-3,50, Mohrrüben, 100 Pfund 3,00 bis 4,00, Karotten, hiesig, Schod 2,00-3,00, Birsingrüben pr. Schod 4,00 bis 12,00, Rülben, Schod 0-12, Weißkohl 4-8, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 5-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Grolter 100 Stück 6-14, Kohlrüben, Schod 4,00-5,00, Petersilienwurzel, Schod 3,00-4,00, Schoten pr. 100 Pfund 20-35, Pfefferkörner pr. 100 Pfd. 4-8, Steinpilze pr. 100 Pfund 10-25, Rülben pr. Schod 0,75-1,00, Salat pr. Schod 1,00-2,00, Gurken, Einmache, Schod 10-25, do. hiesig, Schod 0,00, do. Velturger Schod 2,75-3,00, do. Rülben 2-2,50, Soßen, grüne, 100 Pfund 15-25, Wackbohnen, pr. 100 Pfund 15-20, Tomaten pr. 100 Pfund 15-20, Blaubeeren pr. 100 Pfd. 10-12, Johannisbeeren pr. 100 Pfund 15-16, Preiselbeeren pr. 100 Pfund 20-24, Schmelze 25-28, Bienen, 100 Pfd., Tiroler 20-40, hiesige 3-10, Solanber 20-24, Wühlche, hiesig, pr. 100 Pfd. 10-25, Hal in Rülben zu 12 Stück 0,75 bis 1,50, do. in Rülben Ia pr. 100 Pfd. 20-30, do. IIa in Rülben pr. 100 Pfd. 15-20, Rülben, italienische, pr. 100 Pfund 0,00, unj. 0,00, hiesige 5-13, Granatener Ia 15-25, do. IIa 10-20, Tiroler Ia 25-30, IIa 18-30, Rosenkohl 10-15, Rülben, ital. pr. 100 Pfd. 0,00, Rülben 0,00, hiesige 3-9, ungarische 5-13, Baderer, Rülbe, 0,00, ferkelche 9-14, Weintrauben, französische, pr. 100 Pfd. 16-19, italienische 14-19, Ananas I, pr. Pfd. 1-1,40, do. II 0,00, Birnen, Rülben, 300 Stück 10,00-18,00, do. 300 Stück 10,00-16,00, do. 200 Stück 10,00-14,00, do. 100 Stück 6,50 bis 9,00, Bananen, gelb, pr. 100 Pfd. 14,00-20,00, grün 0,00, Melonen, pr. 100 Pfd. hiesige 0,00, ital. 10-15, franz. 0,00, holl. 5-15, spanische 0,00, ungarische 10-12.

Witterungsübersicht vom 12. September 1907.

Stationen	Barometerrichtung	Windrichtung	Wolkenh.	Temper.	Stationen	Barometerrichtung	Windrichtung	Wolkenh.	Temper.
Emmende	771 0 5 D	1 Nebel	13	13	Naparranda	750 0 5 B	2 bedeckt	11	11
Damberg	771 0 5 D	2 molfen	13	13	Petersburg	769 0 5 B	1 molfen	7	7
Berlin	771 0 5 D	2 molfen	14	14	Seilly	768 0 5 B	1 Dunst	16	16
Frankf. a. M.	768 0 5 D	2 molfen	14	14	Herbecen	766 0 5 B	1 halbb.	13	13
München	770 5 D	4 Nebel	9	9	Bavris	766 0 5 B	1 molfen	13	13
Wien	771 0 5 D	Dunst	12	12					

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. September 1907.
Zeltweise neblig, sonst meist heiter und trocken, am Tage warm bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkundungsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 9.	am 10. 9.	Wasserstand	am 11. 9.	am 10. 9.
Memel, Mühl	300	-42	Davel, Spandan	113	+1
Bregel, Antberg	283	-40	Rathenow	149	0
Wischel, Horn	106	+4	Spree, Spremberg	90	0
Oder, Halber	156	-18	Breslau	152	-1
Roßfen	178	+34	Weser, Wandsen	-88	+3
Frankfurt	135	+12	Wandsen	-2	-6
Wärthe, Schrimm	95	+1	Rhein, Walsdorf	-	-
Landsberg	58	+10	Raub	190	-8
Rege, Vordamm	25	-2	Rhin	172	-6
Eibe, Zeitmich	-34	-6	Redar, Heilbronn	21	+1
Barch	113	+6	Rain, Berlin	-	-
Magdeburg	121	+12	Wofel, Trier	-	-
Saale, Großh.	76	-2			

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel.

Neu-Eröffnung des Kaufhauses Rudolf Moses

Metzer Straße 41

Ecke Weißenburgerstraße

am Sonnabend, den 14. September, vormittags 10 Uhr.

Am Eröffnungstage

erhält der **1. Käufer** beim Einkauf von **Mark 10** als Prämie **1 Nähmaschine** (Wert ca. 100 Mark),
der **50. Käufer** ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkaufs **2 kostbare Wandgemälde** (Wert ca. 60 Mk.)
der **100. Käufer** **1 Regulator** (Wert ca. 30 Mark).

Ferner erhält jeder Käufer beim Einkauf

von **3 Mk.** an **1 Wandschrank, Holzschnitzerei** von wunderbarer Ausführung,
von **10 Mk.** an **1 Karton**, enthaltend $\frac{1}{2}$ **Dtzd. Taschentücher**, Pa. Qualität.

Außerdem auf sämtliche Artikel Nordenmarken.

Billiger Verkauf.

Möbel

auch auf Teilzahlung.

Wohnungseinrichtungen
zu M. 150.00, 250.00, 300.00, 350.00
450.00, 500.00, 600.00, 700.00, 800.00
etc. bis M. 3000.00.

Kleiderschränke
zu M. 20.00, 30.00, 35.00, 40.00,
45.00, 50.00 etc.

Vertikals
zu M. 40.00, 45.00, 50.00, 55.00,
60.00 etc.

Trumeaus
zu M. 25.00, 30.00, 35.00, 40.00,
45.00 etc.

Sofas
zu M. 30.00, 40.00, 50.00, 60.00,
70.00, 80.00 etc.

Bettstellen, komplett
zu M. 24.00, 30.00, 40.00, 45.00, 50.00,
55.00, 60.00 etc.

**Moderne Küchen-Aus-
stattungen**
zu M. 60.00, 80.00, 100.00 etc.

Riesenauswahl. Nur reelle Arbeit.

A. Schatz sen.
Brunnenstr. 160
Eingang Anhalterstrasse.

Begründet 1873. **Spezial-Hut-Engros-lager.** Begründet 1873.

Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Cha-
peau claque etc.

Abteilung für den **Einzelverkauf**
zu außergewöhnlich billigen u. streng
festen Preisen.

B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 3. Haus v. Alexanderplatz.
Sonntags 8-10, 12-2 Uhr.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsrat!
Nachdruck
verboten.

Knaben-Anzüge.

Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.

Einsegnungs-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung
feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit ent-
sprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höfl., uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in
der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender
ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet
sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-
garderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen
Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter
moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw.
teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von
Herrschaften, Doktoren, Kavaliere usw., die nur
bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz
enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der
meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektions-
ware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung
(vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen.
Wir empfehlen gereinigte, reinwollene

3 Monat
getragene

2 Monat
getragene

1 Monat
getragene

Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.

Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.

Grad und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
verkauft.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Plage.

H. Zimmermann

Berlin SO, Jeweller Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung. 53011*

Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Strang reell. - Billigste Preise.

Beste Bettenfällung

und die vorzüglich fällenden, sehr
dauereichen, echt deutschen

Monopoldaunen

(jedes gefüllte) Pfund RM. 2,50.

3-4 Pfund gefüllt 1 gr. Oberbet.
Der geg. Nachdruck, Verpackung frei.

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 46

Erhöhtes Preisniveau
gefällt Deutschland.

Die Wahllügen

der

bürgerlichen Parteien.

Eine Sammlung und Widerlegung
der im Wahlkampfe von den bürger-
lichen Parteien zur Verharmung der
Sozialdemokratie und der sozial-
demokratischen Vertreter verbreiteten
Lügen. 224/7*

Preis 2,- Mark.

Expedition des „Vorwärts“,

Berlin SW. 65

Lindenstraße 69, Laden.

Englischen Unterricht,

einzel und im Bunde, erstellt 38372*

Gertrud Swienty,

Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Stolas, Kotliere, Krawatten

Mützen,
schick garnierte
Damenhüte, Barett
Herren-Mützen
und Pelzkragen,
Knaben- und
Mädchen-Garni-
turen, Fußsüße,
Jagdtaschen,
Wagendecken, Pelz-
teppiche und Bett-
vorleger.

Nur eig. Fabrikat.

Große Auswahl.
Bestes Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fa-
brikpreise.

Gämtliche gangb. Pelzarten am Lager.

F. Kalman, Kürschner-
meister.

Kommandantenstraße 15, I.

(gegenüber Bouthstraße).

Verkauf auch Sonntags, Wochen-
tags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

Nette, Gänse, fette Enten,
junge Hühner, Tauben empfiehlt reellst
F. Wegner, Berlin, Marienestr. 34.

Bei der anhaltenden Teuerung des Rindfleischs
wird dies in vielen Haushaltungen durch andere
Nahrungsmittel ersetzt, welche aber meist nicht den
gleichen Nährwert haben.

Es muß darum immer wieder auf den bei
leichter Verdaulichkeit hohen Nährwert der
Seefische hingewiesen werden, welche die Haus-
frauen viel mehr als bisher beachten sollten, be-
sonders auch, weil die Seefische viel billiger sind
als das Fleisch. Nach wissenschaftlicher Feststellung
enthält wegen ihres hohen Eiweißgehaltes Beifische
für 1 Mark Seefisch, Kabeljau, Seezahn usw. drei-
mal soviel Nährstoff als für 1 Mark Rind-
fleisch, woraus sich die wirtschaftlichen Vorteile der See-
fische deutlich ergeben.

In dem Handel mit Seefischen ist nun eine
wettere, für die Hausfrauen beachtenswerte Neuerung
eingetreten durch die von Herrn Johs. Storczyk im
vergangenen Frühjahr begründeten Deutschen
Nord-Ostsee-Fischhallen in Berlin, deren
großartiges Versandgeschäft, nach einer Filiale
in der Badstr. 67, bis zur Eröffnung anderer Verkaufsstellen
in der Schönhauser Allee 144 be-
findet. Von dort aus werden Sähwasser- und
Seefische sowie Räucherlachs und alle anderen
Räucher-Fischarten und seine Fischkonserven

nach allen Stadtteilen zu erstaunlich billigen Preisen
verkauft.

Herr Storczyk hat in seinem bisherigen
Wirkungskreise den Seefisch-Import nach Berlin wesent-
lich gefördert und ist nun als alleiniger Vertreter
der Deutschen Nord-Ostsee-Fischhallen um so mehr in
der Lage, seine Kundenschaft nicht mit irrtümlicher Ware
zu billigen Preisen bedienen zu können. Preis-
listen werden jedem Interessenten kostenfrei zugestellt.

Ersatz für Fleisch.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Vollständige Geschäfts-Auflösung!

Wir haben das gesamte Warenlager der Firma **L. Feige, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee Nr. 19**, aufgekauft und findet nur **Sonnabend, Sonntag, Montag** der

Total-Ausverkauf

dieses Geschäfts statt. Es kommen gleichzeitig große Posten Waren aus unseren Filialen mit zum Verkauf.

- Herren-Anzüge, alle Muster und Fassons von **6.95 M.** an
- Burseken-Anzüge, tadellose Qualitäten von **4.80 M.** an
- Kinder-Anzüge, alle Fassons und Muster von **1.85 M.** an
- Hosen, Paletots, Westen, Jacken weit unter Preis!



- 3 Preise. Maß-Abteilung. 3 Preise.**
- Serie I. Herren-Anzug, neueste Muster Stck. **27.50 M.**
 - Serie II. Herren-Anzug, prima Kammgarn Stck. **37.50 M.**
 - Serie III. Herren-Anzug, extra feine Qualitäten Stck. **47.50 M.**
 - Herren-Hosen Serie I. **9.50 M.** Serie II. **13.50 M.** Serie III. **17.50 M.**

Neueste Winter- und Demi-Paletots

- Serie I. **24.50 M.** Serie II. **34.50 M.** Serie III. **44.50 M.**

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.



- Herren-Paletots, mit und ohne Sattel von **7.25 M.** an
- Herren-Paletots, schwarz auf Atlas von **11.25 M.** an
- Herren-Paletots, alle Muster, prima Qualitäten von **14.25 M.** an
- Hosen, Kinderanzüge, Westen, Arbeitergarderobe spottbillig.

- 9 Rosenthaler Straße 9** | **85 Chaussee-Straße 85**
- 137 Gr. Frankfurterstr. 137** | **29-30 Kothuser Damm 29-30**
- Schöneberg, | Lichtenberg,
- 10 Haupt-Straße 10** | **19 Frankfurter Chaussee 19.**

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

H. Greifenhagen Nachf.,

Brunnenstrasse 17-18 Veteranenstrasse 1-2

Freitag - Sonnabend

bei einem Einkauf von 5.00 Mark an

Photographie - Bons

gratis.

Extra-Preise für Lebensmittel.

Zwiebelleberwurst Pfd. 48 Pf.	Prima Kassler Pfd. 85 Pf.
Pomm. Leberwurst Pfd. 65 Pf.	Junge Gänse Pfd. 70 Pf.
Fleischwurst II Pfd. 70 Pf.	Schinkenspeck Pfd. 1.00
Poln. Mettwurst Pfd. 95 Pf.	Weintrauben Pfd. 20 Pf.
Braunsch. Mettwurst Pfd. 1.05	do. in Kisten à ca. 4 1/2 Pfd. 90 Pf.
Westfäl. Mettwurst Pfd. 1.10	Pflaumen Pfd. 10 Pf.
Cervelatwurst Prima Pfd. 1.25	Koch-Aepfel Pfd. 14 Pf.

Ziel Vergnügen

machen die

Gentners Veilchenseifenpulver Goldperle

„Marke Kaminfeiger“

Beiliegenden Geschenke, prächtige Sachen, ausnahmslos nur hübsche, nützliche Gegenstände.

In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.

Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf den gef. gesch. Namen „Goldperle“ und den Kaminfeiger! Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstraße 11.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Industrie-Fest-Säle

Behnstraße 20. Inh. Max Wendt.

Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und 1000 Personen fassenden Festsäle zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen, Hochzeiten usw. zu den kulantesten Bedingungen. 50000*
Kernsprecher Amt I 1722. Max Wendt.

Wirkliche Ersparnis in der Küche

MAGGI'S Würze

Man lasse MAGGI'S Würze nur in Maggi's Originalfläschchen nachfüllen.

erzielt jede Hausfrau mit

Schutzmarke Kreuzstern

— Probefläschchen 10 Pf. —
Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenflecken Rabatt, niedrige Preise, Große Frankfurterstr. 9, parterre, kein Laden. Mauerhoff. +1

Steyppdecken billig, Febr. Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. +1

Biederbetten, Stand 11.00, große 16.00, Kissen, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Uhren, Goldblenden, Silberfächer, Anzüge (spottbillig) Wandtischlampen, Küchengeräte. 254888

Herrenfahrpad, Damenfahrpad, wie neu, 45.00, Holz, Blumenstr. 36b. 25158*

Teppiche! (Leibschosse) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godesberger Markt 4, Rahndel Bödic. 2611*

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen erhalten solche Preise zu Kaufpreisen bei geringer Anzahlung auf Teilzahlung Möbelfabrik H. Krause, Schützenstr. 73/74. +

Totalausverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Zillbedecken 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. *

Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstr. 125. 27068*

Totalausverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Blaudruck, Seiden- und Wollportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstr. 125. 27078*

Steyppdecken, Robustrichter, Tisch 2,25, 4,85, 5,50, 6,50, 8,50 usw. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 27088*

Gänse! Gänse! frisch geschlachtet, sind sehr billig veräußert. Paul Hoff, Weißbier-Verkauf, Samariterstr. 21.

Kanarienvogel, Vorkäufer verkauft Krebs, Köpenickerstr. 154a.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den

Steyppdecken (spottbillig), Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 21678*

!! Spottbillig !! aus Nachlässen, Möbel, Betten, elegante Schlaf- und Speisezimmer verkauft billig Frankfurter Allee 103 vorn parterre. +122*

Wollanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Dolan von 1,50, Wehranzüge von 12,00, Brack von 2,50, sowie für luxuriöse Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen kauft man am billigsten bei Rog. Kuladstr. 11. 28906*

Gemüsegeschäft, besseres, umständlicher sofort veräußert Campbushenstr. 5. +10*

Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelweiser Saalfeld. 28446*

Handelshaus! Hermannplatz sechs. Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettenverkauf, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Bettmöbel, Bettinletts, Aussteuerwäse, Leibwäse, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Wanderverkauf, Nähmaschinen, Goldblenden, Uhrenverkauf, Regenschirme, Schmuckkästen, goldene Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Ringe, Freiwiliger, spottbillige Jackenanzüge, Wehranzüge, Winterpaletots, Sommerpaletots, Sonntag ebenfalls geöffnet. +117*

Spottbillig wegen schneller Räumung meiner Lageräume verkaufe Kleiderstoffe, Bettwäsche, Bettdecken, Spiegel, Tisch, Küchenmöbel, Blaudruck, Halsketten, neue und wenig gebrauchte, Oranienstr. 182. Zu erfassen Rog. Neumann, Oranienstr. 202. 27048*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Emaillierte Verkaufsgestelle, Küchensinken, Nähmaschine, Blaudruck, Blechgeschälten, Jordan, Michaelstr. 21.

In verkaufen gebrauchten Säulenstrahl, Verste, Blaudruck, englische Bettstellen, Trumeaus, Solatisch, grüne Blaudruckgarnitur Schumannstr. 11, III links. Händler verbeten. 66113*

Gardineruche 1 bis 4 Fenster (spottbillig) verkauft Bruno Wäber, Götliner Weg 80, parterre. 26888*

Möbel 20 Prozent billiger. Wegen Ueberfüllung meiner großen Lageräume findet in meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenstr. 15, nahe dem Hälleschen Tor, bis 25. September großer Räumungsverkauf statt. Veräußerung ohne Kaufrisiko. Braunkohlen und Gelegentlich geboten, besonders billig eingelaufen. Teilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Kleiderständer 20, Bettstelle mit Sprungfederunterlage 22, Kuschelverste, Kuschelständer 27, Säulentrumeau 30, Kuschelbettstelle mit Matrize 34, Kuschelbaum-Antiklederschlaf mit Spiegel 72, Schlafsofa mit Auszug 34, Blaudrucksofa 40, Pannellsofa 70, Ausziehtische 15, englische Blaudruckgarnituren 94, Schreibische 25, englische Schlafkammer 250, Wohnkammer 400, Herrenzimmer 360, ein großer Posten billige Säulenschlaf, Komplett Küchen von 43, an. Zurückerstattung und verließen gewesene Möbel ganz besonders billig. Gefasste Möbel können kostenfrei lagern und werden durch eigene Werkzeuge geliefert. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. Mutterbuch gratis. 26778*

Saison - Extraverkauf! Umhüllte Versteppische, Portieren, Steppdecken, Schlafdecken usw. Teppichhaus Emil Rehore, Oranienstr. 188. 25388*

Fahrrad, tadellos, modern, 30, Pensionatshaus, Kaminstr. 55. +128*

Damenhemden, Herzjassen, mit gestickter Pölle 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettzeug nebst zwei Kopfkissen 4,50, Wäscheblatt Salomonshof, Dresdenstr. 21, Alexanderplatz. 231/20

Pianino, großes, 100,00, Turmstr. 8, I. 61/9

Wäsche und Blaudruck spottbillig verkauft billig zu verkaufen Blaudruckstr. 10. +122*

Grünfrangeschäft billig veräußert, Grünfrangeschäft 67. +92

Phonograph, 50 Wägen, Kaspertheater, Kleiderständer verkauft Friedel, Schöneleinstr. 15. 92*

Zigarrengeschäft, schöne Wohnung, billig Böttcherstr. 21. +99

Wassergrundstücke, Dornsdorf, Seebrunn, umständlicher Quadratrate 25 Mark. Joachim, Brunnenstr. 95. 28806*

Deifikation, 27 Jahre bestehend, ist besonderer Umstände halber für 3800 Mark zu verkaufen. Brauerei bill. Röhres Admiralstr. 30, Burtgesch. +66

Antiquitäten Papiergehäse, Spielwaren, Leihbibliothek, 10 Jahre bestehend, für Inventarpreis, 1600,00, zu verkaufen, Eglitz, Grenzauerstr. 67, Kiderstr. 111. 28766

Kranke verkaufen Milchgeschäft, Solenerstr. 31. +34

Victor, Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Bienenstr. 1-6, Warschauerstr. 67, Kiderstr. 111. 28766

Garzendende Blumen, Kostümröcke, Staubmäntel, selbstgefertigt, verkauft spottbillig Vittauer, Brunnenstr. 4, keine Ladenmiete. 28766

Damenaccessoires, Paletots, Mantel, Kostüme, Blumen, Kostümröcke (Kleidermacher), teils aus Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Wehlmannstr. 105. 27158*

Blaudruckgarnitur verkauft billig Krause, Böttcherstr. 8 vorn III.

Muschelbetten, Kuschelbetten, Kleiderstrahl, Verste, Trumeaus, Blaudruck, Königbergerstr. 13, Lief. 28766

Metalbetten, zwei prachtvolle, Spottbillig, Ritterstr. 112 II. 27168

Kinematograph - Theater, gut gehend, billig veräußert, Klingenberg, Schulzeisenerstr. 23. 28626

Parzelle an gepflasterter Straße, 1900 Mark, bei kleiner Anzahlung, 20 Pfennig-Tour. Gatenberg, Marktgrasendamm 11. 25706

Verstärke die Muttersprache beherrschend! Erfolgreich, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewisserhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Vatentanz Westl. Wilmersstr. 94a. 25538*

Platina, altes Gold, Strichgold, Silber, Gebisse, Reingold, Strichgold, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberverarbeiter Köpenickerstr. 29. Telefon 4, 6938.

Restaurant Lindenhof, Johannishof, Friedrichstr. 61. Großer Tanzsaal und Garten. Kaffeelocher Sommer und Winter. Trautmann.

Auspolierung, Bettmatrize 4,00, Sofa 5,00, auch außerm Hause. Hofmann, Neue Königstr. 30. 232/1 +35*

Auspolierung, Matrize 5,00, Sofa 6,00, Koller, Neue Königstr. 2. 28716*

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Balkonwohnungen billig Goldinerstr. 32/34. 26618*

Vorzugsweiser zwei Zimmer, Kammer, Küche, Klosett, 800, jeden Preis. Coenraadt Gartenland, Lichterfelde, Carstennstr. 6. 28765

Zimmer.

Teilnehmer zum schönen, großen, möblierten Vorderzimmer gesucht. Götliner Weg 50/51, vorn III. 941 erstem Frühst. 15,00. +34

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht ruhiges, möbliertes Zimmer, separat, Nähe Kottbuser Tor. Offerten mit Preisangabe unter E. A., Postamt 59. +10

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Studierender bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeführt. U. Gläser, Rainstr. 27. 14685

Stellenangebote.

Gärtnerlehrling, gewissenhafte Ausbildung. Gräber, Mariannenstr. 8. 27476*

Goldarbeiter verlangt Lunge, Reubenstr. 20. 28686

Formverleher bei gutem Kollegialverhältnis per 1. Oktober Bronzewarenfabrik Dresdenstr. 80.

Küchenmacher, eingebt für Stangen und Regeln von Epiegelrahmen, findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei Gausly u. Laeger. Rastanien-Allee 79. +35*

Verleger - Lehrling verlangt Böttcherstr. 95. +10

Tüchtige Einleger auf Epiegelröhre in und außer dem Hause verlangen C. u. H. Heblig, Spatzlerhof, Böttcherstr. 75. 28725

Gärtnerlehrling verlangt Kronleuchterfabrik Reubenstr. 27.

Küchenmacher auf Blumenkörbe und Gefäßherstellung verlangt Knothe, Bismarckstr. 61. +76*

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Sattler!

Ein in der maschinellen Fabrikation der Sattler- und Geschirrbeschäfte durchaus bewandertes Mann sofort gesucht. Off. in Lebenslauf, Gebaltsanfragen, Referenzen an die Exped. d. Bl. unter **F. Z. P. 233.**

Sattlerlehrling zum 1. Oktober 1907 sucht Buchdruckerlehrling **Gaumann**, Köhler, 67.